

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis: 2.00 Mk. monatlich 1.10 Mk. vierteljährlich 2.00 Mk. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenbreite oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 30. September 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parteiengenossen!

Die Wahlen zum preussischen Landtag sind ausgeschrieben. Die Wahlen der Wahlmänner finden am 12. November und die der Abgeordneten am 20. November d. J. statt.

In Ausführung eines Beschlusses des Mainzer Parteitages 1901 hat sich der Parteivorstand als Central-Wahlkomitee konstituiert und die Leitung der Wahlen übernommen.

Wir fordern nunmehr die Genossen in Preußen auf, unverzüglich da, wo es noch nicht geschehen ist, Wahlkomitees einzusetzen, eigene Wahlmänner zu nominieren und Geldsammlungen einzuleiten.

Bereits sind bei uns Anträge von Wahlkomitees um Zuwendungen aus der Parteikasse eingegangen. Demgegenüber müssen wir darauf aufmerksam machen, daß allgemein für die Landtags- und Gemeindevahlmänner Mittel der Gesamtpartei nicht zur Verfügung gestellt werden können, sondern für die Beschaffung der hierfür erforderlichen Mittel die Genossen der betreffenden Gemeinden bzw. Bundesstaaten Sorge tragen müssen.

Geringe finanzielle Leistungsfähigkeit soll und darf nun für ärmere Kreise ein Hindernisgrund an der Wahlbeteiligung nicht sein. Um den ärmeren Kreisen eine finanzielle Beihilfe leisten zu können, ist die Schaffung eines Fonds zur Förderung der preussischen Landtagswahlen dringendes Erfordernis.

Wir richten deshalb das Ersuchen an die Genossen in Preußen, Sammlungen einzuleiten und die nicht am Ort bzw. im Kreis selbst benötigten Gelder an den Parteikassierer

A. Gerisch, Berlin SW. 47, Kreuzbergstraße 30, einzusenden.

Von den außerhalb Preußens wohnenden Genossen erwarten wir, daß sie die Betreibung der Wahlagitacion in Preußen sowohl durch Geldsammlungen wie sonstige Hilfe unterstützen.

Um den Wahlkomitees die Arbeit zu erleichtern, hat das Central-Wahlkomitee beschlossene Flugblätter in Auftrag zu geben, die, als Manuskript gedruckt, den Wahlkomitees zur Verfügung stehen sollen. Der Bezug der Flugblätter erfolgt durch das Parteibureau unter der Adresse:

J. Auer, Berlin SW. 47, Kreuzbergstraße 30.

Parteiengenossen! Die Disziplin, auf die stolz zu sein die Partei ein Recht hat und die ein Grundpfeiler ihrer Stärke ist, kommt bei der Verrichtung für die preussischen Landtagswahlen in großartiger Weise zum Ausdruck. Trotz der in der Partei herrschenden Meinungsverschiedenheit über den Wert dieser Beteiligung wetteifern die Genossen, die Ausführung des Mainzer Parteitags-Beschlusses erfolgreich zu gestalten. Nichtsahnend der Agitation sind die Beschlüsse der Delegiertenkonferenz vom 26. April d. J.

Die Disziplin, der Bitterkeit und die Thatsache der Parteiengenossen sind so oft erprobt und haben die Probe so oft herrlich bestanden, daß wir den Erfolg der Partei auch bei der bevorstehenden Aktion, der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen, erwarten.

Berlin, den 29. September 1903.

Das Central-Wahlkomitee.

Wohnungsfrage und Lokalverkehr.

Mit den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begann in Deutschland die Periode der Entwidlung der größeren Städte. Der starke Geburtenüberschuß und die vom Lande Abwandernden fanden zunächst Unterschlupf im Rahmen der alten Städte: der Kern der Städte wurde dichter besiedelt, alte kleine Häuser wurden erhöht oder durch größere neue ersetzt, unbedeute Flächen eiligst überbaut, Keller zu Wohnzwecken eingerichtet und die ersten Mietskasernen entstanden. Doch bald reichte der gewonnene Wohnraum nicht mehr aus, und es begann der Ausdehnungsprozess in das Vorland: an den alten Landstraßen zogen sich zunächst die neuen Häuserreihen entlang, bald aber wurde auch das zwischen ihnen liegende Land parzelliert und überbaut. Der Weizen der Bodenspekulanten begann zu blühen, die „Millionenhäuser“ brachten ihr Schicksal ins Erdene. Eine Folge der immer mehr zunehmenden Bebauungsdichtigkeit war die Steigerung der städtischen Grundrente. Sie ist direkt abhängig von den baupolitischen Vorschriften über die zulässige Bebauungsdichtigkeit; solche Vorschriften existierten aber nur, so weit die Feuerficherheit bei der damals noch wenig entwickelten Löschtechnik in Frage kam. Die Konsequenz der beständigen Steigerung der Bodenpreise war dann wiederum die Errichtung der höchstzulässigen Häuser und die stärkste Ausnutzung der Fläche. Eine Mietskasernen gebär zahllose andre, denn wo die Mietskasernen einmal zugelassen ist, kann überhaupt nicht mehr anders als in der Form von Mietskasernen gebaut werden, weil sonst keine genügende Verzinsung des angelegten Kapitals zu erwarten ist.

Die sozusagen „natürliche“ Preiserhöhung des Grund und Bodens infolge des Zusammenfließens der Bevölkerung auf kleinem Raum erklärt aber noch nicht ganz die Kalamitäten, unter denen die große Masse der städtischen Bevölkerung zu leiden hat. Verschärfte und bis zur Unertaglichkeit gesteigert wurden sie durch das Treiben der Spekulation. Der Haupttrieb der Bodenspekulation besteht in der Aussperrung des Bodens von seinem Zwecke, der Bebauung. Der Spekulant heimt den Gewinn von dem brachliegenden Grundstück dadurch ein, daß er es von vornherein mit einer möglichst großen Hypothek belastet; er eskomptiert, er nimmt so die durch Verminderung des Angebots bei ständig steigender

Nachfrage erzielte Preiserhöhung vorweg. Bei diesem höchst „legalen“ Geschäft sind gerabegte Summen in die Hände erfolgreicher Spekulanten gefallen. Nach den Berechnungen von Paul Voigt hat in den Jahren 1887/97 jede neu hinzugekommene Person den Charlottenburger Grundbesitzern einen durchschnittlichen Wertzuwachs von 2500 Mark gebracht; in Berlin und zahlreichen andern Orten sind die Verhältnisse genau so oder ganz ähnlich. Die Folgen sind bekannt; sie treffen in allererster Linie die Arbeiterbevölkerung. Nach der Wohnungsstatistik vom Jahre 1895 mußten sich 44 Proz. der Berliner Bevölkerung mit „Wohnungen“ begnügen, die nur aus einem Zimmer, heizbar oder unheizbar, bestanden; die Wohnmöglichkeit in diesen menschenunwürdigen Gelassen war schauererregend und ist es auch heute noch, denn die Zustände sind nicht besser, sondern eher noch schlechter geworden. Die Anlust der Privat-Bauspekulation, sich der Errichtung von Arbeiter-Wohnhäusern zuzuwenden, die weniger leicht zu verwalten und darum auch trotz hoher Verzinsung weniger leicht zu verkaufen sind, die Veränderungen in der City, wo immer mehr Wohngebäude in Geschäftsgebäude verwandelt werden, und andre Ursachen haben zu einer chronischen Wohnungsnot für die Rinderbismittelsten geführt, die ihren Ausdruck in der wahnwitzigen Steigerung der Mietpreise findet. Die Leute mit einem Einkommen bis zu 600 M. — also solche, die auf das Existenzminimum angewiesen sind — mußten (nach Landolt) in Hamburg bis zu 26,5 Proz., in Breslau 28,7 Proz., in Leipzig 29,9 Proz., in Dresden 26,8 Proz., diejenigen von 600—1200 M. in Berlin 24,7 Proz. ihres Einkommens für die Wohnung ausgeben. Diese Zahlen beziehen sich auf die letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts, aber sie gelten auch heute noch, ja in einzelnen Orten ist seit jenen Aufnahmen sogar eine noch weiter getriebene Steigerung der Mieten nachgewiesen worden. Auf keinem Gebiete des gesellschaftlichen Lebens hat man fürwahr bisher den verberlichen Egoismus der Spekulantengruppen so unbefangt austoben lassen, wie auf dem der Wohnungsbeschaffung für die Massen der Stadtbewohner.

Will man der unter dem Wohnungsjammer verkommenden städtischen Bevölkerung thatkräftig helfen, so muß man der Bodenspekulation an den Stragen gehen und jedes Mittel anwenden, um die Grundrente zu senken. Aber dazu sind die Gemeindevertretungen bisher nicht zu haben gewesen, weil — eine Straße der andren das Auge nicht aushaßt. Die Gemeindefürsorge der Herrschaft der unwissendsten und gewissenlosesten Gruppe der Bevölkerung ausgeliefert, und die Regierungen fördern in ihrer blöden Angst vor dem „Umsturz“ die „staatserkhaltenden Elemente“ nicht in dem Geschäft der Auspoierung der Massen. So sind die großen Städte — mögen Einzelheiten ihrer Verwaltung noch so vorzüglich sein — doch zum Massengrabe der Volkskraft geworden. Nicht weil sie groß sind, wie wir den agrarischen Städteschiden gleich bemerken wollen, sondern weil sie die Städte schamloser kapitalistischer Auswucherung sind, die nur im Brotwucher ihr Gegenstück findet. „In der städtischen Verwaltung überwiegt das Hausbesitzer-Element, dessen privates Interesse im schroffsten Gegensatz zu den Interessen der Allgemeinheit jede Beschränkung in der Verfügung über ihr Grundeigentum verwirft. Dieses selbstsüchtige Element, dessen Horizont, mögen wir ihm in dem kleinsten Kartstadtchen oder in der großen Metropole des Reiches begegnen, gleich eng ist, dessen Feindschaft gegen jeden Fortschritt nur der Ausdruck einer unsäglichen Borniertheit ist, dieses Element ist durch seine ökonomische Macht und die Unterstützung einer veralteten Gesetzgebung doppelt stark; sein Widerstand daher außerordentlich schwer zu überwinden.“ (Sugo.)

Aber er ist doch zu überwinden, wie in tausend Einzelheiten die segensreiche Thätigkeit socialdemokratischer Gemeindevertreter bewiesen hat und täglich beweist. Wir unterstützen freudig jeden Versuch, der privaten Ausbeutung des privaten Grundbesitzes Grenzen zu stecken und zu verhindern, daß das private Eigentum an Grund und Boden als nutzbares Werkzeug zur Ausbeutung der nichtbesitzenden Gemeindegemeinschaft dient und in seiner rücksichtslosen Entfaltung die körperliche und sittliche Gesundheit der Gemeinschaft schädigt.

Im Verfolg dieser grundsätzlichen Anschauung sind die socialdemokratischen Gemeindevertreter von jeher und überall für eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Städten, speziell in Berlin eingetreten. Denn in der That ist der Ausbau und die planmäßige Erweiterung des lokalen Verkehrs von socialpolitischen Gesichtspunkten aus eines der Mittel, den größten Schäden der Wohnungsnot abzuhelfen. Nicht nur in dem kleinen Maße, daß bessere Straßenbahn- oder Vorortsbahnverbindungen einer mehr oder weniger großen, aber im Verhältnis zur Gesamt-Einwohnerzahl immer unbedeutenden Anzahl von Gemeindegemeinschaften ermöglcht, sich eine gesündere, weil freier gelegene Wohnung zu beschaffen, sondern mehr noch dadurch, daß sie in Verbindung mit einer durchgreifenden Zonen-Vaordnung die Bodenspekulation zum Teil wenigstens lahm legen kann. Auf diesen Punkt nachdrücklich hinzuweisen ist das Verdienst einer vom Verein Reichs-Wohnungsgesetz herausgegebenen Broschüre von Dr. Clemens Heiß: Wohnungsgesetz und Lokalverkehr. (Göttingen, Verlag von Vandenhoeck und Ruprecht, 1903, Preis 1,60 Mark.) Vor allem ist, so meint Heiß, danach zu streben, daß ein weiteres Umsichgreifen der Anhäufung der Bevölkerung in den Erweiterungsgebieten

der Großstädte in Massenmietenhäusern verhütet wird. Die Mietskasernen gilt es zu bekämpfen. Hier setzt die Aufgabe der lokalen Verkehrspolitik ein. „Sie darf nicht wie bisher hinter der Stadterweiterung langsam herhinken, sondern es fällt ihr die Aufgabe zu, neue Gelände zu erschließen und so den Spekulantenring durch überreiches Angebot bebaubaren Landes zu brechen. Damit muß Hand in Hand gehen der Bodenwert durch die Städte — vor Anlegung der neuen Verkehrslinien, damit die Bodenspekulation ausgeschlossen bleibt. Erst wenn die Stadterweiterung wieder zum öffentlichen Geschäft geworden ist, dann kann jederzeit Ersatz für geschlossene Wohnungen geschaffen werden, dann kann erst die Wohnungsinspektion nach strengen Grundsätzen erfolgreich wirken.“

Wenn man sich die Verkehrsverhältnisse Berlins vergegenwärtigt, dann erscheinen solche Worte wie die reinste Zukunftsmusik. Die Hauptlinien der Straßenbahn in den Händen einer rücksichtslosen, von hohen Stellen auffallend protegierten Erwerbsgesellschaft mit schier unabschbarem Privilegium, die Aktionäre sicherlich zumeist selbst an der Bodenspekulation erheblich interessiert, in der Stadtverordneten-Versammlung St. Manchester als Schutzpatron angebetet, in der Eisenbahn-Direktion und dem Verkehrsministerium eine verknöcherte, nur auf fiskalische Kunststücke und Tarifjurisprudenz geachtete Bureaukratie; im preussischen Landtage eine zähe Reaktion, die den „Wasserfopf“ Berlin tödlich haßt, in der allgemeinen Staatsverwaltung die von einem Minister auf den andern vererbte Tendenz, einer organischen Gliederung von Groß-Berlin jedes nur denkbare Hindernis in den Weg zu legen — da bleibt wahrhaftig wenig zu hoffen! Aber die scheinbare Ausichtslosigkeit unserer Bestrebungen war für uns nie ein Grund, mit unsern Forderungen hintanzuhalten, und so werden wir in dieser Sache mit nie ermattender Energie darauf drängen, daß durch die Ausgestaltung der lokalen Verkehrsmittel der schreienden Wohnungsnot des armen Volkes Abhilfe gebracht werde.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. September.

Der Freisinn vor der Entscheidung.

Auf einer Agitationstour durch Schlesien für die Beteiligung an den Landtagswahlen beleuchtete Genosse Kronz in einer zahlreich besuchten Versammlung in Breslau die Aussichten in dieser Provinz. Auf Grund der in Dresden von der preussischen Konferenz einstimmig gefaßten Beschlüsse erklärte er, daß wir überall bereit seien, bei der Abgeordnetenwahl die Freisinnigen zu unterstützen, wo wir den Ausschlag geben könnten, vorausgesetzt, daß die Freisinnigen uns je eines der in Betracht kommenden Mandate überließen. Alle in Frage stehenden schlesischen Wahlkreise haben zwei oder drei Abgeordnete zu wählen. Wenn die Freisinnigen Verlässlichkeit des Bestandes verlangten, so sei dies eine Forderung. Es handele sich dabei um Götlich und Breslau. Götlich sei von 1876 bis 1898 in den Händen des nationalliberal-konservativen Kartells gewesen; nach 1898 hätten die Freisinnigen den Nationalliberalen angeboten, mit ihnen zusammen drei nationale Abgeordnete zu wählen, um die Konservativen, die zwei der drei Mandate innehatten, zu beseitigen. Erst nachdem dieser bescheidene Wunsch von den Nationalliberalen zurückgewiesen, hätten sie sich, auf socialdemokratische Hilfe rechnend, in den Kampf begeben und nur durch das thatkräftige Eintreten der socialdemokratischen Wähler für die freisinnigen Wahlmannskandidaten sei ihnen die Majorität der Wahlmänner und damit die drei Mandate zugefallen. Breslau sei zwar auch vorher freisinnig vertreten gewesen, konnte aber 1899 nur dadurch gehalten werden, daß die socialdemokratischen Wahlmänner für die freisinnigen Abgeordneten-Kandidaten stimmten. Ueberdies könne von einem „Bestand“ gegenüber der gerade in Breslau und Götlich zweitau stärksten Partei, der Socialdemokratie, schon deshalb nicht gesprochen werden, weil diese bisher auf die ihr mit Zug und Recht zustehenden Mandate keinen Anspruch gemacht habe. Das habe jetzt aufgehört.

Nun mögen die Liberalen vielleicht noch einen Brief des Parteivorstandes ausgraben, der 1898 in der „Vollwacht“ veröffentlicht und vom Genossen Auer unterzeichnet war. In ihm hieß es: „Den Konservativen Breslau zum Landtag ausliefern, das wäre ein Schandstuck, den die Partei nie mehr abwachen könnte.“ Man wird sagen, der einsichtige Auer wird den temperamentvollen Genossen schon den Standpunkt klar machen. Demgegenüber erklärt er schon heute, daß der Parteigenosse Auer den damals von allen geteilten Standpunkt auf Grund der veränderten Verhältnisse ebenso wie die andern verlassen hat, daß auch Auer heute die Meinung vertritt: Wenn Breslau trotz des Entgegenkommens der Socialdemokratie gegenüber dem Freisinn jetzt an die Konservativen fällt, so wäre das ein Schandstuck für den Freisinn. (Großer Beifall.)

Die Socialdemokratie werde bei den Urwahlen in Stichwahlen nach Ausfall der socialdemokratischen Kandidaten nur für solche freisinnigen Wahlmannskandidaten stimmen, die bei ihrer Aufstellung erklärt haben, unabhängig genug zu sein, um bei der Abgeordnetenwahl nach freiem Ermessen stimmen zu können. Diese eigentlich selbstverständliche Erklärung müßte die Socialdemokratie verlangen nicht aus Prinzipienreiterei, sondern auf Grund der 1898 in Breslau gemachten Erfahrung. Weiter dürfte es sich für die Liberalen empfehlen, bei Urwahl-Stichwahlen nach Ausfall des freisinnigen für den socialdemokratischen Wahlmannskandidaten zu stimmen. Eine diesbezügliche Forderung stellte die Socialdemokratie zwar nicht, ihre Erfüllung läge aber im Interesse des Freisinn selbst, damit nicht etwa die Urwahlen den Konservativen die Mehrheit der Wahlmänner brächten.

Könnten sich die Freisinnigen zu einer derartigen Taktik entschließen, so wären in Schlesien eine ganze Reihe von Mandaten den Konservativen zu entreißen. Zwar im Regierungsbezirk Oppeln, der schwarzen Erde, läme diesmal noch kein einziger Wahlkreis in Betracht; doch dürfte es möglich sein, in Westfalen-Tarnowitz-Rattowitz-Bezirk bei der großen Zerplitterung der andern Parteien eine Handvoll Wahlmänner durchzubringen; diesen würde die ehrenvolle Aufgabe zu fallen, den Verkauf der Abgeordnetenwahl in Westfalen zu überwachen, wo am 20. November mehr als 2000 Wahlmänner zur Wahl zusammenzutreten würden. Kämen unsere Wahlmänner darauf, daß alles mit ehrlichen Dingen zugeht, so kann dort unter Umständen die Wahl unmöglich werden — ein schöner Erfolg für diejenigen, die die Unhaltbarkeit der heutigen Zustände darzulegen wollen.

Sehr günstig lägen die Verhältnisse im Regierungsbezirk Posen; hier gäbe es keinen Kreis, in dem nicht bei der letzten Reichstagswahl Sozialdemokraten und Freisinn zusammen die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hätten. Auf Landtags-Wahlkreise umgerechnet ergäbe sich folgendes Bild:

Landtags-Wahlkreis	Es erhielten bei der Reichstagswahl 1903 in Prozent der abgegebenen Stimmen			Bisherige Vertretung im Landtage
	Soc.	Freis.	Konf.	
Hohenzollern-Hohenzollern	20,0	30,6	50,6	1 Konf., 1 Ratl.
Ostpreußen	20,6	32,8	53,4	2
Brandenburg	23,6	30,2	53,8	2
Sachsen	28,0	30,0	58,0	2
Sachsen-Altenburg	23,1	35,9	59,0	2
Sachsen-Weimar	20,4	39,0	50,4	1 „ 1 Freisinn.
Sachsen-Meiningen	36,0	34,1	70,1	2
Sachsen-Coburg	45,5	26,2	71,7	3 Freis., Volksp.
Sachsen-Eisenach	31,1	45,2	76,3	1 Freisinn., 1 Ratl.

In allen diesen Kreisen müßte energisch gearbeitet werden; nehme man aber an, daß in den drei ersten diesmal der unmittelbare Erfolg noch ausbleiben würde, so wäre es doch möglich 7 Konservativen, 2 Freisinnervative und einen Nationalliberalen zu verdrängen. Nimmt man an, daß in jedem Kreis ein Mandat den Sozialdemokraten, der Rest den Freisinnigen zufällt, so würden 6 Sozialdemokraten und 7 Freisinnige aus der Wahl hervorgehen, trotz Aufgabe eines Mandates in Coburg würden es die Freisinnigen von 3 auf 7 Mandate bringen können. Im Regierungsbezirk Breslau würden von den 11 Landtags-Wahlkreisen für diesmal nur drei in Betracht kommen. In Breslau-Stadt und Waldenburg-Weichenbach ergaben die Reichstagswahlen 1903 für die Sozialdemokratie 51,3 und 50,6 Proz. der abgegebenen Stimmen; also die absolute Majorität, für die Freisinnigen nur 18,6 und 9,1 Proz.; in Striegau-Schweidnitz hatten die Sozialdemokraten 35,8, die Freisinnigen 21,8, beide zusammen 57,6 Proz.; bisherige Vertretung im Landtage 3 Freisinnige (Breslau), 3 Freisinnervative, 1 Konservativer, 1 Centrumsmann. Wie oben könnten hier 5 Freisinnige und 3 Sozialdemokraten gewählt werden; trotz Aufgabe eines Breslauer Mandats könnten die Freisinnigen von drei auf fünf steigen.

Diese Rechnungen auf Grund der Reichstags-Wahlergebnisse seien freilich nicht entscheidend. Deshalb sei es das gute Recht der Freisinnigen, sich vor den Urwahlen nicht zur Aufgabe eines Mandates zu verstehen. Die Landtagswahl in Breslau 1898 hat ihnen allerdings gezeigt, wie die Verhältnisse liegen; deshalb ist es dringend nötig, daß sie sich bei Aufstellung der Wahlmannskandidaten auf die Eventualität, nachher einen Sozialdemokraten wählen zu müssen, einrichten. Für die Sozialdemokratie gestalten sich die Aussichten noch insofern ungünstiger, als die Freisinnigen auch Anschluß nach rechts, an die Nationalliberalen suchen können. Auch das ist ihr gutes Recht, das ihnen nicht bestritten werden soll. Die Freisinnigen mögen also bedenken, daß sie ein eventuelles Entgegenkommen seitens der Nationalliberalen, — in Posen ist ein Wahlbündnis bereits abgeschlossen —, auch nur dem Auftreten der Sozialdemokratie verdanken. Uebrigens werden voraussichtlich auch die vereinigten Freisinnigen und Nationalliberalen noch von den sozialdemokratischen Wahlmännern abhängig sein. Also auch in jenen Kreisen müssen die vereinigten Liberalen sich darauf einrichten, eventuell für einen Sozialdemokraten stimmen zu können. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie ist durch die Dresdener Beschlüsse unabänderlich festgelegt. Unter voller Ueberlegung aller Konsequenzen ist einstimmig beschloffen, überall dort, wo die sozialdemokratischen Wahlmänner ausschlaggebend sind und trotzdem kein Entgegenkommen seitens der Liberalen finden, diese unbarmherzig durchfallen zu lassen, auf die Gefahr hin, daß dadurch die Liberalen völlig zusammenschmelzen und die Konservativen die absolute Majorität im Abgeordnetenhaus erhalten, somit auch äußerlich die Nachstellung einnehmen, die sie bei der Haltung des Centrums thatsächlich so wie so haben.

Diese Ausführungen wurden von den zahlreich erschienenen Genossen mit stürmischer Zustimmung aufgenommen.

Volkspost gegen das Heidelberger Schreckensurteil.

Einen Vorgehensmaß von der Aufnahme, die das fürchtbare Heidelberger Kriegsgerichts-Urteil im Volke finden wird, gab das Verhalten des Auditoriums, das der Verhandlung beigewohnt hatte. Die freisinnige „Neue Badische Landeszeitung“ berichtet darüber:

Als der Ankläger in juristisch fahler Deduktion gegen den, übrigens nur durch erdrückende Indizien belasteten, Keimrich die fürchtbare Strafe beantragte, da lag ein hunderraches Gemurmel des Entsetzens durch den dichtgedrängten Saal, und der Verhandlungsleiter drohte den Saal räumen zu lassen. Nachdem der Gerichtshof sich zur Beratung zurückgezogen, ergab sich die Notwendigkeit, die Gefangenen austreten zu lassen, und damit diese nicht etwa in der dichtgedrängten Rührerreihe einschläfteln, wollte der Aufsicht führende Offizier, ein junger Lieutenant, den Saal räumen lassen, er gebrauchte indes sofort so wenig glimpfliche Redemendungen — auch den Journalisten schleuderte er ein „Schere Sie sich raus!“ entgegen! —, daß er seinen Zweck nicht erreichte und unter dem Geohle der Menge dabovong, Polizei zu requirieren, die indes nichts mehr zu thun fand. Das Publikum füllte allmählich den Saal wieder und hatte 1 1/2 Stunden, die Dämmerung brach herein — da die Gasraketen abgegraben waren, war keine Möglichkeit der Beleuchtung —, es wurde dunkler im Saal, und immer dunkler wurde die Stimmung des Publikums, das es nicht begreifen konnte, daß ein toller Mandatsstreich — wie die Leute es ausfassen — so fürchtbare Sühne heische, und der Groll machte sich in kurzen Ausrufen Luft, die wahrlich kein Loblied waren auf die allzu bekannten letzten Sprüche unserer Militärjustiz. Kurz nach 7 Uhr wurde plötzlich bekannt gegeben, daß die Verhandlung, da es unmöglich sei, diesen Saal zu beleuchten, in einem andern Räume weitergeführt werde und daß dieser zu verlassen sei. Wo? wurde nicht gesagt! Entrüstete Stimmen riefen nach Defensivität des Verfahrens. Der Polizei hielt es schwer, die Leerung des Saales zu erzwingen. Nur wenige erfuhren den Ort der Weiterverhandlung — die nahe Kaserne und erhielten,

gegen Karten, dort Zutritt. Allmählich fiedert die Kenntnis bei der auf der Straße, im Stimmengewirr, sich drängenden Menge durch, deutlich als die Richter, Gelangenen und Zeugen, auf Umwegen, dahin gelangen. Und nun sammelt sich die mehrhundertköpfige Schar vor der im Däfler der Nacht gleich einer Zwingburg aufragenden Kaserne, vor deren mächtigem, geschlossenen Thor die Wache angetreten ist. Wie ein Branden der Sturmflut dringt es hinaus zum Schloß droben auf dem Jettendübel, über dem friedlich der Mond leuchtet. 8 Uhr schlägt es vom Turm der Jesuitenkirche, kurz danach thut das Thor sich auf und es erscheinen die ersten der Zuhörer, denen es gegliedert war, eingelassen zu werden, stürmisch mit „Hurra! Es sind Civilisten!“ Sie bringen aber die traurige Kunde von dem schweren Urteilspruch. Nun gerät die Menge fast außer Rand und Band, sie weicht nicht von der Stelle, und als die Militärrichter bald danach erscheinen, dröhnt hunderrstimmiges Pfeifen, Gejoh und „Gott Hülfe!“ ihnen entgegen. Alle Kundgebungen mitschreitend, bahnen sie sich ihren Weg. Aber noch lange bleiben viele auf der Stelle und harren den Bau an, der die Gefangenen birgt. Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Nachricht durch die Stadt; alle Schichten der Bevölkerung nehmen daran teil; nichts anderes wird heute mehr im Wirtshaus verhandelt; die Tageszeitungen drucken Extrablätter, Camelots schreiben sie durch die Straßen. Auch am heutigen Sonntag steht die Signatur der Stadt unter diesem mächtigen Eindruck. Die Majestät militärischer Disziplin ist blutig rot am Heidelberger Horizont aufgestiegen! An den Anschlagstulen, an den Schaufenstern der Kaufleute kleben die Plakate mit dem Urteilspruch, davor sammeln sich die Fremden, die Landleute, die von den Dörfern heringekommen, ihre Sonntagseinkäufe zu machen, die Soldaten unfres Bataillons, die gestern mit klingendem Spiel aus dem Monobir in die Stadt einmarchiert sind, an dem Gebäude vorbei, wo über ihren vier Kameraden das Dammolleschwert schwebte.

Der Sturm der Entrüstung, der sich in Heidelberg in so leidenschaftlicher Weise Luft machte, wird das ganze Land durchhallen!

Ein neuer Muenterei-Prozess?

Die „Neue Badische Landeszeitung“ schreibt: „Wie wir hören, sollen in Reichartshausen auch noch weitere schwere Ausschreitungen vorgekommen sein. Fünfschne Grenadiere des hiesigen Regiments legten ebenfalls nach Verabredung Civilkleider an und bewarfen den Gasthof, in dem die Offiziere schliefen, mit Steinen, so daß die Offiziere flüchten mußten. Auch dieses Vergehen wurde verraten und die 15 Mann verhaftet und ebenfalls nach Heidelberg in Gewahrsam gebracht. Uebrigens werden auch noch aus verschiedenen andren Orten, wie Ruppach, Einsheim, Düren, wo das 110. und 111. Regiment im Standquartier lagen, ähnliche Vorkommnisse, allerdings leichterer Art gemeldet.“

Sollte sich die Meldung bestätigen, so würden dem Militarismus und der „militärischen Disziplin“, die nur für die Mannschaften ihre furchtbare Geltung zu haben scheint, noch zahlreiche weitere Opfer fallen! Uebrigens wäre angesichts solch zahlreicher Vorkommnisse in demselben 110. Grenadier-Regiment eine unnaehsichtige Nachforschung nach den Ursachen der Ausschreitungen unabweisbar! —

Noch ein Gegenstück zum Fall Hüffener.

Ein Musikler in Kiel wurde wegen Besuchs eines verbotenem Lokals arretriert, stieß, um zu entfliehen, den Unteroffizier mit dem Fuß gegen den Unterleib und widersetzte sich der Patrouille. Dafür verurteilte das Kriegsgericht der 18. Division ihn zu fünfjährigem Gefängnis und Ausstoßung aus der Armee.

Hüffener kratzte nur zwei Jahre Festung. Und der Unteroffizier Dunkel kam genau mit der Hälfte der Strafe, die über den Kieler Musikler verhängt wurde, davon, obwohl ihm 356 Fälle zum Teil schwerster Soldatensündereien nachgewiesen worden waren! —

Deutsches Reich.

Die Steuer-Bedrohung.

In der bayrischen Abgeordnetenkammer, die am Dienstag wieder ihre Sitzungen aufnahm, legte der Finanzminister v. Riedel die Finanzlage Bayerns dar und kam dabei in beachtenswerter Weise auf die Thatsache neuer Reichs-Steuerpläne zu sprechen. Er führte aus: Bezüglich des Budgets für die Finanzperiode 1904/05 seien die anfangs gehegten Besprechungen glücklicherweise übertrieben gewesen. Die Finanzlage sei zwar noch nicht ganz gesund, allein der Patient befinde sich bereits auf dem Wege der Besserung. Die Hauptsache sei, sich vor einer zu raschen Vermehrung der Staatsschulden und vor einer Ueberbelastung durch die finanziellen Leistungen an das Reich zu hüten. Der Finanzminister erörterte sodann eingehend die Notwendigkeit einer befriedigenden Ordnung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten. Eine vollkommen erschöpfende Reichsfinanzreform wird vor der definitiven Gestaltung unserer Zollverhältnisse nicht wohl möglich sein, aber eine Anbahnung dazu sollte nicht verzögert werden. Nach meiner Meinung wird es sich nicht umgehen lassen, für das Reich schon in nächster Zeit die eine oder andre neue Einnahme zu schaffen. Der Minister erinnerte sodann daran, daß er selbst schon vor Jahren auf eine Reichs-Finanzreform hingewirkt habe, welche geeignet gewesen wäre, Bayern gegen alle Eventualitäten möglichst zu schützen, und spricht die Erwartung aus, daß es gelingen werde, im nächsten Reichs-Etat die Patrimonialbeiträge in der gleichen Höhe wie die Ueberweisungen zu halten.

Der Minister besprach dann die Gestaltung der Einzel-Etats, unter denen der Etat des Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten, der am 1. Januar 1904 ins Leben tritt, zum erstenmal erscheint. Für die Aufbesserung der Gehälter der Staatsbeamten und Bediensteten habe bisher keine Forderung ins Budget eingeseht werden können. Der Minister hofft jedoch, daß noch in dieser Session etwas geschehen könne, wenn die Besserung der Eisenbahnertragnisse anhalte und überall sonst Sparfamkeit geübt werde. —

Der verhinderte Mittelrand-Kanal.

In unsren Betrachtungen über die lehrreiche Geschichte der Junkerrevolte gegen den Mittelrand-Kanal haben wir wiederholt darauf hingewiesen, wie die Regierung sich so tief unter das Junkerjoch duckte, daß sie es peinlich vermied, den Kanal an der Stelle durchzusetzen, wo sie ihn erlangen konnte: im Reichstage. Jetzt erfahren wir, daß in der That die Regierung jedes Mittel angewandt hat, um ihr eigenes Werk zu verhindern.

Auf dem nationalliberalen Delegiertentag erzählte der Abgeordnete Wallbrecht:

„Als im Jahre 1899 der Kanal abgelehnt wurde, traten die Kanalinteressenten zusammen und sagten sich, wir müssen einfach den Kanal selbst bauen, wenn die Regierung die Konzession erteilt. Wir kamen nach Aufstellung einer Rentabilitätsberechnung zu dem Resultat, daß der Kanal aus Privatmitteln zu bauen ist. Ober-Baubirektor Franzius-Bremen und Generaldirektor Vellingrath-Dresden gingen über unsere Rentabilitätsberechnung sogar noch hinaus. Es ist mir damals gelungen, von den Interessenten 100 Millionen aufzubringen, die übrigen 200 war der verstorbene Herr v. Siemens zu übernehmen

bereit. Der Plan wurde den Ministern und dem kaiserlichen Hofe vorgelegt. Herr v. Thielen stand der Sache kühl gegenüber, Miquel war heute dafür, morgen dagegen, und nur Reichskanzler Fürst Hohenlohe war ein entschiedener Freund des Projekts. Wir wollten die Konzession nur für den Fall, daß der Kanal wieder abgelehnt würde. Die Verhandlungen wurden aber durch Thielen in die Länge gezogen; er sagte, er habe die Sache einer Kommission zur Prüfung überwiehen. Nachdem ich fünfmal in sechs Monaten bei ihm war, erhielt ich die Nachricht, die Regierung wolle die Konzession nicht erteilen. Inzwischen war auch Hohenlohe aus dem Amte geschieden, und der jetzige Reichskanzler brachte der Angelegenheit anscheinend kein Interesse entgegen; ich habe wenigstens von ihm nicht einmal eine Antwort bekommen. Nachher habe ich auch erfahren, daß die von Herrn v. Thielen (der das Wort sprach: „Gebaut wird er doch!“) eingefegte „Kommission“ überhaupt niemals zusammengetreten ist.“

Die Junker wollten den Kanal nicht, vor allem deshalb nicht, weil sie ihn als Kompensationsobjekt für höhere Jölle in der Hand behalten wollten. Und die Regierung arbeitete den Junckern so eifrig in die Hände, daß sie sogar mit Gewalt und List die private Ausführung des Kulturwerkes hintertrieb. Ein ganz köstliches Bild aus dem Junckerreich! —

Ein Minister über den Dresdener Parteitag.

Wir sind es gewöhnt, daß unsere Gegner viel Unverständiges über unsre inneren Partei-Angelegenheiten schwagen und es ist nicht zu verwundern, daß sich an den erregenden Vorkommnissen von Dresden auch die gegnerische Kunst eifrig versucht. Aber was der badische Minister des Innern Schenkel jüngst in einer Rede bei der Eröffnung einer landwirtschaftlichen Ausstellung in Karlsruhe geleistet hat, zählt ungefähr zu dem Unbedeutendsten, was die Gegner unsrer Partei in der letzten Zeit vollbracht. Der Minister Dr. Schenkel feierte die Ausstellung, in deren Vorfürungen auch zum Ausdruck komme, daß von einem Klaffen Gegensatz zwischen Gewerbe und Landwirtschaft, zwischen Fabrikarbeiter und Grundbesitzer in Baden keine Rede sein könne.“ Wer so an die Harmonie aller wirtschaftlichen Interessen, an die Interessengemeinschaft unter den Jolkshereifrigen des Grundbesitzes und den Jolksausgewanderten des Fabrikproletariats glaubt, dem kann freilich ein Parteitag der Sozialdemokratie ganz und gar nicht behagen. Aber etwas über den Niveau der abgebrochensten Redensarten könnte ein Minister doch wohl sein Mißbehagen zum Ausdruck bringen. Er donnerte, nach dem Bericht der „Köln. Ztg.“ also:

„Ein um so unerfreulicheres Bild gewähre eine andre Ausstellung, die in letzter Woche in Dresden stattgefunden habe, eine Ausstellung von Gedanken und Bestrebungen, die der sozialdemokratischen Parteitag in der sächsischen Residenz ins Leben gerufen hat. Mit erhobener Stimme, der man aufs deutlichste die innere Erregtheit des Redners anmerkte, wandte sich der Minister unter lautloser Stille der Versammlung gegen die revolutionäre Denkungsweise der Sozialdemokratie, die lediglich das Ziel verfolge, Klassenhaß zu säen und eine radikale Umwälzung der jetzigen Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Während glücklicherweise bei uns die verschiedenen Gesellschaftsklassen und Berufsgruppen noch, vom Gefühl gemeinsamer Interessen durchdrungen, friedlich zusammenwirkten, wollen die Führer jener Bewegung alle wenig Besitenden und von der Hande gelüftet und jedermann könne dieses ins Verderben führende Ziel der revolutionären Partei erkennen. Die Gedankenanstaltung in Dresden habe ferner auch gezeigt, daß die Bewegung gegen die gesellschaftlich gewordenen, in der Verfassung voranstehenden Träger der staatlichen Gewalt im Reich und Staat, das Reichsoberhaupt und die Landesherren, gerichtet sei; schon aus der Thatsache, daß man diesen nicht einmal die selbstverständliche Bezeugung der Höflichkeit zukommen lassen wolle, trete die gegen die Monarchie gerichtete Spitze der sozialdemokratischen Bewegung hervor, und leichtfertig sei erklärt worden, man schwöre zwar dem Staatsoberhaupt den Eid der Treue, brauche ihn aber darum nicht zu halten. Dies stehe im schroffsten Widerspruch nicht allein mit der Moral und Verfassung, sondern auch mit der Bestimmung unsrer landwirtschaftlichen Bevölkerung, die sich gegenüber dem Landesherren, der selbst und dessen Familie seit Jahrhunderten treu und sorgsam über dem Lande gewaltet, durch den geschworenen Eid zur Treue verpflichtet fühle. Schließlich hat der sozialdemokratische Parteitag aufs neue gezeigt, wie diese Bewegung besonders darauf ausgeht, durch gleichzeitige Schlagworte und unerfüllbare Versprechungen Mißtrauen gegen alle Organe zu säen, die zur Führung im Staat, im Kommunalleben, in der Gesellschaft berufen sind. Ramentlich werde dabei mit dem Worte „Reaktion“ ein recht tüchtiger Mißbrauch getrieben. Der Redner wies darauf hin, daß zu einem solchen Mißtrauen gerade gegen die badische Regierung keinerlei Anlaß vorliege. Wie wenig die badische Regierung eine Reaktion wolle, wie sehr sie einer fortschreitenden freiwilligen Entwicklung angethan sei, die Bahn verfolgend, die Großherzog Friedrich vor 51 Jahren beschritten und seither eingehalten habe, das ergebe sich daraus, daß sie auf dem vorigen Landtag ein Gesetz über die Einführung der direkten Wahl der Gemeinderäte und Bürgermeister in allen Gemeinden von nicht mehr als 2000 Einwohnern durchgebracht, daß sie die Bildung einer Landwirtschaftskammer, die auf der direkten Wahl aller selbständigen Verfasslandwirte beruhen sollte, vorgeschlagen habe, und daß sie auf dem bevorstehenden Landtag einen Gesetzentwurf einbringen werde, der die Wahl der zweiten Kammer auf den Boden der gleichen, direkten, allgemeinen Wahlen stelle. In Dresden sei der bisherige Säleier über die revolutionären Ziele der Sozialdemokratie gefallen; es sei zu hoffen, daß in der gekäufchten Menge nun bald eine Reaktion sichtbar werde, eine innere Reaktion mit der Umkehr zu der alten Fahrt des vernünftigen Fortschritts, der freiwilligen Entwicklung im wirtschaftlichen und geistigen Leben.“

Der seltsame Herr Minister des Innern von Baden sieht nun also endlich „die revolutionären Ziele der Sozialdemokratie entschleiert“! In Wahrheit hat er wie andre unsrer Gegner schon vorher oft genug sich über dieselben erschrecklichen Ziele der Sozialdemokratie entzweit und daselbe verständnislose Geschwätz gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie losgelassen. Es bedurfte zu dem neuen Erguß nicht erst des Dresdener Parteitages.

Daß die Sozialdemokratie eine „radikale Umwälzung der jetzigen Gesellschaftsordnung“ herbeizuführen will, davon dürften selbst die badischen Landbesitzer, vor denen Dr. Schenkel seine entzweitete Weisheit ausschüttete, Kenntnis gewonnen haben, vielleicht weiß diese Hörerschaft des Ministers sogar, daß gerade diese Absicht der Sozialdemokratie, eine in ihrem tiefsten Wesen ungerechte Gesellschaftsordnung zu beseitigen, auch unter der Bevölkerung Badens die Anhängerzahl der Sozialdemokratie fortwährend gesteigert hat, wovon noch die letzten Reichstagswahlen glänzendes Zeugnis ablegen. Und es ist ein gänzlich aussichtsloses Unternehmen des Herrn Ministers, wenn er glaubt, die Vorkommnisse in Dresden zu einer Beschönigung der kapitalistischen Ausbeutungszustände ausnützen zu können. In den politischen und wirtschaftlichen Forderungen, welche die Sozialdemokratie im Interesse der Unbemittelten und Arbeitenden gegen die Kapitalisten- und Grundbesitzersklasse vertritt, liegt die Notwendigkeit des sozialdemokratischen Vorkampfes. Wenn einzelne Personen, die in diesem Kampfe stehen, Schwächen und Fehler zeigen, so mindert das nicht im geringsten die großen Ideale des Befreiungskampfes der unterdrückten Klassen. Die herrschende Klasse aber, für welche der badische Minister spricht, dürfte sich

nehmen, wenn sie nur ein Hundertteil der eifrigen Bemühungen zur Reinigung ihrer Verfehlungen aufwenden würde, welche unsere Partei aufwendet, um etwaige Krankheitsstoffe zu beseitigen.

Der Minister spricht auch davon, daß die Socialdemokratie der Monarchie nicht einmal die selbstverständliche Bezeugung der Höflichkeit erweisen wolle. Der Herr Minister sollte sich ein wenig vergegenwärtigen, wie die Monarchie in Deutschland sich gegenüber der politischen Partei gestellt hat, zu der sich die deutsche Arbeiterklasse bekennt. Ueber das alte Gerede vom Verfassungseid lohnt es sich nicht, nochmals ein Wort zu sagen.

Minister Dr. Schenkel verwehrt insbesondere sein „Musterlande“ gegen den Vorwurf der Reaktion. Aber unsere Genossen im badischen Landtage führen seit vielen Jahren den Kampf gegen diese Reaktion und weil in Baden wie in andern Bundesstaaten die Nichterfüllung aller freiheitlichen Forderungen so eifrig praktiziert wird, darum gerade ist unsere Partei in Baden stets stärker geworden.

Der Minister verweist auf die Zusage eines guten Wahlrechts für Baden. Aber wie viele Anstrengungen und Bemühungen waren nötig, um das bisherige, gänzlich veraltete und ungerechte Wahlrecht zu erschüttern; nicht die Regierung, der Dr. Schenkel angehört, beseitigt das Wahlrecht, sondern der wachsende Unwille des Volkes. Und dabei muß noch abgewartet werden, ob die neuen Vorschläge der badischen Regierung wirklich so wenig von Reaktion an sich haben. Nach einer Meldung der Münchener „Neuesten Nachrichten“ soll in der neuen Wahlgesetz-Vorlage die Censurwahl und eine Verstärkung des Budgetrechts der Ersten Kammer, deren Existenz allein die ungeheuerliche Reaktion in Baden beweist, gefordert werden! —

Mit der Krupp'schen Artillerievorlage

Soll es nach dem Berliner publizistischen Organ der Firma doch nicht ganz ohne sein. Die „Berliner Neueste Nachrichten“ erklären zwar auch die Ankündigung einer Artillerievorlage für verächtlich. Seiten indes auch noch keine endgültigen Beschüsse gefaßt, so sei es doch höchst wahrscheinlich, daß die Firma Krupp, deren Fabrikate bei den Schießversuchen durch die Artillerie-Prüfungskommission ihre Ueberlegenheit über die Erhardt'sche Konkurrenz erwiesen und auch sonst im Ausland die höchste Anerkennung gefunden hätten, den Lieferungs-auftrag in nicht zu ferner Zeit erhalten werde. Ob sich freilich die neue Artillerievorlage in so engen Grenzen, wie angegeben, halten werde, scheint fraglich, da die Aenderung eines Geschüßes sich schwerlich mit 2000 M. beschränken lassen werde.

Also schon eine Aenderung unserer Geschüße würde mehr, wahrscheinlich erheblich mehr als 15 Millionen kosten. Vielleicht aber verlangt man gar völlig neue Geschüße. Was die Kosten würden, kann man sich denken, wenn man erwägt, daß die Schweiz 72 Batterien bei Krupp für 21 Millionen Franz-Mark bestellt gegeben hat! —

Zu den badischen Landtagswahlen

wird uns aus Mannheim geschrieben:

Laut Erlass des Ministeriums des Innern finden die Wahlmänner-Wahlen nunmehr am 30. Oktober, die Abgeordneten-Wahlen am 11. November statt. Dies bedeutet gegen die letzten Wahlen im Herbst 1901 eine hinauschiebung um nahezu vier Wochen. Dadurch wird auch der Termin der Einberufung der Zweiten Kammer (vor zwei Jahren der 28. November) entsprechend hinausgeschoben. Bereits in früheren Jahren und auch im Verlauf dieses Sommers wieder wies die sozialistische Presse unfers Landes darauf hin, daß darin eine höchst unerfreuliche Beschränkung der für die Beratung der in dieser Session zu erwartenden wichtigen Vorlagen (es sei nur an die von Minister Schenkel eben offiziell angekündigte Wahlrechts-Vorlage erinnert!) verfügbaren Zeit und damit eine bedenkliche Beschränkung der Arbeit des Parlamentes überhaupt zu erblicken sei, die sich bei einigem guten Willen leicht vermeiden ließe. Schon auf dem letzten Landtage brachten es diese Verhältnisse mit sich, daß die Regierung dreimal, nach dem Verkommen im Dezember für Januar bis April, dann aber Ende April für den Monat Mai und Ende Mai gar nochmals für Juni vom Landtage sich ein Steuerprovisorium bewilligen lassen mußte, da sich die Verabschiedung des Finanzgesetzes so sehr in die Länge zog. Als diese, wobei unsere Abgeordneten beifällig mit Nein stimmten, dann endlich am 28. Juni erfolgte, waren die bewilligten Steuern zur Hälfte bereits erhoben. Wie die obigen Wahltermine zeigen, hat es die Regierung nicht für ihre Pflicht erachtet, diesem auf die Dauer unhaltbaren Zustande schon auf dem nächsten Landtage ein Ende zu machen. —

Die Zustände im deutschen Kolonialgebiet werden überraschend gekennzeichnet durch eine Verordnung im „Armeeverordnungsblatt“, wonach zur Niederwerfung von Aufständen allein im Jahre 1902 zwölf Expeditionen und Gesandte in Kamerun „nötig“ waren, welche im Sinne des Militärverordnungs-Gesetzes als Feldzug gelten. Für die Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika kommen im Jahre 1902 vier derartige Expeditionen und Gesandte in Frage. —

Ausland.

Schweiz.

Verweigerung des Militärdienstes. Vor dem Freiburger Militärgericht stand dieser Tage der Rechtsstudent Raine, angeklagt der Desertion und Insubordination. Raine hatte vor einigen Wochen Aufforderung zur Abolvierung einer mehrwöchentlichen Übungszeit erhalten. Er hatte darauf geantwortet, daß er als Socialist und überzeugter Friedensfreund es ablehnen müsse, künftighin seiner Militärpflicht zu genügen und lieber die Konsequenzen trage. Er wurde zu dreimonatigem Gefängnis, Degradation und Ehrverlust auf ein Jahr verurteilt. — Bemerkenswert, daß die sozialistische Presse, so „Arbeiterrecht“ und „Grünländer“ dies Verhalten Raines als eine unnütze und zwecklose Demonstration verurteilt. —

Serbien.

Das Urteil im Rischer Prozeß wurde am Dienstag gefällt. Die Hauptleute Rowakowitsch und Lazarewitsch wurden zu zwei Jahren Gefängnis und Verlust der Charge, Lieutenant Drudarewitsch zu einem Jahre, die Oberlieutenants Logunerski und Protitsch zu zehn Monaten, die Lieutenants Todorowitsch, Georgewitsch und Andritsch zu acht Monaten, Major Welschowskij und Hauptmann Lomwiczew zu einem Monat, die übrigen Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. —

Asien.

Rußlands „Räumung“ der Mandchurei. Dem Reuterschen Bureau wird aus Tientsin gemeldet, die gegenwärtige militärische Stärke Russlands im fernem Osten umfasse: 50 000 Mann aller Waffen, darunter 18 Batterien, in der eigentlichen Mandchurei, 110 000 Mann an den Verbindungslinien zwischen Fort Arthur und dem Amur und 90 000 in Fort Arthur und Tientsin. In Fort Arthur seien 30 Forts errichtet, 50 andre Forts seien im Bau und alle Gipfel des Gebietes besetzt; ferner seien in Fort Arthur ständig 40 Kriegsschiffe, und 40 andre lägen behändig unter Dampf in Tientsin. Am 15. Oktober werde die Ankunft von 3 Schlachtschiffen, 2 Kreuzern und 4 Torpedobootzerstörern in den chinesischen Gewässern erwartet.

Die fortschrittliche Partei in Japan hat ein Manifest veröffentlicht, das vom Grafen Okuma unterzeichnet ist und das scharf die Notwendigkeit betont, der Macht Eingalt zu thun, die China beeinträchtigt und Korea bedrohe. —

Landtagswahl.

Im Wahlkreise Solingen-Remscheid wurden als Abgeordneten-Kandidaten der socialdemokratischen Partei die Genossen Scheidemann, Meiß und Leo Kronz aufgestellt.

Der Vorstand der Centrumsfraktion des Abgeordnetenhauses veröffentlicht in der „Germania“ den Wahlaufruf für die Landtagswahlen. Der Aufruf ist denkbar inhaltslos. Die zukünftige Politik des Centrums in Preußen erschöpft sich nach diesem Aufruf fast ausschließlich in der Forderung, daß gleichzeitig mit der gleichmäßigen Regelung der Schulunterhaltungspflicht „der konfessionelle Charakter unserer christlichen Volksschule in Preußen gleichmäßig festgelegt werde“ und daß ferner „die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche und ihrer Institutionen“ zur Durchführung gelange. Die Herrschaft der Kirche über die Schule und über das gesamte öffentliche Leben ist also das wiederum anerkannte Hauptziel des Centrums.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Konflikt wegen beschlagnahmter Flugblätter.

Der Gewerkschaftsbeamte Franz Scholtysel aus Königschütte hatte neben andern Genossen in Radzionlau Flugblätter des Bergarbeiter-Verbandes verbreitet, die die Ueberchrift trugen: „Weshalb geht es dem Bergarbeiter jetzt so schlecht?“ In den Flugblättern wurde der Anschluß an den Deutschen Bergarbeiter-Verband empfohlen. Der Amtsvorsteher Wahner zu Radzionlau ließ den Leuten die noch vorhandenen Flugblätter auf der Straße abnehmen, um das weitere Verteilen an die Bergarbeiter zu verhindern. Es gab dann Anklagen wegen Uebertretung der noch gültigen §§ 10 und 41 des alten preussischen Preßgesetzes, wonach mit Strafe bedroht ist, wer auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an andern öffentlichen Orten Druckschriften verläuft, ausruft, verteilt, anheftet etc., ohne im Besitze einer polizeilichen Erlaubnis zu sein. Eine Erlaubnis hatten die Verteiler nicht. Zwei der Angeklagten, darunter Scholtysel, wurden freigesprochen. Das Gericht nahm an, daß ihnen ein öffentliches Verteilen, ein Verteilen der Blätter außerhalb der Häuser nicht nachzuweisen sei, wenn es auch wahrscheinlich wäre. — Scholtysel verlangte nun vom Amtsvorsteher Wahner die ihm abgenommenen Flugblätter zurück, und zwar die Rücklieferung ins Haus, und beschwerte sich, als nichts erfolgte, beim Landrat und beim Regierungspräsidenten. Diese befohlen ihm dahin, daß ihm freigestellt werde, sich die ihm gehörigen Flugblätter vom Amtsvorsteher abzuholen. Scholtysel bestritt aber gegen den voreiligen Amtsvorsteher noch den Weg der Privatklage beim Amtsgericht Tarnowitz. Er beantragte, den Amtsvorsteher zu verurteilen, ihm die beschlagnahmten Flugblätter einzuliefern und die Kosten zu tragen.

Die Regierung zu Oppeln erhob jedoch, bevor es zur Verhandlung kam, zu Gunsten des Amtsvorstehers den Konflikt, indem sie geltend machte, der Amtsvorsteher habe sich lediglich im Rahmen seiner Amtsbefugnisse gehalten. Er sei der Meinung gewesen, die Verteilung der Flugblätter sei eine öffentliche gewesen und hätte weiter öffentlich erfolgen sollen. Da die Leute die zu einer öffentlichen Verteilung erforderliche Erlaubnis nicht besaßen, so habe er unter diesen Umständen das weitere Verteilen durch die Beschlagnahme verhindern können. Auf die Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme komme es nicht an. Scholtysel könne die Zustellung der Flugblätter ins Haus nicht verlangen. Mit Recht sei ihm anheimgestellt worden, sie sich abzuholen.

Das Ober-Verwaltungsgericht, vor dem Rechtsanwält E. H. Liebkecht den Privatkläger vertrat, erklärte den Konflikt der Regierung für begründet, so daß das Prozeßverfahren gegen den Amtsvorsteher endgültig einzustellen ist. Begründend wurde ausgeführt: Durch die Beschlagnahme der Blätter habe der öffentlichen Verteilung der Schriften, ohne daß eine Erlaubnis vorlag, vorgebeugt werden sollen. Zu den Aufgaben der Polizei gehöre es aber, Strafthaten zu verhindern. Es frage sich nun, ob ein genügender Anhalt dafür vorlag, daß die Leute die Blätter öffentlich verteilen wollten. Diese Annahme sei aber gerechtfertigt gewesen. Daraus ergebe sich, daß sich der besagte Amtsvorsteher einer Uebertretung seiner Amtsbefugnisse beziehungsweise einer Unterlassung einer Amtshandlung nicht schuldig gemacht habe. Danach sei das Klageverfahren auf Einstellung der beschlagnahmten Blätter für unzulässig zu erachten.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Metallindustrie.

In der gestrigen Versammlung der streikenden Bäcker, die wiederum so zahlreich besetzt war, daß der Saal polizeilich abgesperrt wurde, berichtete Cohen über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts und den dort vereinbarten Tarifvertrag, durch den denjenigen Firmen gegenüber, die nicht beivilligt haben, der Wettschick erbracht ist, daß die Forderungen sehr wohl durchführbar sind und daß das Geschrei der bürgerlichen Presse von der Unerfüllbarkeit dessen, was die Bäcker und Brüder verlangen, nur auf die Irreführung der öffentlichen Meinung berechnet ist. Es hat auf dem Einigungsamt viele Nähe gemacht, irrtige Meinungen einzelner Arbeitgeber über den eigentlichen Sinn einzelner Forderungen aufzuklären. So glaubten einige Unternehmer, sie dürften, wenn sie ihre Unterschrift gegeben hätten, keinen Arbeiter vor Ablauf des Tarifvertrags entlassen. Dieser Irrtum ist offenbar von interessierter Seite geflüstert verbreitet worden. Beim Abschluß des Tarifs ist die größte Sorgfalt darauf verwandt worden, eine Form zu finden, die alle derartigen Mißverständnisse ausschließt. Die Zugeständnisse, die den Arbeitgebern in einigen Punkten gemacht wurden, sind von geringer Bedeutung. Dagegen erscheint es sehr wertvoll, daß auch für die andern Branchen in aller nächster Zeit Tarifverträge geschaffen werden sollen. Die Organisation hat dafür gesorgt, daß der abgeschlossene Tarifvertrag sofort als Formular mit Beitrittserklärung gedruckt worden ist. Den Vertrauensmännern wurde dieses Formular bereits gestern vormittag in je zwei Exemplaren ausgehändigt. Diejenigen Firmen, die dem Tarifvertrage beitreten wollen, können das unterschriebene Formular entweder dem Vertrauensmann oder dem Gewerbegericht übergeben. — Des weiteren wurde in der Versammlung berichtet, daß verschiedene Unternehmer und namentlich kleinere den Ausperrungsbeschluß der Fabrikantenorganisation dadurch zu umgehen oder abzuweichen suchen, daß sie eine größere Zahl ihrer Arbeiter zu Meistern machen und Meisterverträge mit ihnen abschließen. Im allgemeinen hat jener Beschluß die beabsichtigte Wirkung auf die Arbeiter vollkommen verfehlt, bereitet aber offenbar den Unternehmern große Unannehmlichkeiten.

Lohnbewegung der Militär-Wägenmacher. In einer Sektionsversammlung des Deutschen Kürschnerverbandes wurde mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit den Unternehmern kein Resultat hatten, weil der Tarif, den die Unternehmer vorlegten, zeigte, daß diese nicht willens sind, amnehmbare Zugeständnisse zu machen. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Militär-Wägenmacher-Versammlung erkennt in dem Lohnsatz der vereinigten Militärwägen-Fabrikanten nichts weiter als eine Verhöhnung unserer Forderungen, da derselbe im ganzen eine Verschlechterung der jetzigen Zustände herbeiführen würde. Die Herren Fabrikanten sind nicht geneigt, einer wirklichen Verbesserung unserer Lebenslage zuzustimmen; sie hoffen, daß sich vielleicht aus unseren Reihen Kollegen finden werden, welche Streikbrecherdienste leisten. In Anbetracht dessen, daß unsere Forderungen gerechte sind, verpflichtet sich die Versammlung, an unserm aufgestellten Lohnsatz festzuhalten, und macht es jedem Kollegen zur Ehrenpflicht, nicht früher die Arbeit aufzunehmen, bis unsere Forderungen anerkannt sind. Des weiteren fordert die Versammlung alle uns noch fernstehenden Kollegen auf, sich uns in unserm gerechten Kampfe anzuschließen. Dann wird

und muß der Sieg unser sein. Hoch die Solidarität! Auf zum Kampf und Sieg!“

Die Lohnbewegung der Putzträger hat bis jetzt sehr gute Erfolge gehabt. Wie Wende am Montag in der Mitglieder-Versammlung der im Bauarbeiter-Verband organisierten Putzträger berichtete, sind die Forderungen fast überall in der am Freitag vor acht Tagen beschlossenen Weise durchgeführt, so daß der größte Teil der Kollegen bereits zu den neuen Bedingungen arbeitet. Nur auf einem Bau waren die Putzträger genötigt, in den Streik zu treten. Der Streik dauerte aber nur einen Tag und die Forderungen waren bewilligt. Leider hat es ein großer Teil der Kollegen nicht für nötig befunden, die Organisation über die Erfolge ihres Vorgehens zu unterrichten, so daß ein genauer Bericht über den Stand der Bewegung noch nicht gegeben werden kann. Die Kollegen werden dringend ersucht, von allen Bauten, wo die Forderungen bewilligt sind, dem Bureau des Verbandes der Bauarbeiter, Engel-Ufer 15, Zimmer 8, sofort Mitteilung zu machen, damit spätestens bis zum 5. Oktober, wo die Lohnbewegung überall beendet sein soll, eine genaue Uebersicht möglich wird. Die gegenwärtige Lage im Beruf wurde vom Referenten als außerordentlich günstig bezeichnet. Täglich würden Arbeitskräfte verlangt. Es liege nur an der Gleichgültigkeit der Kollegen, wenn auf einzelnen Bauten noch zu den alten Bedingungen weiter gearbeitet und der Beschluß der letzten Versammlung nicht befolgt werde. — Der Ortsverwaltung wurde von der Versammlung anheim gegeben, eine Bautenkontrolle vorzunehmen.

Die Arbeiter des „Berliner Holzcomptoirs“, Küstrinerplatz, haben am Montag die Arbeit niedergelagt, nachdem am Sonnabend ein Aufseher, der 6 Jahre im Betriebe beschäftigt war, entlassen wurde, und am Montag wieder zwei Entlassungen, darunter die des Vertrauensmannes des Verbandes des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, erfolgten. Da diese Entlassungen den Umständen nach als Wahregelungen angesehen werden, so erfolgte die allgemeine Arbeitsniederlegung. Die Aufseher Berlins, besonders auch die Holz- und Bretterträger werden ersucht, dies zu beachten.

Tariffbewegung der Töpfer. Zu dem Bericht in unserer Sonnabendnummer schreibt uns Herr Karl Fricke, daß er seine Erklärung nicht im Namen der Isolatororganisierten Töpfer abgegeben habe, sondern daß es seine persönliche Meinung sei, daß er mit der Kündigung des Tarifs einverstanden ist.

Lohnbewegung in den Beltener Eisenfabriken. 1700 Töpfer, Arbeiter, Aufseher und Maschinisten scheinen, da die Eisenfabrikanten nicht das geringste Entgegenkommen zeigen, in den Generalstreik gedrängt zu werden. Die genannten Arbeiter-Kategorien haben am 1. Juli den am 1. Oktober abzulaufenden Lohnsatz gekündigt und gleichzeitig Forderungen an die Fabrikanten gestellt. Dieselben betreffen für Töpfer 15 Proz. Lohnerhöhung und neunstündige Arbeitszeit (jezt 10 Stunden), für die übrigen Arbeiter Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. (derselbe beträgt jezt 27 $\frac{1}{2}$ Pf.). In zweimaligen Eingaben ersuchten die Arbeiter-Kommissionen um Unterhandlungen, um die streitigen Punkte auf friedlichem Wege zu regeln. Nach der ersten Eingabe erfolgte eine Sitzung von der Dauer einer halben Stunde, in welcher die Unternehmer erklärten, nichts zu bewilligen, und fanden demgemäß Unterhandlungen nicht statt. Auf die zweite Eingabe erfolgte schriftliche Ablehnung. Am vergangenen Freitag fand nun eine von gegen 1300 Personen besuchte Versammlung statt, in welcher als letztes friedliches Mittel beschlossen wurde, den Landrat des Kreises als Vermittler anzurufen, sollte auch dieses fruchtlos sein, so wird jedenfalls in den Versammlungen der einzelnen Arbeiter-Kategorien der Streik beschloffen werden. An diesem Kampfe, sofern er perfekt werden sollte, sind vier 4 Centralverbände beteiligt, deren Stassenvermögen gegen 500 000 M. beträgt. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß der Zuzug von Töpfern und Arbeitern nach Beltener ferngehalten wird.

Deutsches Reich.

Richard Härtel, der Gründer des deutschen Buchdrucker-Verbandes, ist am 26. September in Leipzig gestorben. Schon seit dem Anfang der sechziger Jahre für die Interessen seiner Kollegen thätig, war er vor allen die treibende Kraft bei der Gründung des deutschen Buchdrucker-Verbandes, die am 20. Mai 1888 in Leipzig vollzogen wurde. Von 1866—1868 bekleidete Härtel den Posten eines Vorsitzenden der ständigen Kommission des Buchdrucker-Tages, und von 1868—79 war er Präsident des Verbandes. Seit 41 Jahren gehörte der Verstorbenen der Redaktion des „Correspondent“ an und arbeitete an derselben mit, bis ihn vor acht Wochen ein Leiden aufs Krankenlager warf. Härtel erreichte ein Alter von nahezu 68 Jahren. Der Buchdrucker-Verband verliert in ihm eines der verdienstvollsten Mitglieder.

Die Fassadenputzer und Stukkateure in Elberfeld-Barmen befinden sich seit voriger Woche im Streik; von ca. 240 am Ort befindlichen legten 240 die Arbeit nieder. Die Unternehmer versuchen überall Streikbrecher zu werben, und rechnen hierbei auch auf die Maurer, welche Fassaden putzen können. Da der Stand der Bewegung ein sehr günstiger ist, kann der Sieg nicht zweifelhaft sein, sobald der Zuzug fern bleibt.

Ausland.

Die Maurer und Handlanger in Genf stehen schon seit zehn Wochen im Streik. Der Vorstand des Genfer Gewerkschaftsverbandes wendet sich in einem Aufruf an die Arbeiter Deutschlands und ersucht sie um materielle Unterstützung. In dem Aufruf heißt es: Genossen, die gesamte organisierte Arbeiterschaft Genfs hat in diesem Kampfe von neuem bewiesen, daß ihre Solidarität keine Grenzen, keine Nationalität kennt, sie hat so große Opfer gebracht, daß ihr heute mehr nicht möglich ist, und wenn sie an die Genossen anderer Gegenden appelliert, so thut sie das mit der Gewißheit, gehört zu werden, um so mehr, da sie ihrerseits für Unterstützung kämpfender Genossen auswärts stets ihr möglichstes gethan hat und auch fernerhin thun wird. Wer einen Pfennig oder Heller entbehren kann, um seinen Brüdern beizustehen, der sende an: Decoster, Typograph, Rue Vohv-Lysberg 8, Genf.

Sociales.

Die Wurmkrankheit in der Armee?

Unserm Bochumer Parteiblatt wird vom dortigen Arbeitersekretariat mitgeteilt, daß zwei Reservisten, die sich zur Vergarbeit gemeldet hatten, bei der ärztlichen Untersuchung als wurmkrankhaft erkannt und zurückgewiesen worden seien. Die Armeeverwaltung wird gut thun, diesem Untersuchungsbesunde die sorgfältigste Aufmerksamkeit zu widmen. Selbst wenn sich in diesem Falle, wie es schon einmal vorgekommen ist, der untersuchende Arzt geirrt haben sollte, ist es doch gut, die Aufmerksamkeit auf diese Seite der Sache zu lenken. Die Gefahr der Verpflanzung der Wurmkrankheit in die Armee durch Rekruten aus den verstaubten Vergarbeiterrevieren ist gar nicht so gering und es sollten vor allen Dingen die in diesen Gebieten ausgehobenen Mannschaften vor der Einstellung darauf untersucht werden, ob sie wurmkrankhaft sind. Aber auch den schon in der Armee befindlichen Leuten, die aus solchen Bezirken stammen, sollte die Heeresverwaltung besondere Aufmerksamkeit widmen. Wie rasch sich die Sache verbreitet, wenn sie einmal eingegriffen ist, das haben wir ja jezt erlebt.

Verkauft Gemeinde-Arme. Ein düsteres Kulturbild entrollte eine Verhandlung, die vor dem Landgericht Bamberg stattfand. Im vergangenen Sommer starb im Armenhause des oberfränkischen Dorfes Teufenthal die 73jährige Gemeinde-Arme Marg. Fleischmann. Bei der Leichenschau wurde die Leiche in einem entsetzlichen Zustande vorgefunden. Das Bett war durch Roth und Urin in einen Misthaufen verwandelt, an dem Körper hatten sich durch Aufliegen und Verwahrlosung viele brandige Wunden gebildet, in denen es von Maden wimmelte, der Kopf war von Ingeziefer bedeckt. Die Pflege der alten Frau lag den Nachtwächters-Geboten Jörtsch ob. Die Gattin Jörtsch war die leibliche Tochter der Fleischmann. Sie hatten

Nicht im geringsten um die Erkrankten gekümmert, keinen Arzt herbeigezogen und die Gaben, die ihnen von wohlthätigen Leuten für die Kranke übergeben wurden, für sich selber verwendet. Deshalb wurden sie wegen fahrlässiger Tötung in Anklagezustand versetzt. Der Gericht wurde konstatiert, daß sich der Chemann förtlich wiederholt in roher Weise geäußert hätte: „Die Alte ist nicht mehr wert, als daß sie die Würmer freisetzt; die kann man lebendig begraben.“ Er wurde jedoch freigesprochen, da für den Schwiegersohn keine gesetzliche Pflicht zur Verpflegung der Schwiegermutter bestehe, dagegen wurde die Frau lediglich wegen Vernachlässigung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Die eigentliche Schuld an solchen entsetzlichen Verbrechen, wie sie in den letzten paar Jahren besonders häufig in den frommen Gegenden des nördlichen Bayerns zu Tage getreten sind, ist auch ganz anderswo zu suchen. Es muß doch sehr bedauernd, daß im Armenhause, einer Gemeinde-Anstalt, ein Mensch verkaufen kann, ohne daß die Behörde das geringste davon weiß. Hier handelt es sich eben wieder um ein Opfer der kulturwidrigen Zustände, die auf dem Gebiete der ländlichen Armenpflege in Bayern herrschen.

Stimmen über den Parteitag.

Von Äußerungen der Parteipresse erwähnen wir heute die „Erfurter Tribune“:

„Wenn von Genossenschaft sogar das Vorhandensein von zwei, von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehenden Strömungen gelehrt und der ganze Parteitag nur auf die Eifersüchtelei gewisser Literaten oder die einseitige Meinungsäußerung, die einzelne Parteiführer ausüben, zurückgeführt worden ist, so beweisen die geführten Debatten und die von uns gezeigten Enddifferenzen schon zur Genüge, daß der Parteitag bestrebt ist und daß es in der That ein Vertuschen und Komödiespielen war, wenn von Genossenschaft der Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen und der Gegenpart zu überkleistern gesucht wurde. Fraglich bleibt es mir, ob Debatten und angesehene Resolutionen den Kampf nach etwas mehr Ruhe in der Partei und nach Aufhören der heimlichen Künzleien an den Parteiprinzipien in Erfüllung gehen lassen; fraglich bleibt es auch, ob es nötig war, daß die „Arbeiterzeitung“, die Bebel hielt, in den scharfen, aggressiven und persönlich nicht gerade angenehmen Formen vor sich gehen mußte. Aber das ist so Bebel's Art, und die Revisionisten erreichte diesmal so eine Art Nemesis. Denn als vor einem Dutzend Jahren Genossen, die den heute wieder von Bebel vertretenen Standpunkt niemals verlassen hatten, sich gegen die jetzt ja nicht mehr geeignete opportunistische Schwächung wandten, wurden sie von Bebel, der diese Schwächung mitmachte und, da er heute sich nicht zur energischen Vertretung des Antifundamentales befehrt hat, noch daran laboriert, in ganz derselben Weise behandelt und zu Boden geschlagen. Damals schon hätten die Genossen, die heute klagen, sich gegen eine solche Behandlung von Partei-Angehörigen wenden müssen; da sie dies nicht thaten — sie gehörten damals ja mit zur „kompakten Majorität“ — so geschieht ihnen heute kein Unrecht, wenn ihnen kein Recht geschieht.“

Aus der „Freien Presse“ in Elberfeld sei dieser Satz citiert:

„Gegenüber den Beweglichen Magetönen, welche wir in einer Anzahl Parteiblätter über das „Gezänk“ und die „unfruchtbarsten Debatten“ auf dem Parteitag finden, sagen wir: ein sozialdemokratischer Parteitag thut nichts, was nicht unter dem Druck der Verhältnisse notwendig geworden ist. Damit wollen wir natürlich nicht sagen, daß jede Einzelheit der Verhandlungen eine Notwendigkeit gewesen sei. Sicher ist vielfach — und zwar von allen Seiten — über die Schärfe gehandelt worden, sicher ist vieles gesagt, was besser unterbleiben und besserem hätte Platz machen können; aber kommen mußten die Debatten, sie waren eine notwendige Erscheinung. Auf diejenigen, welche nach dem glücklichen 16. Juni gerne ein Siegesfest, eine Parade- oder Schaustellung gesehen hätten, die gegenüber den Gegnern jede Meinungsverschiedenheit in der Partei verdrängen möchten, mußten die Verhandlungen allerdings sehr depressiv wirken. Mit dem Vertuschen schafft man aber Gegensätze nicht aus der Welt. Und daß solche wirklich vorhanden sind, und zwar nicht nur taktische, das hat der Parteitag deutlich genug gezeigt.“

In der „Vergischen Arbeiterstimme“ in Solingen sagt W. D.:

„Wie ein reinigendes Gewitter hat der am Sonntag in Dresden beendete Parteitag die Situation innerhalb der Partei und die allgemeine politische Atmosphäre geläutert. Wir stimmen durchaus nicht denjenigen Partei-Organen zu, welche die Dresdener Verhandlungen als nutzlose Zeitvergeudung ansehen, obgleich wir vor dem Staatsfinden des Parteitages befürchteten, daß dort viel Zeit vertrieben werden würde. Der persönliche Ton der Debatten ist in unsern Augen lediglich eine Auserklichkeit, die versiegt, die Debatten selbst aber betrachten wir als einen Markstein in der inneren Entwicklung unserer Partei und eine scharfe Umgrenzung unserer Stellung in der allgemeinen Konstellation der politischen Parteien.“

Nachstehend sei die Stellungnahme der Parteiversammlungen angezeigt, die sich bis jetzt mit dem Parteitage beschäftigt haben:

Die Genossen in Langenbielau legten ihre Ansicht in dieser Resolution nieder:

„Die am 23. September im „Rufeisen“ tagende Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Langenbielau erklärt sich zwar mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, spricht jedoch ihre tiefste Enttäuschung darüber aus, daß die Verhandlungen von einzelnen Literaten zum Austrag ihrer persönlichen Angelegenheiten benutzt wurden.“

In einer Parteiversammlung in Freiburg i. B. wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Parteiversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Sie verurteilt jedoch die persönliche, gehässige und unparlamentarische Art, mit der sich eine Anzahl Genossen anzutreten erlaubten, indem dadurch eher den Gegnern als unserer eignen Sache genützt wird. Die versammelten Genossen erklären, nach wie vor für die Sozialdemokratie zu kämpfen und zu agitieren, erwarten aber, daß in Zukunft auf unsren Parteitagen mehr das Prinzip der Brüderlichkeit, als die persönliche Bekämpfung Platz greift.“

Die Parteigenossen von Dresden-Alstadt verhandelten am 24. September über den Parteitag. Bloß als Referent betrat die in den Artikeln der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ schon zum Ausdruck gebrachten Ansichten. Krüger wandte sich gegen die Akademiker, tadelte aber auch Bebel und widersprach der Behauptung, daß wir uneinig seien. Niemand erklärte sich außerordentlich enttäuscht, daß die praktischen Aufgaben auf dem Parteitage so vernachlässigt worden seien. Auch Sandermann hält das Wort von der Uneinigkeit für unzutreffend. Auch er ist der Meinung, daß die Schuld an dem so großen Einfluß der Akademiker in der Partei an den Parteigenossen liege. Er weist bloß auf den 15. Kreis (Mittweida) hin. Wöhre sei kaum übergetreten zur Partei, da habe man sich schon um ihn gerissen. Solche Vorurteile, wie das Hineinbringen des früheren Ober-Postsekretärs Wagner in die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“, von dem man nichts weiter wisse, als daß er in einer Versammlung ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht, machen im Lande unter den Parteigenossen böses Blut. Es komme ganz darauf an, was man unter Revisionisten verstehe. In der praktischen Arbeit haben sie jedenfalls immer mit an der Spitze gestanden. Aber Bebel beschränkte wohl, daß ihm die Fraktion und die Partei zu groß geworden sei und nicht von ihm allein Direktiven annehmen wolle, deshalb habe er die Parteigenossen aufgerufen. Es sei auch nicht recht von Bebel gewesen, daß er die große Masse gegen die Angehörigen in den Gewerkschaften und in der Partei mißtrauisch gemacht habe. Es seien doch gerade die besser gestellten Arbeiter, die Opfer für die Partei bringen und ihren seihen Kern bilden. Braune trat für Bebel ein, während Dreier dem entgegentrat. Nach längerer Debatte ging die Versammlung ohne Beschlußfassung zu Ende.

Die Parteigenossen in Köln-Khrenfeld beschloßen:

„Die Versammlung des Volksvereins Köln-Land, Verwaltungsstelle Ehrenfeld, spricht ihre entschiedenste Mißbilligung über das in dem in der Rheinischen Zeitung“ enthaltenen Artikel „Verlorene Tage“ über die Arbeiten des Parteitages gefällte Urteil aus und erklärt, daß der Artikel nach Ton und Inhalt den Ansichten der Parteigenossen nicht entspricht.“

In Dresden-Kreuzstadt berichtete Gahn. Er kann denen nicht zustimmen, die den Parteitag für bedeutungslos halten, er hält ihn vielmehr für einen der wichtigsten Parteitage. In der Diskussion verurteilten mehrere Redner entschieden die Mitarbeit von Parteigenossen an bürgerlichen Blättern. Es wurde beschlossen:

Die Parteiversammlung erklärt sich nach Entgegennahme des Berichts vom Parteitage voll und ganz mit den gefassten Beschlüssen und Resolutionen, insbesondere über Mitarbeiterschaft und Taktik, einverstanden und erklärt, im Sinne derselben die Agitation und Organisation unter der Arbeitererschaft fortsetzen zu wollen.“

Die „Münchener Post“, deren Erwiderung auf die Erklärung Bebel-Kantisch-Singer wir gestern schon nach einem Telegramm erwähnten, beruft sich für ihre Behauptung, daß anfänglich eine für die „Revisionisten“ unannehmbar Resolution geplant gewesen sei, auf folgende Mitteilungen der Wiener „Arbeiter-Zeitung“:

Dresden, 16. September. ... Man hört, daß die Revisionisten für die Resolution Bebel's stimmen, aber einen Zusatz einbringen wollen, der gewisse parlamentarische Initiativvorschläge vorschlägt. Die Vermählungen, ein Schiboleth für den Revisionismus zu finden, wären dann freilich vergebens gewesen. Das ist nun Veranlassung für einige, insbesondere Rürnberg-Delegierte, einen Antrag vorzubereiten, der sich so scharf gegen die Revisionisten wendet, daß diese nicht dafür stimmen können. Ob es aber dazu kommt, ist noch ungewiß. Wahrscheinlich wird sich die große Majorität des Parteitages damit begnügen müssen, zu zeigen, daß die Partei mit einer an Einmütigkeit grenzenden Mehrheit gewillt ist, bei der alten Taktik zu bleiben.“

(„W. Arb.-Ztg.“ Nr. 256 v. 18. Sept., S. 4, 3. Spalte.) Dresden, 18. September. Der Antrag Ad. Braun, Keil, Haller wurde heute zurückgezogen und durch einen Antrag Bumm ersetzt, der ebenfalls versucht, eine Formel zu finden, für welche die Revisionisten nicht stimmen können.“

(„W. Arb.-Ztg.“ Nr. 257 v. 19. Sept., S. 3, 2. Spalte.)

In der Leipziger Parteiversammlung hatte Grenz ausgeführt, es scheine ihm, als habe sich Bebel in der Taktikfrage wieder breiitadeln lassen durch eine anderthalbstündige Unterhaltung mit Bollmar; der seine Diplomatie habe dabei über den Feuerlopf gesetzt. Andersfalls hätte Bebel sicher nicht auf das Schlußwort verzichtet.

Bebel giebt darauf in der „Leipziger Volkszeitung“ eine Erklärung ab, in der er unter anderem sagt:

„Das kann ich Genossen Grenz versichern: in dieser Unterhaltung handelte es sich zu einem guten Teil um ganz andre Themata, als dasjenige, das der Parteitag verhandelte. Zu glauben, daß hierbei „der seine Diplomatie über den Feuerlopf gesetzt habe“, heißt mir ein solches Ernüchterungszeugnis ausstellen, daß ich gegen die Ausführungen des Genossen Grenz — der mir sicher durchaus wohlgestimmt ist — protestieren muß.“

Auf das Schlußwort habe er verzichtet, um die Zeit des Parteitages nicht noch mehr in Anspruch zu nehmen; sonst wäre es Bollmar schlecht ergangen. Die Erklärung schließt:

„Im übrigen möchte ich, sind es nicht die letzten Auseinandersetzungen, die wir in Dresden gehabt haben. Die revisionistische Presse und ganz speziell die „Münchener Post“ urteilt über die Verhandlungen des Parteitages in einer so tendenziös entstellten, ja direkt verlogenen Weise, daß schon dieser Umstand allein auch genügen könnte, die eben erst geschlossene Debatte wieder aufzunehmen.“

Vor der Hand will ich mir Zwang auferlegen und abwarten, wie groß das Maß dieser Unversöhnlichkeit wird.“

In Reichs-Angelegenheit war mehrfach davon die Rede gewesen, daß dieser ein Schiedsgericht anrufen werde. Mehring erklärt darauf in der „Leipziger Volkszeitung“, daß er das nicht thun, sondern sich in einer Drohschärfe rechtfertigen werde. Wenn andre ein Schiedsgericht gegen ihn beantragten wollen, so sei er bereit, sich auch vor einem solchen zu verantworten.

Aus Industrie und Handel.

Kartell-Enquete. Am 25. und 26. September d. J. haben im Reichsamt des Innern die kontradiktorischen Verhandlungen über den Verband deutscher Druckpapierfabriken (Zeitungsdruckpapier-Syndikat) stattgefunden. Außer den Vertretern des Syndikats beteiligten sich nach dem vorläufigen Bericht des „Reichs-Anzeigers“ an den Beratungen der Vorstand und mehrere Mitglieder des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Vertreter der Papier verarbeitenden Industrie, Papiergroßhändler und sonstige Sachverständige. Den Vorsitz führte, wie bei den früheren Verhandlungen, der Geheimregierungsrat im Reichsamt des Innern Dr. van der Borghi. Den Erörterungen lag ein von dem Referenten Regierungsrat Dr. Voelker erstatteter Bericht über die Entstehung, die Organisation und die geschäftliche Tätigkeit des Syndikats zu Grunde.

Die geschäftlichen Maßnahmen des Syndikats, insbesondere seine Preispolitik und die von ihm festgesetzten Verkaufsbedingungen führten zu einer lebhaften Aussprache zwischen den Vertretern des Syndikats einerseits und den Zeitungsverlegern und Großhändlern andererseits. Hierbei wurden nach dem officiellen Berichte auch „Wege erkennbar, welche zu einem Ausgleich der Interessengegensätze führen können.“ Das stenographische Protokoll wird nach seiner Fertigstellung im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht werden, und dann wird man darauf zurückkommen können.

Zur Anfang November sind kontradiktorische Verhandlungen über die Syndikate der Eisenindustrie in Aussicht genommen. Es werden die Hoheisen-Syndikate, die Halbzeug- und Walzwerkverbände in unmittelbarer Aufeinanderfolge zur Erörterung gelangen.

Kampf um das Kohlen-Syndikat. Der Grubenvorstand der Zeche „Freie Vogel und Unberhoff“ tritt mit einer längeren Erklärung vor die Öffentlichkeit, in der er noch einmal, kurz vor dem Zusammentritt der entscheidenden Besenbesitzer-Versammlung, die Gründe anführt, die ihn zu seiner Opposition gegen die Neugründung des Kohlen-Syndikats bestimmt haben: Das Syndikat habe schriftlich und mündlich anerkannt, daß der Anspruch der Zeche auf eine Mehrbeteiligung auf 120 000 Tonnen nach dem alten Syndikatsvertrage bestehe. Das Syndikat sei nicht berechtigt, für die Zeche „Freie Vogel“ nur rechnungsmäßig den bestehenden Syndikatsvertrag festzuhalten. Vielmehr sei das Syndikat verpflichtet, auch materiell den gesamten Syndikatsapparat gemäß dem bisherigen Vertragsverhältnis weiter arbeiten zu lassen. Ein gegenseitiges Verfahren stelle einen Kontraktbruch dar. Das Syndikat könne eine derartige Handlung überhaupt nicht begehen, erstens seiner öffentlichen Stellung nach, und zweitens nicht, weil nicht nur der rechtliche, sondern auch jeder sachliche triftige Grund dafür fehle und auch in sachlicher Beziehung die Ansprüche der Zeche durchaus motiviert seien.

Deutsches Feinbleich-Syndikat. Zu den an der vorgestrigen Waise in Umlauf gekommenen Gerüchten, wonach die Firma Wolff, Netter u. Jacobi den Syndikatsvertrag zum 3. Oktober gekündigt habe, hört die „Voss. Ztg.“, daß die genannte Firma einen Antrag auf vorzeitige Auflösung des Verbandes gestellt hat, worüber in der Sitzung am 3. n. M. Beschluß gefaßt werden soll, falls nicht bis zu diesem Tage alle ausstehenden Werte, mit denen bis dahin noch einmal Verhandlungen geführt werden, in den Verband eingetreten sind. Außerhalb des Verbandes stehen unter anderem die Friedenshütte, die Wendel in Hagen, des Eisenwerk Thale, die Laurahütte, die allerdings ein besonderes Abkommen mit dem Verbands hat, und einige andre kleinere Werke.

Deutsches Gas- und Siederohr-Syndikat. Die Montag in Düsseldorf stattgehabten Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß auch das Siederohr-Syndikat verlängert wird. Damit ist die Verlängerung der beiden Syndikate auf fünf Jahre perfekt geworden, allerdings unter der Voraussetzung, daß inzwischen kein neues Werk entsteht. Dieses Siederohr-Syndikat umfaßt, wie bisher, nur den Inlandmarkt, während das Gasrohr-Syndikat auch für den Export zu stande gekommen ist.

Die Berliner Parteiversammlungen.

Erster Wahlkreis. Die Parteiversammlung in den Arminkellen nahm zunächst den rein sachlichen Bericht des Genossen Fiedler über die Brandenburger Konferenz entgegen. Der Bericht über den Parteitag, den die Genossen Dypel, Lucht und Zätorow gaben, führte zu einer sehr ausgedehnten Diskussion, die sich hauptsächlich gegen die sogenannten Revisionisten wandte. Von mehreren Genossen liegen Resolutionen dieser Richtung vor.

Zweiter Wahlkreis. Die zweite Versammlung des zweiten Wahlkreises in der Buchdruckerei nahm debattelos die Protestresolution gegen die Anberaumung des Termins der Urwahlen an. Hieran berichtete Werner über die Verhandlungen des Parteitages, und zwar über den Geschäftsbericht des Vorstandes, die Einigungs-Verhandlungen mit den Polen, den Bericht der Reichstags-Fraktion, die Beschäftigung des internationalen Kongresses und die Missionen, um am Schluß seines Referates scharfe Kritik an der Art und Weise zu üben, wie Bernhard sich ein Mandat zu verschaffen gesucht hat, nachdem der zweite Kreis es abgelehnt hatte, ihn zu delegieren. Der zweite Delegierte, Genosse Käthe, berichtete über die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern. Redner bedauerte es, daß der „Vorwärts“ den Artikel „Partei-moral“ nicht feinerzeit wörtlich abgedruckt hat, da dann die Debatten in Dresden zum Teil überflüssig gewesen wären. Bernhard und Genossen hätten in Dresden Werbung treffen wollen, aber das Geschick sei auf sie selbst zurückgefallen. Es sei dringend notwendig, den Augiasstall zu säubern (Weisfall). Im Streitfall „Vorwärts“ contra Bebel habe die Prekommission den einzig richtigen Standpunkt eingenommen. Die Resolution in der Frage der Taktik sei so gehalten, daß niemand, der es ernstlich meine, gezwungen sei, der Partei deshalb den Rücken zu kehren. Was den Zwischenfall betreffend die Wahl Luers anbelangt, so habe Fischer die Berliner demagogisch und diskreditiert, er wolle daher um Entschuldigung bitten. In der Diskussion ergriff zunächst Nicola das Wort, der scharf gegen Bernhard und Braun zu Felde zog.

Im dritten Wahlkreis wurden gleich nach Beginn der Versammlung mehrere Anträge eingebracht, die zum Teil ein ungewisses Mißtrauen gegen den Abgeordneten des Kreises, Genossen Heine, ausdrückten. Heine hielt darauf eine zweistündige Rede zu seiner Rechtfertigung und stellte die Vertrauensfrage an seine Wähler. Einem hierauf gestellten Vertrauensantrage widersprach Heine, er wolle noch heute die Entscheidung über die Vertrauensfrage gefaßt sehen. Die Debatte wurde fortgesetzt und war bei Schluß der Redaktion noch nicht beendet.

Die Versammlung im vierten Wahlkreis, die im Gewerkschaftshaus stattfand, war gut besucht, zu einer polizeilichen Absperrung kam es aber nicht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde in einer Resolution die gegen die vom Magistrat beabsichtigte Festsetzung des Beginns der Landtags-Urwahlen auf zwei Uhr Protest erhoben. Außerdem wurde den streifenden Angehörigen der Omnibus-Gesellschaft die Sympathie ausgesprochen.

In der Verichterstattung über den Parteitag teilten sich die Genossen Franke, Vogel und Lauer. In der sehr lebhaften Debatte kam vorwiegend die Meinung zum Ausdruck, daß die Debatten viel Unerfreuliches gebracht haben, daß die Aussprache aber notwendig war. Kamontlich durch die Ereignisse der letzten Tage sei die Notwendigkeit erwiesen worden. Singer betonte, der Parteitag habe deshalb nützlich gewirkt, weil er Klarheit darüber geschaffen habe, daß in der Partei nur ein ganz verschwindender Bruchteil für die revisionistischen Bestrebungen zu haben ist.

Bei Schluß der Debatte war die Debatte noch nicht zu Ende. Eine Resolution, die sich gegen die Mitarbeiter an der „Zukunft“, gegen die Mitarbeiterschaft Luers an den „Socialistischen Monatsheften“ und die neue Braunsche Zeitschrift richtete, war noch nicht zur Abstimmung gelangt.

Fünfter Kreis. In der gestrigen Generalversammlung kam es zu einer lebhaften Diskussion über die Verhandlungen des Parteitages, die sich bis nach Mitternacht ausdehnte. Angenommen wurde folgende Resolution: „Die Genossen des fünften Kreises erklären sich mit dem Verhalten der Delegierten einverstanden und machen die Beschlüsse des Parteitages zu den ihrigen.“ Punkt 2 der Tagesordnung, Verichterstattung von der Provinzialkonferenz, wurde der vorgeschriebenen Zeit halber vertagt.

Im sechsten Wahlkreis tagte die Versammlung im Etablissement „Germania“ in der Chausseestraße. Der große Saal war vollbesetzt. Den Bericht vom Parteitag gab der Genosse Frenthaler. In der Diskussion wendet sich Kiesel unter lebhafter Zustimmung in heftiger Weise gegen die an bürgerlichen Blättern tätigen sozialdemokratischen Schriftsteller, insbesondere verurteilt derselbe die Handlungsweise des Genossen Dr. Braun, der den Parteitag angefallen habe. Kröhn schießt sich diesen Ausführungen an. Redner wendet sich insbesondere gegen Bollmar und Timm, sowie auch gegen das stete Einbringen partikularistischer Momente in allgemeine Parteifragen. Wurzel giebt der Ansicht Ausdruck, daß die Revisionisten aufs schärfste belämpft werden müssen. Bei Schluß des Blattes war die Debatte noch nicht geschlossen.

Das Urteil im Prozeß Baganz

wurde nach 11 Uhr abends verurteilt. Es lautete gegen: 1. Baganz 4 Jahr Zuchthaus und 8 Jahr Ehrverlust, 2. Frau Baganz 6 Monat Gefängnis (1 Monat verhöht), 3. Aufrecht 600 M. Geldstrafe ebent. 60 Tage Gefängnis, 4. Buchmüller 3 Monat Gefängnis, 5. Eduard Sander 1 Monat Gefängnis zulänglich, 6. Juliusrot Mägel Preisvergebung, 7. Hörmann 4 Monat Gefängnis (2 Monat verhöht), 8. Polzin 300 M. Geldstrafe ebent. 30 Tage Gefängnis. Gegen Baganz wird der Wert des Empfangenen in Höhe von 12 000 M. dem Staat verfallen erklärt. Hörmann wurde aus der Haft entlassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Leipzig, 20. September. (W. Z. B.) Wie das „Leipziger Tageblatt“ erfährt, hat das Ober-Landesgericht die Beschwerde der sozialdemokratischen Redakteure Lüttich und Hellmann und des Metzgers Schmidt gegen ihre wegen Majestätsbeleidigung erfolgte Verhaftung verworfen. Das Hauptverfahren gegen die Genannten sowie gegen den in der gleichen Angelegenheit früher verhaftet gewesenen, inzwischen aber freigelassenen sozialdemokratischen Redakteur und Reichstags-Abgeordneten Schöpff ist nunmehr eröffnet.

Heidelberg, 20. September. (W. Z. B.) Die vom Kriegsgericht wegen militärischen Auftrages zu schweren Gefängnisstrafen verurteilten vier Soldaten haben Revision eingelegt.

Budapest, 20. September. (Meldung des Ungarischen Korrespondenz-Bureaus.) Das Ergebnis der Abstimmung in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, durch welches die Regierung in der Minderheit geblieben ist, macht starken Eindruck. Es handelt sich eigentlich nur um einen formalen Akt, indem Strauß Kossuth vorschlug, morgen eine Sitzung abzuhalten, um die Debatte über die Erklärung des Grafen Khuen-Hebervary auf die Tagesordnung zu setzen. Ein Teil der Regierungspartei sowie sämtliche Fraktionen der Opposition stimmten mit der Kossuth-Partei, wodurch der Antrag Kossuths die Mehrheit erhielt.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober 1903 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“ mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden Unterhaltungsblatt und der Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungspediteure sowie unsere Expedition, Lindenstrasse 69, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für das übrige Deutschland nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig pro Monat

(ausschliesslich 14 Pfennig pro Monat Bestellgeld) entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 8203.) Die Einziehung des Zeitungsgeldes von den bisherigen Postabonnenten erfolgt gegen Quittung durch die Briefträger, die zur vollgültigen Quittungsleistung berechtigt sind.

Neu hinzutretende Postabonnenten können die Zustellung der Zeitung und die Einzahlung des Zeitungsgeldes auch schriftlich bei der zuständigen Postanstalt beantragen. Für derartige Bestellschreiben etc. wird eine Gebühr nicht erhoben.

Im Auslande kann der „Vorwärts“ gleichfalls bei der Post bestellt werden; der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 5 Fr. 1 Cts. in Belgien, 3 Fl. in Holland, 3 Kr. 50 Oere in Dänemark, 5 Lire 71 Cts. in Italien, 5 Fr. 15 Cts. in Luxemburg, 4 Kr. 66 Heller in Oestreich-Ungarn, 6 Fr. 10 Cts. in Rumänien, 4 Kr. 17 Oere in Schweden, 5 Fr. in der Schweiz; 9 Mark in Frankreich, England, Spanien und Portugal, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und andern zum Weltpostverein gehörenden aussereuropäischen Ländern.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der „Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschlands und seiner Kolonien, in Oestreich-Ungarn und Luxemburg, im Auslande 3 Mark pränumerando.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Der Kongress von Reims.

Reims, 27. September. (Fig. Ver.)

Vorversammlung.

Reims, eine für französische Verhältnisse große Stadt (107 000 Einwohner) mit einer ansehnlichen Industrie, gehört trotzdem nicht zu den Mittelpunkten der sozialistischen Bewegung. Die Organisation sieht hier immer noch in den ersten schwachen Anfängen. Im linksradikalen Gemeinderat sitzt kein einziger Sozialist irgend welcher Richtung. Der Deputierte der Stadt ist seit 1893 der politisch vielbeachtete linksradikale Wirtman, der sich in seinen Wahlplakaten einen „unabhängigen Sozialisten“ nennt.

Wenn nun die Sozialistische Partei Frankreichs (P. S. de F.) trotz alledem — den allgemeinen Gespögenheiten entgegen — die nichtsozialistische Stadt Reims zum Sitz ihres zweiten Kongresses gewählt hat, so geschah dies mit Rücksicht auf die propagandistische Wirkung des Parteitagsganges zum Zwecke der Belebung und Stärkung der hierigen Organisation.

Der Verlauf der am Vorabend des Kongresses abgehaltenen Vorversammlung giebt in dieser Hinsicht den besten Hoffnungen Raum. In der geräumigen städtischen Euhalle kamen über 2000 Personen zusammen, meist Arbeiter und Arbeiterinnen, die den zahlreichen Ansprachen mit ungeschwächter Aufmerksamkeit lauschten und den Rednern begeisterten Beifall spendeten.

Den Hauptinhalt der Ansprachen bildete die Darlegung der Grundprinzipien der Partei, die Betonung des proletarischen Kampfes, die Charakteristik ihrer Taktik, eine scharfe Kritik aller bürgerlichen Parteien sowie der ministeriellen Sozialisten und die eindringliche Mahnung an die Reimer Arbeiter, ihrer eigenen, der proletarischen Partei endlich in die dichten Scharen beizutreten. Auch der Dresdener Parteitag fand sympathischen Widerhall.

Den Vorsitz führte der alte Kämpfer Pédrón. In seiner Eröffnungssprache verwies er auf die Schwierigkeiten der Anfänge der sozialistischen Partei vor 25 Jahren und betonte deren wesentliche Einheitlichkeit bis auf den heutigen Tag. Die „neue Methode“ der Ministerialisten sei irrig, da sich seit 25 Jahren in dem feindlichen Verhältnis der Bourgeoisie gegen das Proletariat nichts geändert habe. Wenn sich die Lage der Arbeiter geändert, so nur zum Schlimmen. Beweis: das Sinken der Reallohn in Reims. Redner betont dann die im Wesen des Kapitalismus begründete Verelendung, an der keine bürgerliche Regierung etwas ändern könne. Die revolutionären Sozialisten verschmähten es, die Hausmacht irgend eines Ministeriums zu werden. Daher ihre Trennung von den Jourés und Millerand und die Begründung der Revolutionär-Sozialistischen Einigkeit.

Dubreuilh, Parteisekretär fürs Innere, spricht die Hoffnung aus, daß sämtliche Proletarier Frankreichs sich in den Reihen der P. S. de F. auf dem Boden des Klassenkampfes zusammenschließen würden, weil sie eben Proletarier seien. Die Partei sei revolutionär, weil Reformen nichts ändern könnten und nur die Revolution die Befreiung des Proletariats bringen könne. Alle sozialen Umwälzungen seien bisher nur auf dem Wege der Gewalt bewerkstelligt worden. Siehe die bürgerliche Revolution von 1789 und 1793. Wie damals der dritte Stand alle Kraft und alle Intelligenz in sich vereinigt hatte, so gelte das heute immer mehr und mehr von der Arbeiterklasse. Sie brauche nur sich dessen bewußt zu werden und Vertrauen zu sich zu haben, um die kapitalistische Gesellschaft niederzuwerfen.

Grade, Parteisekretär fürs Äußere, betont namentlich den internationalen Charakter der Partei. Daher auch unser Jubel über den herrlichen Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie. Redner bespricht die historische Bedeutung dieses Wahlsieges und verweist sodann auf die Niederlage der Revisionisten, dieser deutschen Anhänger der „neuen Methode“ auf dem Dresdener Parteitag, wo die französischen Ministerialisten die Rolle einer Vogelscheuche, einer Karikatur des Sozialismus gespielt hätten.

Vaillant (mit lebhaftem Beifall und Hochrufen auf die Kommune begrüßt): Der Revisionismus in Deutschland sei daselbe wie der Ministerialismus in Frankreich. Beide seien in gleicher Weise zu beurteilen. Wie in Dresden das französische Beispiel befolgt worden sei, so müßten die französischen Arbeiter das deutsche Beispiel sich zum Muster nehmen, um gleiche Erfolge wie dort zu erringen, um in ihrer Gesamtheit die einzig den Sieg verbürgende Methode anzuerkennen. In Dresden habe sich gezeigt, daß die Revisionisten, abgesehen von Verunsichern und einigen wenigen Gesinnungsgenossen, sämtlich ihren Standpunkt verlegt hätten. Warum? Weil sie zu schwach seien, weil in Deutschland die Einheit der Arbeiterklasse zerfallen sei. Die Rolle unserer Partei bestehe darin, dieselbe Einheit in Frankreich zu erreichen. Freilich seien hier die Bedingungen minder günstig. Es gebe noch hier viele schwankende proletarische Mittelpunkte. Wenig der Schwankungen! Man trete entweder unserer Partei bei oder man höre auf, sich als Sozialisten zu betrachten. Alle diejenigen, die wirklich die proletarische Befreiung anstreben, müßten sich unserer Partei anschließen.

DeLorh, Abgeordneter und Bürgermeister von Lille, vertieft auf die Erfolge und die Stärke des Sozialismus im Norddepartement, die in der hochentwickelten Industrie und in dem daraus resultierenden klaren Klassenbewußtsein der Arbeiter wurzeln. Die nordischen Proletarier suchten ihr Heil nicht in etwelchen Reformen, sie kämpften selbständig seit 25 Jahren auf allen Gebieten. Auch die Konsumgenossenschaften seien dort in den Dienst der Partei gestellt, sie lieferten für Agitationszwecke 25 bis 30 000 Franc jährlich. In den letzten Kommunalwahlen wurden ca. 100 000 sozialistische Stimmen abgegeben. Redner schließt mit einer Warnung vor den Apostelen der „neuen Methode“ und einer Mahnung zur proletarischen Organisation für den endlichen Sieg.

Aus den weiteren Ansprachen sei erwähnt, daß Lafargue einen warmen Appell an die Arbeiterinnen richtete und auf die entscheidende Bedeutung der Frauen wie für jede weltgeschichtliche Bewegung, so auch für die sozialistische verwies. Rubanowitsch (mit lebhaftem Beifall empfangen) begrüßt die Versammlung namens der russischen Sozialrevolutionären Partei: Gegenüber der Solidarität der französischen Bourgeoisie mit dem Parionismus müßte die Solidarität des französischen und russischen Proletariats aufgerufen werden. Redner verweist unter lebhaftem Beifall auf den erstarrenden revolutionären Kampf des russischen Proletariats und auf das Fiasko der Verlierer des Oberspiels Subatow, nach dem Beispiel der französischen Bourgeoisie und ihrer Helfershelfer durch „gelbe Gewerkschaften“ die Arbeiter zu halten. Der Subatowismus sei die russische Form des Millerandismus. In Russland betrachteten alle sozialistischen Richtungen die P. S. de F. als die einzige sozialistische Partei Frankreichs.

Lagarbelle überbringt die Grüße der Arbeiter der Haute-Garonne, die die P. S. de F. als die einzige sozialistische Partei betrachteten, weil diese allein auf dem Boden des Klassenkampfes stehe. Er mit Millerand von der „Solidarität der Klassen“ spreche, schließe sich selber von der sozialistischen Partei aus. Blick nach Dresden, wo niemand es gewagt hat, sich zur „Solidarität der Klassen“ zu bekennen.

Julius Guesde, mit lebhaftem Beifall und Hochrufen begrüßt: Ihr habt den Reden einstimmig Beifall gezollt. Das genügt nicht. Was habt Ihr, Arbeiter von Reims, getan? Habt Ihr Wahlerfolge wie die Deutschen aufzuweisen? Habt Ihr so gestimmt wie die russischen Arbeiter unter der Krante? Schon vor 23 Jahren habe ich in Reims mit dem alten Blanqui zu Euch gesprochen. Ich habe Euch schon damals das alles gesagt, was Ihr heute gehört habt: über die Konzentration der Kapitale, über das parasitäre Dasein der überflüssig gewordenen Unternehmer, über die politische Festung der Bourgeoisie, die vor allem erobert werden muß, um dann die soziale Umwälzung zu verwirklichen, die die Klassen abschaffen und der Arbeitlosigkeit, dem Elend ein Ende setzen wird. Ich habe Euch von den heldenhaften Straßenkämpfen der Pariser Arbeiter gesprochen und auf den Stimmzettel hingewiesen, als das Mittel der Befreiung der Klassenherrschaft. Ihr habt Beifall geflößt, aber nichts geleistet. Es ist an der Zeit, Eure Verfehlung wieder gut zu machen. Schließt Euch unsrer, d. h. Eurer eignen Partei an! Rechnet nur auf Euch selbst. Das organisierte Proletariat ist seine eigene Befreiung. Es braucht nur zu wollen. Ihr werdet wollen, Arbeiter von Reims! Hoch die soziale Revolution! (Stürmischer Beifall.)

Die imposante Versammlung schloß mit dem einstimmigen Votum einer Resolution, worin die Anwesenden sich verpflichten, sich in einer besonderen politischen Partei zu organisieren, um die Bourgeoisie unter allen ihren Formen zu bekämpfen und nach der vollen Befreiung durch die soziale Revolution zu streben.

Die Versammlung trennte sich unter den Klängen der von Meyens vorgeführten „Internationale“.

Reims, 27. September.

Erster Verhandlungstag.

Eröffnungssitzung, Vormittags 10 1/2 Uhr.

Der Kongress tagt im Saal des „Freidenker-Hauses“. Ueber der Tribüne schwebt in roten Lettern die Aufschrift: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ und darunter, von zwei roten Fahnen umrahmt, das Bildnis von Karl Marx. Die Wände des Saales sind mit zahlreichen roten Aufschriften auf weißem Grunde geschmückt: „Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein“, — „8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Ruhe, 8 Stunden Ruhe“, — „Huldigung den Märtyrern von 1871“, — „Hoch die Kommune!“, — „Erinnern wir uns!“ — „Die Gegner des Sozialismus sind zweierlei Art: diejenigen, die ihn nicht begreifen, und diejenigen, die ihn zu gut begreifen!“ — „Hoch die Internationale!“ — „Hoch die soziale Revolution!“ — „Niemand kann glücklich sein, so lange es Unglückliche giebt!“

Der Vorsitzende, Perrot-Reims, hält eine kurze Ansprache, worauf zur Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission geschritten wird. Der Kongress wird zwei Sitzungen täglich abhalten, am Vormittag und am Nachmittag.

Die vom Zentralrat aufgestellte Tagesordnung wird bekräftigt. Sie enthält folgende Punkte:

1. Berichte des Sekretariats und des Kassierers, des Zentralorgans „Sozialiste“ und der Parteiblätter.
2. Bericht der revolutionär-sozialistischen Kammerfraktion und die parlamentarische Aktion der Partei.
3. Berichte der Föderationen.
4. Innere Organisation der Partei.
5. Legislatives und kommunales Parteiprogramm.
6. Wahlfragen: die Gemeindevahlen von 1904.
7. Die Alterspensionen.
8. Die Unterrichtsfrage.
9. Internationaler Kongress zu Amsterdam.
10. Wahl der Erweitungskommission.

Prade bemerkt zur Tagesordnung, daß die Verträge der einzelnen Föderationen sich nicht auf die andern Punkte der Tagesordnung zu erstrecken hätten.

Auf Vaillants Antrag wird zunächst eine Kommission zur Vorbereitung der Organisationsfrage gewählt. Deren Mitglieder sind: Guesde, Lafargue, Landrin, Vagnol, Corgeron, J. Martin.

Die sonstigen etwa erforderlichen Kommissionen sollen nach der Generaldebatte über die betreffenden Punkte der Tagesordnung gewählt werden.

Guesde regt an die Besprechung des Punktes 9 (Amsterdamer Kongress).

Prade bemerkt hierzu, daß das Internationale Sozialistische Bureau in einem Rundschreiben die Einsetzung von Verträgen und Resolutionsentwürfen über die von der betreffenden Landespartei auf die Amsterdamer Tagesordnung gestellte Frage verlangt habe. Das Datum der Einsetzung ist sodann spätestens auf den 1. Dezember l. J. festgesetzt worden. Die P. S. de F., auf deren Antrag das Internationale Bureau den Punkt: „Regeln der internationalen sozialistischen Politik“ für Amsterdam beschloffen hat, müsse also über diesen Punkt einen Bericht und einen Resolutionsentwurf einbringen. Dieser Punkt ist also unbedingt schon in Reims zu erledigen.

Nach einer kurzen Debatte, an der Vaillant, Lafargue und Guesde sich beteiligen, wird folgendes beschloffen: 1. Die „Regeln der internationalen sozialistischen Politik“ sind schon in Reims zu beraten. 2. Der nächste Parteitag soll unmittelbar vor dem Amsterdamer Kongress stattfinden. 3. Prade soll bei dem Internationalen Bureau beantragen, das Datum der Einsetzung von Verträgen und Resolutionsentwürfen bis zum 1. März 1904 zu verschieben.

Im Lauf der Debatte hatte Vaillant bemerkt, daß nach dem Dresdener Parteitag die Hoffnung begründet sei, daß in Amsterdam

die Ansichten der P. S. de F. über den betreffenden Punkt zur Geltung kommen würden. Die Dresdener Resolution über die Taktik habe einen guten Boden zur Verständigung geschaffen.

Guesde regt an, falls die Zeit es gestatten sollte, den Generalstreik auf die Tagesordnung zu setzen. Es gelte, auch über diese Frage die volle Einheit der Partei festzusetzen.

Lafargue unterstützt den Antrag. Es sei überhaupt notwendig, den Sinn des Generalstreiks genau zu bestimmen. Denn bisher sei er in Frankreich vieldeutig, er bedeute bald die soziale Revolution, bald einen allgemeinen Berufsstreik in einer Branche oder auch nur in einem Betriebe.

Guesdes Antrag wird angenommen.

Auf den Antrag von Lafargue und Lagardelle wird beschloffen, der deutschen Sozialdemokratie im Hinblick auf den Dresdener Parteitag eine Glückwunschadresse zu schicken. Guesde und Vaillant werden mit der Abfassung der Adresse betraut.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten schließt die Sitzung um 12 Uhr.

Der Laurahütter Wahlkrawall vor dem Schwurgericht.

Reichen, D.-Schl., 28. September 1903.

Die bekannten Vorgänge in Laurahütte beschäftigten nun auch das Schwurgericht. Vor der Strafkammer sind die Personen abgeurteilt worden, die an dem Aufruhr und Landfriedensbruch teilgenommen haben sollen — ohne selbst eine Gewaltthat begangen zu haben — außerdem die jugendlichen Angeklagten einschließlich derer, die sich selbst Gewaltthaten nach Ansicht des Gerichts haben zu Schulden kommen lassen.

Dem Schwurgericht wurden 8 Angeklagte überwiesen, welche als „Rädelsführer“ beteiligt gewesen sein sollen oder als solche, die aus der Menge heraus an Personen oder Sachen Gewaltthaten begangen haben.

Der Eröffnungsbefehl stützt sich auf § 125 Str.-G.-B. — Landfriedensbruch.

Die Bestimmungen des Straf-Gesetzbuchs über Aufruhr sind nicht einbezogen worden.

Die Angeklagten werden sämtlich aus der Untersuchungshaft vorgeführt.

Den Vorsitz führt der Landgerichtsdirektor Dr. Pilling. Beisitzer sind Landrichter Franke und Assessor Heinisch. Die Anklagebehörde vertritt der bereits im Strafkammer-Prozess thätig gewesene Staatsanwalt Jüper.

Bei der Auslosung der Geschwornen ist das Ablehnungsrecht des Staatsanwalts sehr bald erschöpft.

Der Sitzung wohnte der Oberlandesgerichts-Präsident Amotowski aus Breslau bei.

Die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Biester, Reimwald, Freund, Zimmerwahr, Schmidt und Justizrat Reutirchner aus Reichen D.-S. und Dr. Seyda aus Kattowitz.

Der am meisten belastete erste Angeklagte Schlexer Julius Gohn aus Laurahütte ist 55 Jahre alt und fünfmal wegen schweren und einfachen Diebstahls verurteilt.

Gohn wird beschuldigt, im Saale am lautesten „Hoch Korsantj“ gerufen zu haben. Er soll dann zu demjenigen sich gefügt haben, die vor dem Ludwigischen Saale bemerkt waren, den Gefangenen zu befreien. Gohn soll ferner gerufen haben: „Laßt ihn nicht einschlafen“, dann soll er die Feuerwehrlente mit Steinen beworfen, sich dann auf die Spritze gesetzt und durch Klingeln und Kommandieren den Weg der Spritze bezeichnet haben! Dann soll Gohn einer derjenigen gewesen sein, welche die Spritze in den Teich warfen, und dabei selbst ins Wasser gegangen sein. Daraufhin soll er gerufen haben: „Jetzt wollen wir die Scheiben in dem Hüttengasthaus zerbrechen“. Er soll dort die Straßenlampe zerstört haben, dann die Scheiben. Er soll dann den Ruf: „Zum Pfarrhaus!“ ausgestoßen und an der Spitze von etwa 100 Leuten zur Pfarrei gezogen sein. Dort soll er sich wieder an der Zerstörung der Fenster, des Thores und des Hauses beteiligt haben.

Gohn erklärt: Meine Frau war an dem Tage verreist. Ich ging abends zum Bahnhof, um sie abzuholen. Unterdessen traf ich einen Bekannten und ging mit ihm zu Ludwig, um ein Glas Bier zu trinken. Korsantj kenne ich nicht und habe nicht „Hoch Korsantj“ gerufen. Ich stand nicht im Saale, sondern draußen am Fenster. Ich hörte dort Hochrufe, dachte es wäre auf unsren Kaiser oder König oder den Pfarrer und stimmte mit ein. Da haben Leute mit gefagt, ich soll nur weiter rufen. Dann habe ich gesehen, wie Gendarmen weggingen und mit den Säbeln nach hinten schlugen. Ich gebe zu, daß ich mit gefahrt habe und auch in der Menge war, um zu sehen. Ein Gendarm sagte zu mir „Kaufseune“, ohne daß ich etwas gemacht hätte, da sagte ich zu ihm „Verfluchter Krüppel“.

Nun kam die Spritze, das war an allem schuld, die Spritzen waren schon vorher dazu bestellt.

Vorsitzender: Am beginnt Ihre Hauptthätigkeit; haben Sie auf die Spritzen geworfen?

Gohn: Steine habe ich nicht geworfen.

Vorsitzender: Sie sahen aber auf der Spritze; wie sind Sie daraufgekommen?

Gohn: Ja, ich sah drauf. Ich wollte die Spritze nach meinem Hause führen, weil ich dachte, es wäre da Feuer.

Vorsitzender: Sie haben die Spritze dirigiert. Sie haben die Spritze geföhrt? — Gohn: Nein, ich habe nicht geföhrt. Die Leute haben von hinten gerufen: „Zum Teich“ und da wurde ich bis ins Wasser geföhrt. Geläutet hab ich nur, damit die Leute aus dem Wege gingen. Der Angeklagte Fabian hat mich aufgefordert, die Spritze umzukippen. Andre Leute haben es auch gethan. Ich hatte Angst vor den andern und da habe ich, als mir selbst gedroht wurde, ich sollte ja mitverfesen — mit Noth gegen die Fenster des Hüttengasthauses geworfen. Mit Steinen habe ich nicht geworfen. Im Hüttengasthaus habe ich mich verrochen, um nicht noch länger gezwungen zu sein, mitzugehen. — Vorsitzender: Warum sind Sie auch zur Pfarrei gegangen? — Gohn: Ja, was sollte ich denn machen; sonst hätte ich ja einen Stein an den Kopf bekommen. Demoliert habe ich da nichts. — Vorsitzender: Es wird Ihnen ja nachgewiesen werden. — Gohn: Ja, ich bin ein Auswärtiger, da wälgen die Leute alles auf mich.

Der zweite Angeklagte, Klempner August Grajczarek aus Laurahütte, 24 Jahre alt, achtmal wegen Körperverletzung, Verleumdung usw. verurteilt — im Höchstfalle mit sechs Monaten — wird beschuldigt, an der Menge teilgenommen zu haben, die vor das Hüttengasthaus gezogen ist. Dort soll er gerufen haben: „Vorwärts, jetzt zur Polizei!“ Er soll einen Stein in der Tasche gehabt haben.

Grajczarek erklärt: Als ich zur Hüttengasthaus kam, standen etwa 2000 Menschen. Die Gendarmen wurden mit Redensarten: „Haut ihn“ usw. belästigt. Dann bin ich mit der Menge gelaufen und habe gesehen, daß keine Feuerwehrlente und Gendarmen mehr da waren. Auf den Gendarmen Knyast wurde geföhrt. Ich suchte die Leute hiervon abzubringen. Dann ging ich weg und sah, daß die Spritze umgeworfen wurde. Gohn sah auf der Spritze und sagte immer: „Getade aus!“ Andre Leute riefen: „Vorwärts, mit der Spritze in den Teich.“ Gohn sagte darauf: „Immer schneller, immer schneller.“

In dem Restaurant von Brzozocel blieb ich bis gegen 10 Uhr. Dann sagte ich zu Streleczk: „Komm, wir wollen mal sehen, was los ist“. Da gingen wir zur Pfarrei. Am Hüttengasthaus war ich überhaupt nicht. — Vorsitzender: Sind Sie nicht derjenige, der gerufen hat: „Vorwärts, jetzt geht's zur Polizei!“ — Grajczarek: Nein!

Der dritte Angeklagte, Paul Prozel aus Laurahütte, 26 Jahre alt, achtmal vorbestraft — geringfügige Strafen — wird beschuldigt, an der Wahnstraße mit Steinen gegen Beamte geworfen zu haben. Er soll geholfen haben, die Spritze in den Leich zu werfen.

Prozel erklärt in polnischer Sprache: Ich war vorher auf der Jägerlei, in Hohenlohenhütte. Ich fühle mich vollständig unschuldig; ich habe mich an der Menge nicht beteiligt, sondern stand nur seitwärts. Gegen 7 Uhr kam ich ins Ludwigsche Gasthaus. Der Saal war schon voll; es wurden schon Steine geworfen; erkannt habe ich keinen. — Vorsizender: Sind die Steine gegen die Gendarmen geworfen worden? — Prozel: Ich glaube ja. — Vorsizender: Haben Sie Goinj auf der Spritze fahren gesehen? — Prozel: Das weiß ich nicht. — Der Vorsizende läßt Goinj die Infanteriemütze aufsetzen. — Prozel: Ich weiß nicht. Am Leich mußte ich vorbeigehen, um nach Hause zu kommen. Da stand eine große Anzahl von Menschen. Ich wurde auch ins Wasser gedrängt, ich stand bis an die Knie. Wie sollte ich denn selbst dazu kommen, die Spritze in den Leich zu werfen?

Vorsizender: Und wenn Ihnen nun vorgehalten wird, daß Sie am nächsten Tage dem Zeugen Kistorz zugegeben haben, die Spritze mit hineingeworfen und Steine geworfen zu haben? — Prozel: Das ist nicht wahr! — Vorsizender: Sie sollen auch derjenige sein, der auf der Wahnstraße Steine auf die Beamten geworfen hat? — Prozel: Ich habe keinen Stein in der Hand gehabt.

Der vierte Angeklagte ist der Monteur Paul Weiß aus Laurahütte. Er ist 26 Jahre alt und sechs mal unbedeutend vorbestraft. Weiß wird beschuldigt, er habe im Versammlungssaal am lautesten „Hoch Korsant!“ gerufen und hätte sich geweigert, den Saal nach der Versammlungsauflösung zu verlassen. Er soll an der Menge teilgenommen haben, die hinter dem Verhafteten liefen, um ihn aus den Händen der Beamten zu entreißen und soll dabei gerufen haben: „Laßt ihn nicht!“

Weiß erklärt: Ich habe eine Auflösung der Versammlung nicht gehört. Wie die Leute schrien, habe ich den Leuten zugeredet, sie möchten doch erst den Pfarrer sprechen lassen. Nachher rief ich auch mit „Hoch!“ — Vorsizender: Haben Sie versucht, den Arrestanten zu befreien? — Weiß: Nein. — Vorsizender: Haben Sie gerufen: „Laßt ihn nicht einsperren?“ — Weiß: Nein. Vorsizender: Sie sollen mit dem Schirm auf die Gendarmen geworfen haben. — Weiß: Nein.

Der fünfte Angeklagte, Grubenarbeiter Nikolaus Buresch, 45 Jahre alt, fünfmal geringfügig vorbestraft, wird beschuldigt, sich zusammen mit Goinj und Weiß bemüht zu haben, den Verhafteten den Beamten zu entreißen und zu diesem Zweck die Beamten und den Verhafteten gezerrt zu haben. Buresch erklärt in polnischer Sprache: Ich ging mit meiner Frau, um einen Besuch abzustatten. Dann ging ich mit meiner Frau, um Wohnung zu suchen. Wir kamen ins Ludwigsche Gasthaus. Meine Frau ging dann nach Haus, unterwegs holte ich sie am verarbeiteten Ort. Da war die Straße von Leuten gefüllt, einer stand mit dem Stein, er war mir unbedarft. Ich stellte die Frage, was er mit dem Stein wolle. Da rief einer: „Bersteh ihn ein!“ Der andere sagte: „Das ist auch einer von Letocha“ (der durchgefallene frühere Centrums-Abgeordnete von Statowitz-Jabrze). Ich rannte weg und da wurde ich mit Steinen geworfen. Ich sagte das dem Wachmeister, er sollte es notieren. Er sagte, ich solle es schriftlich machen. Die Steine flogen nach allen Seiten. Dabei hätte ich bald einen Säbelschlag vom Gendarm Weder bekommen, den ich auffing. Dann ging ich weg und kümmerte mich um nichts mehr.

Der sechste Angeklagte, Zimmerbauer Joh. Kott aus Laurahütte, 37 Jahre alt, dreimal geringfügig vorbestraft, soll nach der Anklage den Gendarm Weder durch einen Steinwurf am Fuße getroffen haben.

Kott behauptet: Ich war nicht auf der Wahnstraße, auch nicht vor dem Hüttenamt.

Vorsizender: Ein Zeuge wird aber behaupten, daß er gesehen hat, wie Sie einen Stein genommen und gegen den Gendarm Weder geworfen haben?

Kott: Nein. Der siebente Angeklagte, Häuer Victor Karnus aus Siemianowitz bei Laurahütte, 35 Jahre alt, fünfmal, nicht erheblich, vorbestraft, wird beschuldigt, den Feuerwehmann Hajda mit einem harten Gegenstand über den Kopf geschlagen zu haben.

Karnus sagt aus: Am 21. Juni hörte ich in der Predigt, daß am Abend eine Versammlung in Ludwigs Gasthaus stattfinden würde. Abends standen viel Leute, teilweise auswärtige da. Wie der Herr Pfarrer anfing zu sprechen, da wurde gerufen: „Hoch, Wojciech!“ Nach der Auflösung der Versammlung wurde fortwährend „Hoch!“ gerufen. Ich sagte zu dem Herrn Wachmeister Weder, er möge die auf der Bühne erschienenen Jungens verjagen. Das that er auch. Vor dem Saale wurde mir gesagt: „Reiß aus, denn die Polizei bringt einen.“ Da sagte ich: „Was brauche ich auszureißen, ich habe mit der Polizei nichts zu thun.“ Als ich sah, daß der Feuerwehmann Hajda über den Kopf geschlagen wurde, da rief ich: „Wer war denn das Schwein“ und suchte festzustellen, wer geschlagen hat. — Vorsizender: Hajda hat aber in der Voruntersuchung ausgesagt, daß Sie ihn geschlagen haben. — Karnus: Das kann er nicht auslagern, denn es ist nicht wahr.

Der achte Angeklagte, Vergarbeiter Emanuel Fabian aus Siemianowitz, 29 Jahre alt, einmal, meist unerheblich, vorbestraft, hat schon in der Voruntersuchung zugegeben, daß er im Hütten-Gasthaus einige Scheiben zertrümmert hat. Er soll das auch auf der Pfarrei getan haben.

Fabian erzählt: Die Leute sind mit der Spritze gelaufen und da bin ich mitgelaufen. War bis neun Mann haben die Spritze in den Leich geworfen. — Vorsizender: War einer der Angeklagten dabei? — Fabian: Nein. Nachher hat der Mann mit der Militärmütze... — Vorsizender: Der vorher auf der Spritze sah? — Fabian: Ja, er hat gesagt: „Nun kommt auf das Hütten-Gasthaus.“ — Vorsizender: Sie haben ihn im Gefängnis als Goinj wiedererkannt? — Fabian: Ja. — Vorsizender: Haben Sie gesehen, wie der Mann mit der Militärmütze mit einer Latte im Garten des Pfarrers demoliert hat? — Fabian: Ja! — Vorsizender: Und Sie selbst haben im Hüttenamt und Hütten-Gasthaus Fenster eingeschlagen? — Fabian: Ja, das gebe ich zu. — Vorsizender: Wie kamen Sie dazu? — Fabian: Ich war betrunken. — Vorsizender: Aber in der Pfarrei haben Sie auch auf Fenster eingeschlagen? — Fabian: Nein! — Vorsizender: Sie haben gesehen, wie der Mann mit der Militärmütze gerufen hat: „Auf zur Pfarrei!“ — Auf zur Hütte! — Fabian: Ja.

Auf diese Verlesung hin erhebt sich Goinj und erklärt, der Angeklagte Fabian habe selbst gerufen: „Nun zum Hüttenamt!“ „Nun zur Pfarrei!“ Es waren auch mehr Leute in der Militärmütze da außer mir.

Nach Verlesung des Augenscheinprotokollles wird in die Mittagspause eingetreten.

Nach der Pause begann die Zeugenvernehmung.

Zeuge Gendarm Weder gibt von der Auflösung der Versammlung und der Befreiung des Arrestanten dieselbe Darstellung wie in dem Prozeß vor der Strafkammer. Der Zeuge fährt fort: Unter den im Saale Aufnotierten, welche den Saal nach der Auflösung nicht verlassen wollten, waren die Angeklagten Weiß und Buresch. Letzterer war unter der Menge, die den Beamten den Verhafteten entriß. Als der Redakteur Haase vor dem Hüttenamt polnisch sprach, war die Menge ruhig. Als er aufhörte, begann wieder das Geschrei. Der Gendarm Knyast forderte die Menge nun wieder zum Auseinandergehen auf und drohte, daß sonst von der Schutztruppe Gebrauch gemacht würde. Da flogen wieder die Steine. — Vorsizender: Ist diese Aufforderung auch in polnischer Sprache ergangen? — Weder: Nein, von den Beamten, die da waren, konnte keiner polnisch sprechen.

Der Angeklagte Buresch hat selbst versucht, uns den Gefangenen zu entreißen. Grajewski und Goinj habe ich auch beim Hüttenamt

gesehen. — Vorsizender zu Grajewski: Sie haben doch vorher gesagt, daß Sie nicht am Hüttenamt waren?

Zeuge Amtsergeant Krieger: Goinj war unter den Personen, welche den Verhafteten loszureißen suchten, und rief: „Laßt ihn nicht!“ Prozel war auch in der Menge, ich habe aber nicht gesehen, daß er selbst etwas gethan hätte. Goinj habe ich noch wiederholt gesehen, zum Sergeanten Richter sagte er: „Was wollen Sie denn, Sie Unteroffizier?“

Vors: Haben Sie gesehen, daß der Goinj selbst den Verhafteten angefaßt hat? — Krieger: Nein, das habe ich nicht gesehen, er war aber in nächster Nähe. Nachher sah ich ihn am Hüttenamt. — Vors: In der Soldatenmütze? — Krieger: Ja. — Goinj: Es haben aber mehr Leute Soldatenmützen.

Zeuge Gendarm Knyast: Goinj war einer der Hauptmacher, der sich an dem Standal im Saal beteiligt hat. Weiß hat draußen gesagt: „Ich gehe nicht, ich wohne hier in der Hugelolonie.“ Ich kenne Weiß persönlich nicht, es wurde mir aber gesagt, daß er es sei. — Vors: Ein Mann in Infanteriemütze hat ihnen als seinen Namen Wikling genannt. Ist es Goinj? — Knyast: Ich halte ihn dafür. — Vorsizender läßt den Goinj, wie schon sehr oft, die Militärmütze aufsetzen. — Vors: Erkennen Sie den Goinj genau? — Knyast: Ja, genau weiß ich nicht.

Zeuge Amtsergeant Richter befinde sich gleichfalls, wie im Prozeß vor der Strafkammer: Ich führte die beiden Geistlichen, von denen der eine Dr. Stephan war, auf einem Seitenwege aus dem Saal. — Vorsizender: Fühlten sich die beiden Geistlichen bedroht? — Richter: Meiner Ansicht nach ja. Es war eine kolossale Aufregung gegen die Geistlichen vorhanden. Unter den Personen, die trotz der Aufforderung im Saal blieben, waren auch Goinj und Weiß. Goinj trat mir entgegen und rief: „Was willst Du dumme Junge, was willst Du mit Deinem Revolver, ich bin Unteroffizier gewesen, Du bist ein Krüppel.“ (Der Sergeant Richter ist eine starke, hohe Gestalt.) Vor dem Hüttenamt war auch Goinj, und deshalb muß ich annehmen, daß er der gemeingefährlichste war. Auch nach dem Schießen wurden Steine geworfen, aber nicht so viel, wie vorher. — Vorsizender: Wieviel Steinwürfe haben Sie ungefähr bekommen? — Richter: Vielleicht dreißig. — Vors: Früher haben Sie zwanzig gesagt.

Zeuge Amtsergeant Duda belastet gleichfalls Weiß, der bei der Verhaftung des Verhafteten gerufen habe: „Laßt ihn nicht.“ Die Äußerung von Weiß: „Ich wohne hier in der Hugelolonie!“ habe ich auch gehört. Auf der Straße kam ein Mann zu mir und sagte mir: „Geben Sie mir einen Bahzettel, ich habe Frau und Kinder und wir müssen Kartoffelshalen und Mehl essen.“

Zeuge Polizeiwachmeister Follin belastet gleichfalls Goinj, der schon vor Beginn der Versammlung Standal machte. Zeuge erzählt von der Auflösung der Versammlung und sagt: „Inzwischen ist auf Generalalarm geblasen worden.“ Mit dieser fast gleichlautenden Redewendung erwiderte alle die Polizeibeamten den Feueralarm und seine Ursache. Goinj hat von außen in den Saal gerufen: „Laßt Euch nicht rauschmeißen.“ — Vorsizender: Sie hatten den Eindruck, daß draußen Weiß der schlimmste war? — Follin: Ja.

Zeuge Amtsergeant Bouzoi: Ich sah, wie Prozel einen Stein warf. In der Richtung nach dem Hüttenamt kam Goinj an der Spitze von etwa 30 Mann; einer von ihnen rief: „Hau' das Donnerwetter.“ Goinj rief: „Donnerwetter.“

Zeuge Amtsvorsteher Schröter erzählt fast wörtlich daselbe, wie vor der Strafkammer. Ueber die Spritzen bekennt er: Ich habe die Spritzen nicht gerufen. Als sie kamen, stellte ich an die Leute die Frage: „Habt Ihr Wasser?“ Ich habe dann die Spritzen zum Hydranten führen lassen. Nachher, als sich die Menge der Spritzen bemächtigte, wurden wir selbst befrischt. Ich habe schon bei der vorigen Verhandlung gesagt, daß die Leute Posten aufgestellt hatten, um zu wissen, wann das Militär kommt. Als die Compagnie aus Weutchen D.-S. kam, verzog sich die Menge. We weisen ließ sich meine Ueberzeugung von den Posten nicht, es ist aber meine Auffassung. Von den Angeklagten habe ich keinen erkannt. Nach meiner Auffassung sind auch viel Fremde dabei gewesen. Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Seyda erklärt der Amtsvorsteher, er habe schon im voraus befürchtet, daß Tumulte entstehen werden, deshalb habe er auch alle verfügbaren Mannschaften hingeschickt.

Dr. Seyda: Haben Sie es nicht für angebracht gehalten, eine Versammlung, von der Sie im voraus Anzeichen befürchteten, zu verbieten? — Schröter: Ich hielt mich dazu nicht für berechtigt. — Dr. Seyda: Würden Sie sich dazu nicht für berechtigt halten, wenn die Versammlung von anderer Seite einberufen worden wäre? — Schröter: Nein!

Zeuge Schornsteinsegermeister Drobiz, der Führer der Feuerwehr: Als die Leute noch aus dem Saal gingen, rief jemand: „Feuer!“ Ich wollte hinter gehen, wurde aber zu Boden geworfen. Da fragte mich ein Feuerwehmann, ob er Feueralarm blasen solle. Ich sagte ja, er solle blasen. Ich nehme an, daß es Goinj war, der in dem Trupp von etwa dreißig Leuten, die zur Pfarrei zogen, „Mut! Mut!“ rief; seine Hand war erhoben. Der Mann hat eine Soldatenmütze auf dem Kopf gehabt.

Zeuge Feuerwehmann Kratochwil erzählt von der Räumung des Saales: „Als die Menge andrängte, da bekam ich den Auftrag zum Alarmieren.“ Nach den Aussagen der Feuerwehrleute im Prozeß vor der Strafkammer, gewann man den Eindruck, daß der Feueralarm auf bloßen Zufall, auf den unwahren Ruf „Feuer!“ aus unbekanntem Munde von dem Brandmeister Drobiz angeordnet worden sei.

Zeuge Baugewerksmeister Clausniger, Branddirektor der freiwilligen Feuerwehr, sagt nichts wesentlich Neues aus.

Zeuge Pfarrer Andreas Schmieder, Pfarrer aus Laurahütte: Als ich vor acht in den Saal kam, da war der Saal schon überfüllt — aber nicht mit Centrumsleuten, sondern mit andern. Da sagte ich zum Gendarmen Weder: „Ich glaube, heute ist nichts zu machen“ und daraufhin erfolgt die Auflösung. Im Pfarrhof habe ich nur das Geschrei, einige Artzstöße und Scheibenklirren gehört. Wie ich das Geschrei hörte, ließ ich das Licht überall auslösen. Das ist meine ganze Wahrnehmung. — Vorsizender: Es sind bei Ihnen etwa 35 Scheiben eingeschlagen worden. — Schmieder: Ja.

Der Pfarrer wird entlassen. Schluß der Sitzung 6,25 abends.

Erklärungen.

Nochmals Herr Harden!

Auf die heutige „Verichtigung“ des Herrn Harden an den „Vorwärts“ möchte ich doch kurz folgendes erwidern: Der Parteivorstands-Brief vom 28. Februar, der für Herrn Harden so ausschlaggebend ist, enthält den Vorstands-Beschluß über die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern, auf den es allein ankommt, nicht, nicht einmal im Auszug, konnte ihn auch gar nicht enthalten, da er laut Datumsangabe im „Vorwärts“, überhaupt erst am 2. März gefaßt und Johann am 3. März veröffentlicht wurde. Jener Brief bemerkt am Schluß nur, daß der Parteivorstand sich über die Frage der Mitarbeit „keine Entschließung vorbehalten!“ Herr Harden fälscht also lässig weiter.

Aber noch mehr! Er schreibt, daß mein Artikel erst „am 3. März abends in seine Hände kam“. Er will natürlich damit den Verdacht erwecken, als ob ich denselben sogar erst nach Bekanntmachung des Vorstandsbeschlusses über die Mitarbeit im „Vorwärts“ an ihn geschickt hätte. Diesen Verdacht schlägt der Post-Einlieferungsschein meines Artikels an Harden nieder, der vom 28. Februar datiert und in meinen Händen ist. Hieraus geht zugleich hervor, daß ich nicht einmal jenen Parteivorstands-Brief vom 28. Februar kannte, als ich meinen Artikel an Harden abschickte, da der Parteivorstand diesen Brief nicht an mich nach Juchendorf, sondern an Braun oder Geime in Berlin adressiert hatte und ich erst nachher durch diese von seinem Inhalte unterrichtet wurde. Herr Harden fälscht also auch an diesem entscheidenden Punkte.

Einen gewissen Irrtum hat Herr Harden, vorausgesetzt daß er auch da nicht die Unwahrheit sagt, mir nur in Bezug auf das Datum des Druckes nachzuweisen vermocht, doch muß selbst er zugeben, daß es „darauf nicht ankommt“.

Schließlich wiederhole ich, daß ich nicht dafür verantwortlich bin, was er mit Goinj Braun und diese mit ihm ohne mein Wissen verhandelt hat.

Damit ist für mich die Auseinandersetzung mit Herrn Harden beendet.

Juchendorf, 29. September 1903.

Paul Göhre.

In seiner Zusage an den „Vorwärts“ erklärt Herr Harden, der von mir erwähnte Zeuge meines Gesprächs habe ihn aufgefunden, um die Richtigkeit der Hardenischen Darstellung zu bestätigen und sie dahin zu ergänzen, daß ich ferner gesagt hätte: „Wird die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern wirklich verboten, dann muß ich eben mein Pseudonym ändern“.

Darauf erwidere ich:

1. Der Zeuge des Herrn Harden ist nicht identisch mit dem von mir in meiner letzten Erklärung erwähnten Zeugen.

2. Der Zeuge des Herrn Harden, der hiesige Vertreter eines auswärtigen Blattes, der die erwähnte Äußerung gehört haben will, hat mir heute nachmittag in Gegenwart eines unbeteiligten Zeugen erklärt, daß er jene Worte unbedingt scherzhaft ausgesagt hat. Er will diese Auffassung auch Herrn Harden mitgeteilt haben.

3. Daß ich die fragliche Äußerung nicht ernsthaft gemeint haben kann, ist für jeden, der mich auch nur oberflächlich kennt, selbstverständlich. Aber ich bestreite auf das entschiedenste, auch nur im Scherz eine solche Äußerung gethan zu haben. Mein Zeuge hat auch eine solche Äußerung nicht gehört.

Mich mit Herrn Harden darüber zu streiten, welche Absichten er bezüglich meiner ferneren Mitarbeiterschaft gehabt hat, ist jetzt müßig. Seine Karte konnte auf mich von ihm angeblich beabsichtigten Eindruck weder nach Form noch Inhalt machen. Jetzt citiert Herr Harden die Karte falsch. Aber selbst in dieser Umstellung wäre das, was er damit hat sagen wollen, zum mindesten zweifelhaft. Es ist mehr als auffällig, daß ein so gewandter Stilist, wie Herr Harden, nicht in der Lage sein sollte, das, was er wollte, klipp und klar zum Ausdruck zu bringen.

Herrn Hardens Zeuge hat mir — in Gegenwart meines Anwaltens — erklärt, daß er von meiner Absicht, den Artikel „Parteilos“ gegen meine Ueberzeugung zu widerrufen, nichts gehört hat.

Für mich ist hiermit die Diskussion mit Herrn Harden geschlossen.

Um aber allem weiteren Klatsch ein Ende zu machen, werde ich beim Parteivorstand die Einberufung eines Schiedsgerichts beantragen, das untersuchen soll, ob ich mich einer unehrenhaften Handlungsweise schuldig gemacht habe.

Berlin, den 29. September 1903.

Georg Bernhard.

Nachdem der „Vorwärts“ in der Nr. 27 den Artikel des Herrn Harden aus Nr. 52 der „Zukunft“ vom 26. September auf den Wunsch von Parteigenossen nochmals zum Abdruck bringt, sehe ich mich veranlaßt, auf Einzelheiten der perfiden Angriffe des Herrn Harden gegen mich zu antworten.

1. In Dresden habe ich gesagt: „... ich für meine Person habe nie eine Zeile dafür (sc. die „Zukunft“) geschrieben, obwohl ich vielleicht ein Dutzendmal von dem Herausgeber dazu aufgefordert worden bin.“ Und da ich nicht hinzugefügt habe, daß ich einmal vor ca. sieben Jahren und einmal vor ca. drei Jahren der „Zukunft“ Beiträge anbot, sei der Parteitag über meine Haltung gegenüber der „Zukunft“ „belogen“ worden. Im Zusammenhang gesehen, ergeben meine oben citierten Worte den Sinn, daß der Verzicht auf eine Mitarbeit an der „Zukunft“ im Interesse ungetrohter Zusammenkünfte von jedem Parteigenossen gern gebracht würde, und zum Beweis dafür, wie gering das Opfer sei, führte ich an, daß ich, der im Vorder-treffen der Debatte stand, gar nichts, meine Frau im Jahre durchschnittlich circa einen Artikel in der „Zukunft“ veröffentlicht habe. Hier wäre es deplaciert gewesen, die höchst gleichgültige Thatsache zu erwähnen, daß ich unter Umständen wohl für die „Zukunft“ geschrieben hätte, um so unangebrachter und überflüssiger, als ich in der Besprechung an den Parteivorstand, in meinem Artikel im „Vorwärts“ und in der an die Delegierten in Dresden verteilten Broschüre, also dreimal statt einmal, mit Entschiedenheit für die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern übertraut, also auch für die an der „Zukunft“, eingetreten war. Und traute mir jemand — außer Herrn Harden — zu, daß ich mit den citierten Worten mich als unschuldiges Lamm bezeichnen wollte, während ich in dem unmittelbaren folgenden Satz meine Frau als Mitarbeiterin der „Zukunft“ nannte?

Ist also nach alledem der Parteitag über meine Stellung zur „Zukunft“ getäuscht worden?

2. In den zusammenhanglos wiedergegebenen Stellen aus meinen Briefen finden sich eine Anzahl lebhafter Anerkennungen für Herrn Hardens publizistische Leistungen, während ich jetzt ungünstig über ihn urteile. Da sich diese Urteile auf Verschiedenes beziehen, sind sie wohl beträglich. Ich anerkenne auch heute noch das Talent des Herrn Harden als ein ungewöhnliches und halte ebenso wie seiner Zeit manche seiner Leistungen vom literarischen Standpunkte für meisterhafte. Das ist sehr wohl vereinbar mit der Thatsache, daß die inzwischen gemachten persönlichen Erfahrungen mich zu einer von dem früheren thörichteren Vertrauen zu ihm grundverschiedenen Beurteilung seiner Person nötigen. Ich bedauere danach die Äußerung, die ich gegen ihn über Frau Jettin machte, und die in einzelnen Partei-Organen mit besonders verübelt wird. Diese Äußerung erklärt sich daraus, daß Herr Harden nach dem Lübecker Parteitag in einem außerordentlich aufgeregten Brief sich bei mir beklagte, daß ihn gegen die Beschimpfungen der Gossifin Jettin niemand in Schutz genommen habe; darauf gab ich ihm jene Antwort, und ich bin auch heute noch der Ansicht, daß sie sachlich zutreffend ist, aber ich hätte sie gewiß unterlassen, wenn ich die Person des Herrn Harden so gut gekannt hätte wie heute. Die gleichfalls angefochtene Bemerkung über Herrn Hardens Beipredigung des Lübecker Parteitags enthält nichts, was ich nicht auch heute sachlich zutreffend finde: daß sie für einen Gegner und, was für mich besonders in Betracht kam, vom literarischen Gesichtspunkt meisterlich ist, und ich im übrigen — selbstverständlich — mit vielem darin Befallen (es giebt Stellen in dem Artikel, die sehr richtig sind und große Anerkennung für die Socialdemokratie enthalten) nicht einverstanden bin.

3. Da Herr Harden in seiner im „Vorwärts“ von heute abgedruckten Zusage nochmals sagt, meine Frau habe in der von ihm behaupteten Anklündigung des Artikels von Göhre über den Glauben des Kaisers diesen Aufsatz als eine Demonstration gegen die vom Parteivorstand beabsichtigte Unterdrückung der Meinungsfreiheit bezeichnet, so wiederhole ich, daß dies falsch ist. Nach dem Zeitpunkt, in dem jene Anklündigung erfolgt sein könnte, und auch im Hinblick auf das Schreiben des Parteivorstandes vom 28. Februar, das Herr Harden jetzt ansieht und das auch nicht eine Silbe von dem enthält, was Herr Harden in der „Zukunft“ Nummer 52, Seite 510 darüber behauptet hat, kann meine Frau nur davon gesprochen haben, daß es sich bei Göhres beabsichtigter Veröffentlichung in der „Zukunft“ um eine Spitze gegen gewisse Artikel der „Neuen Zeit“ handle.

Herr Harden knüpft an seine falsche Darstellung dieses Punktes die unwahre Behauptung, daß er im April dieses Jahres den Verkehr mit dem Ehepaar Braun abtraug und fügt hinzu: „weil mir Dinge aus dem Privatleben des Ehepaars zur Kenntnis gelangt waren, die mir einen weiteren Verkehr unrationell erscheinen ließen.“ Für das, was in den angeführten Worten gegen mich gesagt wird, habe ich noch nicht einmal ein Äußerliches. Daß aber Herr Harden von meiner Frau, von der er weiß, daß sie alles, was ein Mensch für seine

Ueberzeugung optern kann, geopfert hat: den Zusammenhang mit ihrer Familie, eine glänzende soziale Stellung, die Anwartschaft auf ein großes Vermögen, das Herr Harden von dieser Frau dergleichen zu sagen mag, stempelt ihn zu einem Infanten.
Berlin, 20. September 1903. **Heinrich Braun.**

Herr Maximilian Harden und ich.

Wie die Verbreitung eines Kolportageromans schließt Herr Maximilian Harden seinen Artikel im letzten Heft des 11. Jahrganges der „Zukunft“ mit der Ankündigung, in der ersten Nummer des nächsten Quartals vernichtende Enthüllungen über mich zu bringen. Ich hätte den Neugierigen die Spannung nicht verderben und Herrn Harden den Abfall gegen seine großartigen Versprechungen nicht ersparen sollen, aber ich höre, daß Parteigenossen jetzt schon eine Aufklärung von mir erwarten. Die gebe ich nun, so schnell als es einem mit Pflichten für andere Ueberlasteten möglich. Ich las Herrn Hardens Artikel Freitag abends, hatte den ganzen Sonnabend bis nachts 3 Uhr mit dringenden beruflichen und politischen Arbeiten zu thun, Sonntag vormittags Sprechstunden zu halten und mußte des Nachmittags nach Chemnitz zu einer Verteidigung reisen. Hier endlich finde ich nach Beendigung der Gerichtsverhandlung Ruhe zum Schreiben.

Was wird Herr Maximilian Harden über mich enthüllen? — Zunächst wahrscheinlich das eine, daß ich nicht 3 bis 4, sondern im ganzen vielleicht 5 bis 6 mal mit ihm in Restaurationen zusammengetroffen bin, in der Mehrzahl der Fälle in einem Kreise, an dem neben einigen Politikern auch Schriftsteller, Damen und andre höchst unpolitische Personen teilnahmen; zweimal war ich allein mit ihm bei Jost, auf dem Präsentierteller von Berlin. Ich habe die Zusammenkünfte nicht nachgezählt, die Zahl ist auch wirklich unerheblich angeht die Thatsache, die ich nicht zu verheimlichen habe, daß ich mit Herrn Harden zusammengetroffen bin, und wie ich offen hinzufüge, mit Vergnügen. Denn so unerträglich seine Gewohnheiten in der öffentlichen Diskussion sind, so liebenswürdig und zartfühlend gab er sich im Privatgespräch, und ich habe das Bedürfnis und lasse mir das Recht dazu nicht nehmen, nach der mühsamen Tagesarbeit, Erholung und Anregung außerhalb beruflicher oder politischer Fachimpulse zu suchen. Leider habe ich selten genug dazu die Zeit.

Bei einer dieser Zusammenkünfte im letzten Winter gab der Artikel Bernhards über Parteimoral und der Angriff der „Neuen Zeit“ darauf Anlaß, auf Mehring zu sprechen zu kommen, wobei Herr Harden erzählte, daß er interessierte Briefe von Mehring besäße, die er sich erbot, mir zu schicken. Einige Tage später kamen sie an. Ich wußte nichts von den publizistischen Streitigkeiten Mehrings mit Harden; ich bringe es schon seit vielen Jahren nur ausnahmsweise fertig, einen der „Neuen Zeit“ zu lesen, für persönlichen Kontakt habe ich weder Sinn noch Gedächtnis, und noch bis heute habe ich nicht das Bedürfnis gefühlt, nachzulesen, was Mehring und Harden gegen einander geschrieben haben. Um so neuer und merkwürdiger waren mir daher die Briefe Mehrings. In der That eine höchst interessante Korrespondenz! Aus der Feder Mehrings, den ich nur als grimmigen Boss kannte, wahrhaft rührende Perlen einer zärtlichen geduldigen Freundschaft, ein Bemühen, Hardens fremdartige Natur und sein Wollen zu verstehen, wie ich es nie für möglich gehalten hätte, Anerkennung und Förderung des Wlans der „Zukunft“, trotzdem daß Harden damals längst seine Bismard-Begeisterung verläßt und Socialdemokraten in seiner belamten Manier literarisch gemißhandelt hatte. Daneben freilich auch andre Dinge, z. B. die Postkarte über Schoenland.

Ich schickte die Briefe mit Dank zurück. Ich muß bemerken, daß ich von meinen Schreiben an Herrn Harden im allgemeinen keine Kopien zurückgehalten habe, weil ihr Inhalt völlig gleichgültig war. Nur zwei erschienen mir wichtig genug dazu. Deshalb kann ich auch für die absolute Genauigkeit in der Reihenfolge nicht einstehen.

In derselben Zeit schrieb ich Herrn Harden einige Zeilen über eine Theateraufführung und erhielt bald darauf von ihm seine Großhäre „Kampfgenoße Sudermann“ mit einer Dedikation und dem Motto: „Il croit tout ce qu'il dit“, auf deutsch: „Er glaubt alles, was er sagt“. Ich fand, offen gesagt, dieses Wort Mirabeaus über den philiströsischen Schwärmer Robespierre keine sehr passende Devise für dies Buch und sprach das aus, als ich mich bedankte. Ich schrieb — ich kann nur aus dem Gedächtnis den Sinn reproduzieren —:

„Das „Il croit tout ce qu'il dit“ würden Sie mit jedem subalternen Schwärmer teilen müssen. Die politische Wahrhaftigkeit zeigt sich vielmehr darin, daß man den Mut hat, nicht mehr zu glauben, was man nicht mehr glauben kann, und nicht zu sagen, was man nicht mehr sagen kann. Diesen Mut haben Sie bewiesen.“

Das war mehr als bloß eine Artigkeit. Vor etwa 16 Jahren, als ich noch mehr Zeit hatte, die Journale zu lesen, hatte ich die Entwicklung Hardens vom Freisinnigen zu dem Mann, der in immer das Gegenteil sagt, genau beobachtet und den Eindruck gewonnen, daß er sich aus Ueberzeugung von den Freisinnigen löst.

Ich schickte Herrn Harden als Gegenleistung einen juristischen Aufsatz von mir und bekam darauf am 6. April d. J. freundlichen Dank und folgende Anfrage:

„Es wäre mir eine Freude, wenn ich Sie mit solchem Beitrag einmal in der „Zukunft“ zu Gast sähe. Doch die neuesten Vorgänge werden Ihnen die Lust, die etwa dazu sich je geregt haben könnte, wohl genommen haben.“

Dies gab mir eine ganz erwünschte Gelegenheit, meinen Standpunkt in dieser Frage darzulegen; ein glattes Ja oder Nein oder gar ein Schweigen wäre Mißdeutungen nach dieser oder jener Seite ausgelegt gewesen. Hier ist das Wesentliche des Briefes nach dem in meinen Händen befindlichen Entwurf; Anfang und Ende lasse ich weg, da sie Gleichgültiges betreffen.

Berlin, den 8. April 1903.

Sehr geehrter Herr Harden!

... Ihre Aufforderung, solche Arbeiten gelegentlich in der „Zukunft“ zu veröffentlichen, habe ich keinen Grund abzulehnen. Ich bedauere es oft, daß das öffentliche Interesse für Fragen des Strafrechts, Staatsrechts, Prozedurverfahrens usw., eigentlich für alles außer gewissen Gegenständen des Privatrechts, in Deutschland so gering ist, und ich sehe in der Erneuerung dieses Interesses ein Mittel politischer Fortentwicklung. Dazu scheint mir die „Zukunft“, die von Angehörigen aller Parteien gelesen wird, die geeignetste Tribüne; sie hat auch schon eine Menge anregender Beiträge geliefert, und es läge durchaus im Interesse meiner Richtung, dort auch zum Wort zu kommen.

Die Angriffe Mehrings würden für mich höchstens ein Antrieb mehr sein, Ihrer Aufforderung zu folgen. Ich werde stets das Recht unbeschränkter freien Worts für mich beanspruchen, aber es auch andern gönnen. Ich kann deshalb auch Ihnen so wenig ablehnen, wenn Sie sich persönlich gegen die Bezeichnung „Droh- und wucherpolitisch“ zu verwahren gelübt haben, wie ich auf den Gebrauch dieser sachlich bezeichnenden polemischen Wendung verzichtete werde. Angriffe auf meine Partei, auch wo ich sie für persönlich ungerecht halte, würden mich nicht abschrecken. Ich halte Empfindlichkeit in der Politik für eine der größten Schwächen. Ich würde nicht bestreiten Ihre abweichenden politischen Anschauungen zu fördern, wenn ich in der „Zukunft“ auseinandersetze, noch weniger natürlich durch Erörterungen über mehr neutrale Stoffe.

Ich habe es für einen sehr glücklichen Gedanken gehalten, daß die „Zukunft“ ein Diskussionsorgan werden sollte, das allen Richtungen offen stünde, und woraus jeder aus der Feder bedeutender Mitglieder gegnerischer Parteien aus deren Auffassungen lernen könnte. Solch besseres gegenseitiges Verständnis der Parteien würde die politischen Kämpfe nicht abschwächen, sondern würde sie klarer machen und mehr auf das Wesentliche richten. Die eigentlichen Parteiblätter sind — überladen mit notwendiger täglicher Polemik — weniger geeignet, dies Verständnis zu vermitteln. Wenn die „Zukunft“ nicht ganz so allgemeine Tribüne für alles Sagenwerte geworden ist, so sehe ich darin eine Folge der politischen Rückständigkeit Deutschlands.

Also wie gesagt, ich fühle mich nicht genötigt, grundsätzlich abzulehnen. Freilich kann ich Ihnen auch kein Versprechen machen. Ich habe stets so viel zu thun, daß ich wirklich nur schreiben kann, wenn ich muß. Der Aufsatz in den „Socialistischen Monatsheften“, den ich bei Ruhe in zwei Tagen und mit dem größten Vergnügen geschrieben hätte, hat mir monatelang die Qualen eines ungelösten Versprechens und einer vielfach unterbrochenen, stets wieder neu zu beginnenden Arbeit verursacht. Das reizt mich nicht zur Wiederholung. Vielleicht kommen aber einmal bessere Zeiten...

Das war damals meine Ansicht von der Sache, und theoretisch halte ich auch heute noch den Gedanken einer allen Parteien offen stehenden literarischen Tribüne für sehr gut, wie ich auch auf dem Parteitag betont habe. Praktische Erwägungen aber würden mich in der konkreten Frage der Mitarbeit an der „Zukunft“ heute zu einer andern Stellung veranlassen, worüber weiter unten.

Dieselben in dem Briefe ausgeprochenen grundsätzlichen Motive hatten mich schon vorher bewogen, mich der Beschwerde Braun und Göhres gegen die kautschischen Ausführungen auf S. 605 und 606 der „Neuen Zeit“ anzuschließen, obgleich ich persönlich dabei gar nicht interessiert war. Ich hatte aus Kautschys Worten die Anschuldigung gegen Göhres und Villy Braun herausgehört, daß sie durch ihre Artikel in der „Zukunft“ sich mit Hardens Angriffen gegen die Partei identifizierten und eine gegnerische Politik unterläßen. Dies mußte ich angesichts des Inhalts ihrer Artikel als eine Unwahrheit empfinden, und deshalb protestierte ich dagegen. Der Protest bezweckte nicht, die „Neue Zeit“ in ihrer Meinungsäußerung zu beschränken, sondern lediglich die Einstellung einer so unerträglichen Polemik vor den Wahlen herbeizuführen. Die Antwort des Parteivorstandes, der die Äußerungen Kautschys harmloser auffaßte, war mir zwar nicht ganz überzeugend, aber die Angelegenheit erschien mir nicht wichtig genug, um ihr noch mehr Zeit zu widmen.

Ich dachte, daß diese ganzen widerlichen Kleinigkeiten im Siegesjubel über die Wahl verfliegen würden. Leider täuschte ich mich. Je näher wir dem Parteitag kamen, desto mehr wurde geschürt, und es schien, als ob auch die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern zu einem Teil der Hege gegen die „Revisionisten“ gemacht werden sollte. Zu meiner Information hat ich Herrn Harden um den viel erwähnten, mir nicht bekannten Primadonnen-Artikel und erhielt außer ihm eine ganze Menge anderer Hefte der „Zukunft“. Ich traf mich auch mit Herrn Harden persönlich noch einmal, am 21. August. Mein Zweck war, ihn zu fragen, ob er mir gestattete, gewisse Momente aus einer gewissen Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Ich erhielt die Erlaubnis, habe sie aber bisher nicht benutzt und werde es auch ohne Art nicht thun.

Ich erholte mich daraus einige Tage im Gebirge, mit vermüßigeren Dingen beschäftigt. Da erhielt ich in Zegernsee die „Leipziger Volkszeitung“ Nr. 208 vom 9. September mit dem Artikel Mehrings, der mir zeigte, daß in der That der Kampf gegen die Mitarbeit an der „Zukunft“ den Delegierten als erste große Haupt- und Staatsaktion des Parteitages vorgeschrieben sollte. Obgleich ich persönlich nicht als Mitarbeiter der „Zukunft“ in Frage kam, mußte ich erwarten, daß infolge meiner Mitunterstützung unter der Beschwerde auch ich in die Angriffe hineingezogen werden würde. Der Verlauf hat ja auch gelehrt, daß man sogar von Artikeln in bürgerlichen Blättern aus meiner Feder fabelte, die ich nie geschrieben habe.

Mehring selbst aber gab mir zugleich einen vortrefflichen Fingerzeig, wie man sich im Falle eines Angriffs seiner zu erwehren hätte. Er schrieb von Harden und der „Zukunft“:

„Seine Aufforderung, für dies Blatt mitzuarbeiten, habe ich von vornherein abgelehnt, weil ich inzwischen bestimmte Gründe für den Verdacht erhalten hatte, daß Herr Harden sich an Bismard verkauft habe oder verkaufen wolle.“

Ich aber wußte aus den Briefen, die ich gelesen hatte, daß das eine Unwahrheit war. Ich wußte, daß Mehring, als die „Zukunft“ begründet wurde, ganz anders über Hardens Bismard-Schwärmerei geschrieben und seinen Glauben an die Reinheit von Hardens Motiven vielfach ausgesprochen hatte. Ich wußte, daß er auch die Mitarbeit nicht von vornherein abgelehnt, sondern ausdrücklich zugesagt, daß er sich, wenn man seinen Mitteilungen glauben darf, bei Bebel und Liebknecht für die „Zukunft“ verwendet, und noch am 14. Oktober 1892, nachdem schon mehrere Nummern der Zeitschrift erschienen waren, selbst Herrn Harden einen Artikel über „Die Krise in der freien Volkshilfe“ angeboten hatte, der abgelehnt wurde, und daß darauf erst sein Bruch mit Harden eingetreten war. Das alles belegten diese Briefe und ich sagte mir: das ist der Beweis gegen Mehring, nicht für eine viele Jahre zurückliegende Schlechtigkeit, sondern für eine heute, am 9. September 1903, gegen die Genossen verübte Täuschung!

Deshalb hat ich Herrn Harden telegraphisch, mir die Originalbriefe noch einmal zu senden. Ich bin nicht in die Lage gekommen, davon Gebrauch zu machen, weil ich persönlich nicht so angegriffen wurde, daß es mir gelohnt hätte. Bernhard aber hat zwei der ihm schon länger bekannten Postkarten angeführt.

Inzwischen hatte ich aber von Herrn Harden noch einen Brief erhalten, dem ein ähnlicher nach Dresden gefolgt ist, worin er durch Citate aus seinen Artikeln beweisen wollte, daß er neben seinen absichtlichen Äußerungen auch Anerkennendes über die Socialdemokratie geschrieben hätte. Auch über den Artikel des Professors Jost äußerte er sich; beides entsprach etwa dem, was er nachher an den Parteitag geschrieben hat. Ich antwortete ihm folgendes:

Zegernsee, den 11. September 1903.

Geehrter Herr Harden!

... Ihr Schreiben ist mir erst auf dem Wege nachgegangen. Heute habe ich den Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ gegen Sie erhalten und Sie telegraphisch um die bewohnten Originalbriefe gebeten. Ob und wie sie verwendet werden, kann ich natürlich noch nicht sagen. Ich selber habe den Wunsch, möglichst wenig in die Debatte einzugreifen.

Um auf Ihren Brief zurück zu kommen, so kann ich wieder das, was Sie über die Socialdemokratie geschrieben haben, noch das, was die „Zukunft“ über Rußland und Kennan gebracht hat, billigen oder zu rechtfertigen suchen. Daß ich nicht an die ehrenrührigen Beweggründe glaube, die Ihnen Mehring und seine Leute unterstellen, brauche ich nicht zu sagen, ich glaube sogar zu verstehen, wie Sie dazu gekommen sind, dergleichen aufzunehmen, insofern psychologische Erklärungen, die immer nur Vermutungen bleiben müßten, kann man bei solcher Gelegenheit nicht aufstellen. Sie werden sich also nicht wundern, wenn ich Sie in dieser Beziehung preisgebe, natürlich nicht ohne wahrheitsgemäße Herbeibehaltung, daß Sie sich über die Bedeutung der Socialdemokratie für die Arbeiter auch anerkennend ausgesprochen haben, wozu ich noch Gelegenheit zu finden denke. Seit nur soviel, daß meines Erachtens bei Ihnen, sowohl wenn Sie bewundern, als wenn Sie angreifen, ästhetische Rücksichten sehr stark mitwirken, die Freude an einer wirklichen oder scheinbaren geschlossenen Einheit einer Persönlichkeit, Partei, Sache oder auch einer Nebenbuhlerin. Das macht Ihre Kritik immer anregend, aber für praktische Politiker selten ohne Vorbehalt annehmbar. Sie werden mir dies Urteil um so weniger übel nehmen, als Sie wissen, daß ich, ohne meine eigene gerade entgegengesetzte Weise aufzugeben, jeder Individualität ihr Recht zuerkenne.

Auf dem Parteitag nahm ich dann das Wort, wie aus dem Bericht bekannt, hauptsächlich um für Bernhard und Herrn Harden einzutreten und nach der Stimme der Leidenschaft auch die der ruhigen Vernunft zu Worte kommen zu lassen. Hätte ich mich, wie Herr Harden behauptet, gefürchtet, so hätte ich ja ganz schweigend können.

Ich schickte dann von Dresden aus mit kurzen formellen Begleitworten an Herrn Harden den Bericht des „Vorwärts“ über meine Rede mit denselben Korrekturen kleiner Ungenauigkeiten, die ich für den Buchbericht angebracht habe, weil ich das für eine Anstandsspflicht hielt, und später die Originalbriefe von Mehrings Briefe. Das sind meine beiden Briefe aus Dresden, von denen Herr Harden spricht; ich habe sie ihrer Inhaltslosigkeit halber nicht kopiert; Herr Harden dürfte sich, wie er

schon in einem früheren Falle gethan, darauf berufen, daß sie mit „Sehr geehrter Herr“ anfangen und mit „Hochachtungsvoll ergebene“ schließen.

Soweit die Thatsachen. Herr Harden behauptet, ich hätte auf dem Parteitag nichts erfahren, das mein Urteil hätte ändern können. Darauf eine Antwort:

Ich muß scheiden zwischen meinem Urteil über die Mitarbeit an der „Zukunft“ und über Herrn Hardens Persönlichkeit.

Wenn die Mitarbeiterfrage rein theoretisch zu entscheiden wäre, würde ich, wie schon bemerkt, heute noch an dem festhalten, was in meinem Briefe vom 8. April steht. Aber die auf dem Parteitag gewonnene Erfahrung, daß auch viele Genossen, die nicht durch persönliche Geschäftsinteressen verblendet sind, mit Mißtrauen und Abneigung die Mitarbeit an einem Blatte betrachten, worin über die Partei solche Ausdrücke gefallen sind, wie in der „Zukunft“ haben meine Ansicht über die praktische Zulässigkeit geändert. Denn solche Gefühle sind eine reale Thatsache, die die der Politiker respektieren muß.

Um Mißdeutungen vorzubeugen: gewiß soll der Führer sich nicht zum willkürlichen Spielball der Volkstimmungen hergeben. Wer der Masse zuliebe thut was Ehre und Pflicht verbieten oder unterläßt was sie erheischen, ist ein verächtlicher Demagoge; aber in Dingen, die man thun oder auch lassen kann, ohne Ehre und Pflicht zu verletzen, soll der Volksmann, der „Viele befreit“, das heißt „Viele dienen will“, nicht gegen das Empfinden seiner Genossen handeln.

Und dann kommt noch dazu: als ich kurz vor dem Parteitag die Hefte der „Zukunft“ durchsah, die ich teils nur flüchtig, teils vor längerer Zeit, teils noch gar nicht gelesen hatte, fand ich zwar alle Stellen, die mir Herr Harden als Beweis einer gewissen Objektivität gegen die Partei angemerkt hatte, aber ich empfand den Gesamteindruck, und der war vielfach doch so, daß es mich nicht mehr wunderte, wenn die Genossen stärkere Empfindungen der Kränkung dabei hatten. Und endlich: Herr Harden hatte mir über den Jostischen Artikel dieselbe Auffassung mitgeteilt, die er an den Parteitag geschrieben hat, wonach Josts Äußerungen sich nur auf Verdammte bezögen, die sich fälschlich als Politische ausgeben hätten. Auf dem Parteitag erfuhr ich, daß der Artikel auch Stellen enthält, die gegen wirkliche politische Verurteilte gerichtet sind, und die nicht Ansichten, sondern lediglich Ausdrücke der Rache gegen diese bedeuten. Diese Stellen hatte Herr Harden mir nicht mitgeteilt.

Und nun ein Wort über Herrn Harden als Persönlichkeit. Ja er hat recht, ich habe auf dem Parteitag nichts erfahren, das mein Urteil über ihn geändert hätte, und auch heute noch, wo er mich aus großer Beschimpfung hat, bin ich dadurch nicht überzogen. Wenn diese Zeilen in die Hände der Leser kommen, dürfte auch der gesamte Gistertag des Herrn Harden gegen mich schon gedruckt sein, ich brauche also nicht zu fürchten, daß er sich einreden könnte, ich wolle ihn für mich einnehmen, wenn ich versuche, ohne Eifer und Zorn über ihn zu sprechen. Ich kenne ihn wirklich nicht genau genug, um seine complicierte Psyche sicher zu lezieren und analysieren, aber aus seinem Handeln und seinen Schriften entnehme ich dies:

Ein großes Talent, aber ein unglücklicher Mensch, unglücklich durch die Natur, die seinen Charakter aus Elementen des Mannes wie des Weibes gemischt hat. Ein Mann in seinem Mut, seinem Ernst, seinem Fleiß, ein Weib in seiner fast krankhaften Reizbarkeit, seiner Koletterie, und nicht zuletzt in seiner Fähigkeit, zu schimpfen und um Kleinlichkeiten zu tanzen.

Kein Feind hat ihm je so geschadet, wie er sich selbst durch seine polemischen Gewohnheiten. Aber was er auch andern, was er Socialdemokraten angethan haben mag, die Schimpfworte, die über ihn als Person in Dresden ausgesprochen worden sind, waren nicht berechtigt.

Ich habe in Dresden dagegen Vertretung eingelegt, und bin in meiner Weise für Herrn Harden eingetreten, aus bloßem Gerechtigkeitsgefühl, ohne jeden Zwang, da ihm das nicht genug war, beschimpft er mich in unüblicher Weise. Was soll man dazu sagen? — Man muß mit den Äheln zucken, manches schmer nicht unberechtigten Erregung zu gute halten und sich bemühen, nicht auch zu schimpfen.

Chemnitz, 28. September 1903.

Wolfgang Seine.

Sociales.

Braunsteinstaub.

In den chemischen Fabriken, in denen Chrompräparate hergestellt werden, und zu diesem Zwecke eine Zerfeinerung des Rohmaterials, des Chromeisensteins erfolgt, macht sich schon seit Jahren eine empfindliche Gesundheitschädigung der Arbeiter durch den dabei entstehenden Staub bemerklich, die namentlich die Schleimhäute der Nase befallt und häufig zu einer vollständigen Durchlöcherung der Nasenschleimhaut führt. Diese Gesundheitschädigungen der Chromarbeiter nehmen so sehr zu, daß der Reichsanzeiger veranlaßt wurde, durch die Bekanntmachung vom 2. Februar 1907 Maßnahmen zur möglichen Verhütung derselben anzuordnen. Seitdem sind diese Erkrankungen zwar nicht ganz verschwunden, aber sie haben doch wesentlich abgenommen. Bei einem andern Material, das ebenfalls in der chemischen Großindustrie verwendet wird, so zur Herstellung von Sauerstoff, von Chlor und von Kaliumpermanganat sowie in der Glasfabrikation, dem Braunstein, hielt man bisher in den chemischen Fabriken keine besondere Schutzmaßnahmen gegen den Einfluß des beim Zerfeinern des Minerals entstehenden Staubes für nötig. Der Werber-Inspektor in Hamburg teilt aber in seinem Bericht über das Jahr 1902 mit, daß in einem dortigen Fabrikbetriebe sich bei drei Arbeitern auffällige Krankheitserscheinungen zeigten, die sich durch schwere nervöse Störungen sehr charakteristischer Art, wie massenhafter Gesichtsausdruck, Irongelassen, heftiges Zittern, Rückwärtsgehen, Lähmungen und Spannungen der Muskulatur kundgaben. Da diese Arbeiter beim Zerfeinern und Vermahlen von Braunstein tätig gewesen waren, so werden arztärztlich die Erkrankungen auf Vergiftung durch Einatmung von Braunsteinstaub zurückgeführt. Die Erkrankungen waren sehr schwer und einer ärztlichen Einwirkung kaum zugänglich. Obgleich die Zerfeinerungsmaschine vollständig dicht umkleidet und die Arbeitsräume mit einer mechanisch betriebenen Entlüftungseinrichtung versehen waren, zeigte sich doch in der Atemluft fein zerteilter Braunsteinstaub. Den Unternehmern wurde daher aufgegeben, die Staubabseugung so umzuändern, daß die Abführung der Luft ungefähr ein Meter über dem Fußboden erfolgt, damit die oben zutretende frische Luft frei von Braunsteinstaub bleibt, und dieser von den Arbeitern nicht eingeatmet werden kann. Ferner wurde angeordnet, daß die Arbeiter in Zwißchenräumen von 14 Tagen einer ärztlichen Untersuchung unterzogen werden müssen, deren Ergebnisse in ein besonderes darüber zu führendes Buch einzutragen sind. Den Unternehmern wurde außerdem aufgegeben, wenigstens alle 4 Wochen einen Wechsel in der Beschäftigung der Arbeiter eintreten zu lassen. Ferner wurden die Arbeiter darauf aufmerksam gemacht, die vorhandenen Wasch- und Vadeeinrichtungen ausgiebig zu benutzen und namentlich vor dem Essen und Trinken Hände und Gesicht gründlich zu reinigen.

Seitdem diese Anordnungen befolgt worden, sind in der Hamburger Fabrik weitere Erkrankungen nicht mehr vorgekommen, ein Beweis, daß dieselben durch die Anwendung der angeordneten Maßregeln und die größere körperliche Sauberkeit der Arbeiter vermindert werden können. Da aber der Braunstein außer in Hamburg noch anderwärts in zahlreichen chemischen Fabriken usw. verwendet wird — im Jahre 1901 wurden im ganzen ca. 125 000 Tonnen davon verbraucht — und er jedenfalls in diesen dieselbe schädliche Wirkung mehr oder weniger ausübt, so wäre es geboten, daß die hier angeordneten Maßregeln, die sich als zweckmäßig erwiesen haben, vom Reichsanzeiger ebenso wie die betreffs des Chromkalks für das ganze Reich angeordnet würden.

Der Streik der Omnibus-Angestellten.

Wie aus dem gestrigen Situationsbericht Werners hervor-
ging, ist der Stand des Streiks auch jetzt noch unverändert. Von den
Streikenden sind in diesen Tagen 12 Mann abgefallen. Der
Direktion ist noch immer nicht möglich gewesen, den gesamten Verkehr
auf allen Linien anzunehmen. Sie hat nun versucht, gestern sieben
Linien nach 6 Uhr abends verkehren zu lassen, doch sind die Wagen
auf mehreren Linien schon um 8 Uhr wieder ins Depot beordert
worden, wo sie teilweise in beschädigtem Zustande anlangten. Trotz
massenhaften Polizeiaufgebotes sind nämlich an mehreren Wagen die
Fenster eingeworfen und sonstige Beschädigungen vorgenommen
worden. Der Referent sprach sein Bedauern über derartige Vor-
kommnisse aus, konnte jedoch mitteilen, daß nach seinen Infor-
mationen Streikende an jenen Exzessen nicht beteiligt waren. Im
Laufe des Tages sind nun einer weiteren Anzahl Ausständiger jene
Strecken übermietet worden, in denen sie unter Androhung strafrecht-
lichen Vorgehens zur Abgabe ihrer Garderobegegenstände aufgefordert
werden. Allgemeine Entrüstung erregte auch heute die Behauptung
der Direktion von dem angeblich begangenen Kontraktbruch der
Streikenden. Von einem Kontrakt im eigentlichen Sinne des Wortes
kann gar keine Rede sein, denn nur ein Teil der Angestellten hatte
eine dreitägige Kündigung, die übrigen konnten gehen, wann es
ihnen beliebte, auch konnten sie Annull und Fall entlassen werden.
Eine Art Kontraktverhältnis, wie es die Ausständigen in ihrer
Forderung der 14tägigen Kündigungsfrist festgelegt zu wissen
wünschten, hat die Direktion ja bekanntlich abgelehnt, weil sie keinen
„Kontrakt“ wünschte. Uebrigens war das Arbeitsverhältnis der-
jenigen Arbeiter mit der dreitägigen Kündigungsfrist bereits vor
Beginn des Streiks gerade durch die Direktion gelöst worden, indem
sie durch ihren Klus jedem die sofortige Entlassung an-
drohte, der an der beschlußfassenden Versammlung teilnehmen würde.
Den Streikenden wurde infolgedessen nochmals geraten, die betreffen-
den Sachen nur dann abzugeben, wenn ihnen die Direktion die gleich-
zeitige Auszahlung ihres rückständigen Lohnes, ihrer 50 bis 75 M.
betragenden Kautions sowie ihrer Papiere zusichert. Sodann kamen
mehrere frasse Fälle des vor dem Streik gelübten rigorosen Straf-
systems bei der Gesellschaft zur Sprache, die in argem Mißverhältnis
zu der jetzigen liebenswürdigen Behandlung der Streikbrecher stehen.
Ein Schaffner wurde mit einer Strafe von 3 M. (bei einem Tages-
verdienst von 2.50 M.) belegt, weil er anstatt der schwarz gebundenen
Jahresheine solche mit Rotdruck veranlagte hatte. Ein Erkranker,
der sich den ärztlichen Anordnungen nicht in allen Teilen gefügt hatte,
wurde mit 20 M. bestraft, bei einem Monatsverdienst von 80 M.
Wieder ein anderer Erkranker mußte 7 M. Strafe zahlen, weil er
sich an dem Morgen, wo er krank wurde, nicht rechtzeitig entschuldigend
hatte. Bei einem so willkürlichen Strafverfahren mußte den Ange-
stellten schließlich die Galle überlaufen, ganz abgesehen von der
miserablen Entlohnung und der überlangen Arbeitszeit.
Weiter wurde mitgeteilt, daß es die Direktion ab-
gelehnt hat, zu Verhandlungen vor dem Ein-
gangsamt des Gewerbegerichts zu erscheinen.
Sie beruft sich auf die Abmachungen mit dem sogenannten Prüfer-
ausschuß, auch gibt sie an, Arbeitswillige in genügender Zahl zur
Verfügung zu haben. Eine andauernde Schädigung ihrer Einnahmen
hält die Direktion für ausgeschlossen, weil ihrer Meinung nach der
Omnibus das Verkehrsmittel der minder gut gestellten Bevölkerungsschichten
sein und bleiben werde, die Arbeiter mithin direkt auf den
Omnibusverkehr angewiesen seien. Rummehe will die Streikleitung
die Intervention des Oberbürgermeisters nach-
suchen, eine Deputation der Streikenden soll baldmöglichst bei Herrn
Ritscher vorstellig werden. Da man sich aber auch von diesem
Schritt keinen großen Erfolg mehr verspricht, so wurde den Streiken-
den geraten, sich unter der Hand nach anderer Arbeit umzusehen. So-
lange die Streikenden jedoch keine anderweitige Beschäftigung er-
langen sollten, werden nach wie vor die täglichen Versammlungen ab-
gehalten. Bis dahin wird der Streik auch nicht für beendet erklärt.
Eine diesbezügliche Resolution fand einstimmige Annahme.

Der Oberbürgermeister Ritscher wurde gestern im Rathause
von einer Deputation Ausständiger im Auftrage der ausständigen
Angestellten der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft ge-
beten, in Sachen dieses Ausstandes das Vermittlungsamt zwischen
beiden Parteien zu übernehmen. Der Oberbürgermeister erklärte sich
bereit zu vermitteln, unter der Voraussetzung, daß die Direktion der
Gesellschaft ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen zu erkennen giebt.

Bestechungsprozeß Waganz.

In der Strafsache wider den Staatsanwalts-Sekretär Waganz
und Genossen wurde heute die Verhandlung unter Vorsitz des Land-
gerichts-Direktors Obry fortgesetzt. Zunächst gelangte das Erkenntnis
zur Verlesung, welches von der Zivilkammer in der Ehecheidungs-
sache der Frau Polzin gegen ihren angeklagten Ehemann und vior-
versa ergangen ist. Die Einzelheiten, die in dem Erkenntnis zur
Sprache gebracht werden, bieten das abschreckendste Bild einer
modernen Ehe, wie sie nicht sein soll. Es handelte sich bei der Ehe-
scheidungsfrage vorzugsweise um ein von dem Angeklagten Polzin
behauptetes, von der anderen Seite bestrittenes eheliches Ver-
hältnis zwischen der Ehefrau Polzin und dem Justizrat Hägell.

Im Anschluß an diese Verlesung vermahnt sich Rechtsanwält
Dr. Strachmann gegen den Inhalt einer Vernehmung, die die
„Staatsbürger Zeitung“ im Anschluß an den jetzigen
Prozeß veröffentlicht hat. In der Vernehmung heißt es u. a.:
„Wie ist es möglich, daß bei solchen Ehecheidungs-Prozessen, die im
Grunde nur von Anwälten geführt werden, so schwierige Sachen
vorkommen können? Das Rechtsgefühl des Volkes bäumt sich da-
gegen auf und fragt: wo ist in solchen Fällen die Anwaltskammer?
Wie kommt es, daß Anwälte, die offenkundig vor Jahren so
schmutzige Sachen

mit ihrem Namen gedeckt haben, heute noch vor der Barre stehen
dürfen?“
Rechtsanwalt Dr. Strachmann bemerkt hierzu: Diese Be-
merkung kann sich nur auf mich beziehen, da ich Frau Polzin ver-
treten habe und auf den Kollegen der Gegenpartei. Ich habe die
Vertretung der Frau Polzin erst übernommen, nachdem der Justizrat
Hägell sein Zeugnis verweigert hatte. Der abgeschlossene Vergleich
ist erst zu meiner Kenntnis gekommen, nachdem er abgeschlossen war.
Ich habe mit dieser Sache gar nichts zu thun.

Als Entlassungszeuge für den Angeklagten Hägell befundet
der Richter a. D. Kiehllich, ein intimer Freund des An-
geklagten: Der verstorbene Eugen Courths habe sich fortgesetzt an
Hägell herangekündigt, der von diesem gar nichts wissen wollte. Auf
Wunsch Hägells hat der Zeuge stets in dessen unmittelbarer Nähe
bleiben müssen, wenn Courths zu ihm kam. Von Mitteilungen aus
Alten und dergl. sei dabei nie die Rede gewesen. — Justizrat Sello:
War dem Justizrat Hägell irgendwie erschreckt, als er hörte, daß
der Sekretär Waganz verhaftet sei? — Zeuge: Keineswegs. Im
Gegenteil: Der verstorbene Courths hatte einmal erzählt, daß
Waganz bei seiner Vernehmung gesagt habe: „er würde nun die
großen Herren hineinlegen“. Darauf hat ihm Herr Hägell ge-
antwortet: ihm sei dies ganz gleich, denn er habe mit
Waganz gar nichts zu thun. — Auf Verlangen erklärt der Angeklagte
Waganz: Er habe nie eine solche Redensart gemacht, wie Courths
behauptet habe. Courths sei schuld daran, daß seine (des An-
geklagten) Frau mit angeklagt worden. Courths habe auch in der
Disziplinarsache mindestens

drei Meineide
geleistet. — Der Vorsitzende bestätigt, daß zweifellos unwahre Aus-
sagen des Courths in jener Sache gemacht seien.

Der letzte Fall der Anklage, der hierauf verhandelt wird, be-
trifft den dem Angeklagten Polzin gemachte Vorwurf der Ver-
stechung. Polzin war von Courths wegen Wuchers angezeigt worden,
und der Angeklagte Waganz, der über die ganzen Polzinischen Ehe-
scheidungsachen genau unterrichtet war und mit Courths in so nahe
Verbindung stand, hatte Kenntnis davon, daß bei der Staatsanwalt-
schaft eine anonyme Karte eingegangen war, die den Zweck hatte,
Polzin als fluchtverdächtig hinzustellen und seine Verhaftung herbei-
zuführen. Eines Abends erschien Frau Waganz in der Wohnung
des Angeklagten Polzin, stellte sich als die Frau eines Gerichts-
sekretärs vor und teilte ihm mit, daß seine Verhaftung
ihm drohe. Sie will zu diesem Gang aus reinem
Mitleidgefühl betrogen worden sein, da es sowohl sie selbst als auch
ihrem Mann empörte, daß man Herrn Polzin nicht nur sein Weib
genommen habe, sondern nun auch noch durch die Courths'schen
Machinationen ihm seine Freiheit nehmen wolle. Polzin wollte die
Nachricht von der ihm drohenden Verhaftung nicht glauben und
Frau Waganz holte darauf ihren auf der Straße wartenden
Ehemann herauf. Dieser zeigte ihm die auf die drohende
Verhaftung bezüglichen Schriftstücke, die er aus den Staats-
anwaltschafts-Akten mitgebracht hatte und beide berieten, welche
Schritte zu thun seien, um der Courths'schen Machenschaft entgegen-
zuwirken. Es wurde verabredet, daß Waganz in einem anonymen
Schreiben an Polzin diesem die Nachricht von der
drohenden Verhaftung

geben, Polzin sich damit zum Oberstaatsanwalt begeben und diesen
davon überzeugen sollte, daß von einem Fluchtverdacht gar keine
Rede sei und gegen ihn nur Schreckenstheorie verübt würden. Es gelang
ihm dem auch, den gegen ihn beabsichtigten Schlag auf diese Weise
unwirksam zu machen. Courths hat dann noch einmal versucht, die
Verhaftung des Angekl. Polzin durch die Behauptung der Kollusions-
gefahr zu veranlassen. Auch hieron wurde dem Angeklagten
Polzin telephonisch Kenntnis gegeben. — Der Angeklagte Waganz
behauptet, daß auch er lediglich aus Mitleidgefühl mit Polzin
diesem vor den Verfolgungen des Courths habe schützen wollen. Er
hat aber weiterhin 300 M. von Polzin erhalten, über deren Be-
deutung Polzin und Waganz verschiedener Meinung sind. Ersterer
behauptet: die Schwester Polzins sei eines Tages bei ihm erschienen
und habe ihn gefragt, wie sich ihr Bruder erlennlich zeigen könne.
Darauf habe er geantwortet, daß ihm mit 1000 M. sehr gedient sein
würde. Polzin habe ihm alsdann 300 M. zugewandt mit dem Ver-
merken, daß er die restierenden 700 M. zu Neujahr erhalten würde.
Der Angeklagte Polzin behauptet dagegen, daß sich Waganz mit
der Bitte um ein Darlehen an ihn gewandt habe. — Bei einer später
bei Polzin vorgenommenen Hausdurchsuchung sind die Abschriften von
Zeugenaussagen aus der Wuchersache vorgefunden worden. Waganz
hat früher erklärt und erklärt auch jetzt, daß er diese Abschriften an
Polzin gegeben. Letzterer bestreitet dies entschieden; er will die
betreffenden Notizen teils selbst angefertigt, teils von einer ganz
anderen Seite erhalten haben, die er aber nicht nennen will resp.
kann. Er behauptet auch, daß Waganz nicht öfter als höchstens zweimal
bei ihm gewesen sei. Die Behauptung des letzteren, daß dies
mindestens zehnmal gewesen, sei unwichtig. Er habe gewünscht, daß
Detektive der Gegenpartei seine Wohnung beobachteten und er will
deshalb seiner Schwester gesagt haben, sie solle ihn nur vor Waganz
verleugern, denn er wolle von dessen Mitteilungen gar nichts wissen.
Die Schwester des Angeklagten bekräftigt bei ihrer Vernehmung alle
diese Angaben ihres Bruders, doch bleibt das Waganz'sche Ehepaar
bei ihren gegenteiligen Behauptungen über die Art und den Zweck
der Hingabe der 300 Mark.

Wie der Vorsitzende erwähnt, hatte sich herausgestellt, daß bei
der Staatsanwaltschaft mehrere Akten gerade in

Wuchersprozeßen
fehlten, namentlich war aus den Akten Pariser ein wichtiger
Bericht der Polizei verschwunden. Auch in dieser Beziehung wurde
Waganz verdächtigt, es hat ihm aber nichts nachgewiesen werden
können. Dagegen fehlte auch ein Aktenstück Reugebauer aus
einem dem Angeklagten nicht unterstehenden Decernat. Es stellte
sich heraus, daß das J-Register gefälscht war und zwar nicht von der
Hand des zuständigen Sekretärs und daß Akten fehlten. Der
Angeklagte hat i. J. dem Untersuchungsrichter auf dessen Vorhalt
zugestanden, daß er die Akten habe verschwinden lassen und das
Register gefälscht habe. Später hat er dies schriftlich widerrufen und
behauptet, daß er von Reugebauer überhaupt nichts wisse. Er erklärt
diesen Widerruf dahin: er sei bei seiner Vernehmung bei dem Unter-
suchungsrichter in großer feilscher Depression gewesen und sich mit
Selbstmordgedanken getragen, so daß ihm schließlich alles gleich-
gültig gewesen sei. Er schildert in beweglichen Worten und unter
Schlüssen seinen damaligen Seelenzustand und versichert, daß er
in seiner Zelle schon einen Abschiedsbrief an die Seinen geschrieben
habe. Er sei schließlich vom Selbstmord zurückgetreten im Interesse
seiner Frau, die ihn verziehen hatte.

Staatsanwalt Bromt beantragt gegen Waganz zehn Jahre
Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Gegen Frau Waganz
beantragt er zwei Jahre Gefängnis, gegen Hörmann sechs
Monate, gegen Buchmüller drei Monate, gegen Sanden
zugänglich einen Monat, gegen Aufrecht drei Monate,
gegen Hägell vier Monate, gegen Polzin einen Monat
Gefängnis. Außerdem beantragt er, daß zu Bestechungszwecken
Gegebene der Staatskasse für verfallen zu erklären.
Hieran schließen sich eingehende Plaidoyers der Rechtsanwälte
Dr. Löwenstein und Rosenstock zu Gunsten des Ehepaars
Waganz, sowie des Justizrats Rosenbaum, Rechtsanwalts
Leonh. Friedmann, Rechtsanwalts Pollert, Justizrats
Dr. Sello, Rechtsanwalts Dr. Strachmann und Dr.
Werthauer für die volle Freisprechung der übrigen Angeklagten.
(Schluß siehe Hauptblatt)

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beetzow-Storow-
Charlottenburg werden auf die außerordentliche Generalversammlung
am 4. Oktober, mittags 12 Uhr, bei Hietel, Kirchdorf, Bergstr. 151/52,
aufmerksam gemacht. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Die bevor-
stehenden Landtagswahlen sowie der Bericht vom Dresdener
Parteitag. Jeder Wahlverein darf drei Delegierte entsenden.
Gäste haben Zutritt.

Steglich. Freitagabend 8 1/2 Uhr findet bei Schellhase eine Ver-
sammlung des Wahlvereins statt. Wir erwidern die Begrü-
ßung, in dieser Versammlung die Listen vom Sonntag abzuliefern.

Potsdam. Die fällige Wahlvereins-Versammlung
ist bereits morgen, Donnerstag, Genosse Paris-Welten berichtet
vom Parteitag. Am 8. Oktober referiert Genosse Dr. Vorhardt-
Charlottenburg über die Landtagswahlen.

Lokales.

Von den Volkshilfungs-Bestrebungen der Berliner Kommune.
Die Volkshilfungen und Leseschulen nehmen unter den Ver-
anstaltungen der Stadt Berlin, die der Fortbildung der weniger
bemittelten Bevölkerungsklasse dienen, heute eine wichtige Stelle
ein. Sie haben sich im Etatsjahre 1902/03 in erfreulicher Weise
weiter entwickelt. Der Jahresbericht, der vom Kuratorium erstattet
worden ist und vom Magistrat jetzt veröffentlicht wird, darf auf
neue Feststellungen, daß auf diesem Arbeitsgebiete der städtischen Ver-
waltung Fortschritte gemacht worden sind.

In den 28 Volkshilfungen ist die Zahl der ausgeliehenen
Bände von 1901/02 zu 1902/03 von 973 384 auf 1 197 922 gestiegen.
An der Spitze stehen, wie seit Jahren, wieder die 20. und die
1. Bibliothek (Ravens- und Mohrenstraße), diesmal mit 100 405 und
118 706 ausgeliehenen Bänden. Der Bericht weist darauf hin, daß
die 20. Bibliothek, obwohl ihr Bücherbestand nur 8131 Bände um-
faßt, im Laufe eines Jahres nun bereits halb so viel Bände aus-
leiht, wie die mit 1 000 000 Bänden ausgestattete königliche Bibliothek.
Die am wenigsten benutzten Volkshilfungen sind wieder die 14.
und die 25. (Schmid- und Fruchtsstraße). Sie haben diesmal nur
13 734 und 11 575 Bände ausleihen können.

Zu manchen der schwächstebelegten Bibliotheken ist die Ausleihe-
ziffer schon seit langem im Rückgang. Sie pflegt aber rasch wieder
in die Höhe zu gehen, wenn für solche Bibliotheken täglicher Betrieb
eingeführt wird und die Abendstunden dazu bestimmt werden. Im
letzten Jahre haben wieder sechs Bibliotheken den täglichen Betrieb
erhalten, und diese sechs haben dann sofort eine Steigerung der
Ausleiheziffer von zusammen 116 515 Bänden auf 202 197 gehabt.
Hiernach kommen von der Steigerung der Gesamtausleiheziffer aller
Bibliotheken, die sich auf 224 638 Bände stellt, auf die erwähnten
sechs Bibliotheken allein 145 882 Bände. Täglich geöffnet sind jetzt
13 Bibliotheken; nur eine davon, die in noch wenig bebauter Stadt-
gegend nahe der Stralauer Allee liegt, lieh unter 40 000 Bände
aus. Nur dreimal in der Woche geöffnet sind noch 15 Bibliotheken;
keine von ihnen konnte über 40 000 Bände ausleihen.

Der gewaltige Aufschwung, den das städtische Volkshilfungs-
wesen genommen hat, seit mit der Einführung täglichen Betriebes
begonnen wurde, fällt besonders auf, wenn man um zehn Jahre
rückwärts blickt. Im Etatsjahre 1892/93 wurden 363 155 Bände aus-
geliehen — im Etatsjahre 1902/03 war die Ausleiheziffer über drei-
mal so groß. Und diese Zunahme ist nicht etwa dem bloßen Unter-
haltungsbedarf zu gute gekommen. Wenn die schöne Literatur
Deutschlands und des Auslandes samt den Jugendbüchern sowie die
Zeitschriften und Sammelwerke zur „Unterhaltungsliteratur“ gerechnet
werden, so stieg bei dieser die Ausleiheziffer in 10 Jahren von
812 718 auf 1 001 735, also auf das Dreifache. Dagegen ist bei der
wissenschaftlichen Lektüre, d. h. Naturwissenschaften und Technik,
Staats- und Rechtswissenschaft, Geschichte und Geographie, Philosophie,
Kunst usw. usw., die Ausleiheziffer von 50 462 auf 100 157, also auf
fast das Vierfache gestiegen.

Beachtliche Fortschritte wie die Bibliotheken haben die Leseschulen
gemacht. Sie sind im letzten Jahre von 6 auf 11 vermehrt worden
und die Besucherzahl hat sich von 79 589 auf 120 976 erhöht. An
dem Plus von 41 387 Besuchern sind noch 4 der älteren Leseschulen
mit 6174 beteiligt, während 2 davon eine Abnahme der Besucherzahl
um 1371 aufweisen. Die 6 älteren Leseschulen im ganzen hatten
hiernach eine Vermehrung der Besucher um 4803, von 79 589 auf
84 392. Die fünf neueren wurden vorläufig von 36 584 Personen
besucht.

Bei der Betrachtung dieser Fortschritte, die die städtische Verwaltung
mit Stolz erfüllen, fällt uns immer wieder ein, wie spät das alles
erreicht worden ist, weil man sich lange Zeit nicht entschließen mochte,
im Volkshilfungsweisen der Stadt dem alten Schlandrian und der alten
Knauserigkeit ein Ende zu machen. Auch daran werden wir durch
den neuerlichen Aufschwung der städtischen Volkshilfungen immer
wieder erinnert, daß es Sozialdemokraten waren, deren unablässigem
Mahnen und Drängen wir das zu danken haben, sozialdemokratische
Stadtverordnete, die nicht müde wurden, auf den kläglichen Zustand
der Volkshilfungen Berlins hinzuweisen und Abhilfe zu fordern.

Der Freisinn, der so lange in der Berliner Kommune die Herr-
schaft gehabt hat, rühmt sich gern seiner Leistungen im Unterrichts-
und Bildungswesen; auch in den nächsten Wochen und Monaten
wird es bei der Agitation zu den Stadtverordnetenwahlen aus freisinniger
Seite an solchen Rühmen wieder nicht fehlen. Aber gerade
im Unterrichts- und Bildungswesen hat der Berliner Freisinn sich
besonders arge Unterlassungsünden zu Schulden kommen lassen.
Berlin würde in dieser Hinsicht noch heute so da, wie vor zehn
und vor zwanzig Jahren, wenn nicht die sozialdemokratische Arbeiter-
schaft — diejenige Bevölkerungsschicht, die vor den diesjährigen
Reichstagswahlen von einem freisinnigen Berliner Schulinspektor
und Reichstags-Kandidaten verächtlich als „rohe Masse“ bezeichnet
wurde — sich ihren Anteil an der Kommunalverwaltung erkämpft
hätte.

Zeitung und Inferent. Es ist ein altes Wort, daß der Inferent
der eigentliche Dirigent einer Zeitung ist; wenigstens trifft auf einen
beträchtlichen Teil der bürgerlichen Presse diese Ansicht zu. Ein
Geschäftsmann, der häufig in einem solchen Blatte inseriert, weiß
bestimmt, daß diese Zeitung nichts bringt, was ihn schädigen könnte;
ja, vielfach gilt es als ausgezeichnete Sache, daß ein Reklame-Artikel,
zu bestimmten Zeiten dem Blatte überwiesen, freudwillig in re-
daktionellen Teil aufgenommen wird. Daß dieser Zustand den
Inferenten anbläht, ihn unter Umständen in eine Verfassung ber-
setzt, die von Größenwahn nicht weit entfernt ist, leuchtet ein, und
beinahe komisch berührt es, daß gerade die „Vossische Zeitung“
es ist, die eine Probe dieses Herrentums zu kosten bekommen hat.
Diese sonst im Punkte redaktioneller Reklame so ziemlich zu allem
fähige Zeitung rebelliert in einem bestimmten Fall gegen die freie
Tyrannie des Inferenten, indem sie folgende Mitteilung bringt:

Heute findet vor einer Strafkammer des königlichen Land-
gerichts I eine Verhandlung gegen den Gerichtsvollzieher
Degering statt. Aus diesem Anlaß erhielten wir gestern
folgende Zuschrift:

Berlin, NW. 5, den 27. September 1903.
An die Redaktion der „Vossischen Zeitung“,
hier.

Am Dienstag, den 20. d. M., steht gegen den Gerichts-
vollzieher Degering in einer Strafsache Verhandlungstermin
vor der Strafkammer des 1. Landgerichts I hier an.

Im Interesse der gesamten Gerichtsvollzieher-Preussens er-
suchen wir dringend, über diese Verhandlung nichts in Ihrem
geschätzten Blatte aufzunehmen.

Die eötl. Kollegen, glauben wir, sind Ihnen
hinreichend bekannt.
Der Vorstand des Preussischen Gerichtsvollzieher-Verbandes.
J. A.

Schumacher, Gerichtsvollzieher,
weiter Vorsitzender.

Selbstverständlich wird für und lediglich die Frage, ob die
Verhandlung gegen den Gerichtsvollzieher Degering ein öffent-
liches Interesse bietet, dafür maßgebend sein, ob und in welchem
Umfange wir darüber berichten. An den Vorstand des Preussischen
Gerichtsvollzieher-Verbandes aber richten wir hiermit öffentlich die
eindringliche Frage, ob sein zweiter Vorsitzender Schumacher das
oben angeführte Schreiben, dessen Qualifikation wir vorerst unsten
Lesern überlassen, mit seinem Wissen und seiner Zustimmung an
uns gerichtet hat?

Es läßt sich ja nicht leugnen, daß ein Stück Brutalität in der
Erziehung des Gerichtsvollzieher-Verbandes zum Ausdruck kommt.
Einfach anzunehmen, daß man einen den Verstoß höher hängen
wolle, das kann auch ein Gemüt zur Raserei bringen, welches sonst
mehr auf gute Bezahlung als auf die Behandlung zu halten ge-
wöhnt ist. Vielleicht auch, daß die Erfolge, welche die ledige Kom-

Kurze durch nicht sehr saubere Mittel im besondern bei den Gerichtsvolkzählern erzielt haben mag, die „Vossische Zeitung“ zu dem Entschluß getrieben haben, einmal eine Lippe zu riskieren. Um zu zeigen, mit welchen Mitteln Zeitungsverleger arbeiten, unterbreiten wir der Öffentlichkeit folgende Zuschrift zur Veröffentlichung:

Berlin, den 23. September 1903.

Sehr geehrter Herr Rechtsanwält!

Im Interesse Ihrer Mandanten dürfte es liegen, wenn Sie bei der Erteilung von Zwangsvollstreckungs-Aufträgen an die Gerichtsvollzieher Weisung geben würden, die Versteigerungs-Anzeigen im „Berliner Lokal-Anzeiger“ erscheinen zu lassen. Bei der großen Auflage und der Beliebtheit des „Berliner Lokal-Anzeigers“ als Inseratenblatt ist zweifellos dem Interesse Ihres Mandanten durch eine Inserktion der Versteigerungs-Anzeigen in unserm Organ am besten gedient. Auf Anregung einiger Ihrer Herren Kollegen haben wir zur größeren Bequemlichkeit einen Stempel (derselbe lautet: Nur im „Berliner Lokal-Anzeiger“ zu annonciieren.) für die Anweisung anfertigen lassen, den wir uns erlauben Ihnen mit der Bitte zu überreichen, gefälligst Weisung zu geben, daß jede von Ihnen erteilte Verfügung mit diesem Stempel versehen wird. Wir danken Ihnen im voraus bestens für Ihre Gefälligkeit und zeichnen

Hochachtungsvoll

Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“,
Abteilung für Inserate, gez. Voerner.

Vielleicht, daß die Rechtsanwälte im großen ganzen für die Ehre danken, zu Inseraten-Agenten für den „Lokal-Anzeiger“ erhoben zu werden, vielleicht auch, daß sie das Verlangen tragen, sich die Herren, die dem genannten Blatte die summe „Anregung“ gegeben haben sollen, bei Nicht zu besuchen. Aber wenn die Gerichtsvolkzähler sehen, mit welchen Mitteln gewisse Zeitungen sich um ihre Annoncen mühen, dann kann man schon begreifen, daß sie die Presse ärger behandeln, wie ein Parvenu seinen Stiefelputzer.

Fluchtbegünstigung durch — Schnurrbärte. Ein Stück unfreiwilliger Komik leistet man sich in einer magistratssozialen Notiz. Diese lautet: In dem städtischen Arbeitshause in Rummelsburg ist seit einiger Zeit beobachtet worden, daß die Entweichenden von arbeitsscheuen männlichen Personen, besonders von Zuhältern etc., im rapiden Steigen sind. Dieser bemerkenswerte Umstand ist eingetretten, seitdem von einer Seite darauf gedrungen worden war, daß den Hauslingen, zu denen viel Zuhälter zählen, die Schnurrbärte nicht mehr abgenommen werden. Den schnurrbartigen Hauslingen wird anscheinend die Flucht jetzt erleichtert. Ohne Bart war die Flucht wegen der leichteren Erkennung schwieriger.

Wie erinnerlich, sind es unsere Parteigenossen, denen die getadelte Maßregel zu verdanken ist. In Gefängnissen scheint der Schnurrbart nicht fluchtbegünstigend zu wirken, wohl aber tritt die verflüchtigende Wirkung in dem nicht minder gebüherten Arbeitshause ein. So bedenklich diese Erscheinung ist, so hat doch der Magistrat die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um aus ihr eine für die Menschheit heilsame Kugelanwendung zu ziehen. Begünstigt der Schnurrbart bei den männlichen Häftlingen das Entweichen, so muß er auf die im Arbeitshause eingeschlossenen Frauen offenbar hemmend einwirken. Um sich nun wenigstens der nicht minder freizüßelstärkenden Angehörigen des schönen Geschlechts zu verschern, hat man für diese unter Garantie wirksame Bartwuchsbeeinträchtigungsmittel eingekauft. Keine Arbeitshausleiterin ohne Schnurrbart! wird es binnen kurzem heißen; und das Ergreifen eines weiblichen Fluchtlings ist dann Kinderpiel. Diese Konsequenz ist zwar lächerlich, aber nicht minder geistreich wie die, zu welcher der männliche Schnurrbart magistratssozial den Anlaß gegeben hat.

Das Ende vom Liede. Die Angelegenheit des Gärtners Ernst Schulze, über die wir in den letzten Wochen mehrfach berichtet haben, soll jetzt „aufgeklärt“ sein. Daß die Polizei, die den von seinen Angehörigen als vermifft gemeldeten 72jährigen Mann erst nach 16 Tagen aufwand, über jeden Vorwurf erhoben zu sein glaubt, das hatten wir bereits mitgeteilt. Kummere soll man herausbekommen haben, daß auch für die Wunden, die an dem wiederaufgefundenen Greis von seinen Angehörigen entdeckt wurden, niemand verantwortlich gemacht werden kann.

Es war wegen dieser Wunden ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt eingeleitet worden. In einem hiesigen Blatt lesen wir jetzt, die Untersuchung habe zu dem Ergebnis geführt, daß Herr Schulze sich die fraglichen Verletzungen selber zugefügt habe. In der That: ein sehr überraschendes Ergebnis! Wo und wie Herr Sch. das getan haben soll wird freilich nicht gesagt. Und auch über die Beweise, die dafür vorhanden sein sollen, daß er selber sich verletzt habe, erfährt man nichts.

Um dieses Untersuchungsergebnis richtig würdigen zu können, muß man sich den Verlauf der ganzen Sache noch einmal vergegenwärtigen. Der alte, geistesfranke Mann war, nachdem er sich am Abend des 24. Juli von Hause entfernt hatte und seine Wohnung nicht hatte wiederfinden können, am 25. Juli von der Polizei wegen „Vetelei“-Verdachts festgenommen, zur Wache gebracht und dann der Stadtvogel als Untersuchungsgefangener übergeben worden. Nach einer 17 Tage dauernden, also für Veteleisachen ungewöhnlich langen Untersuchungshaft war er am 11. August freigesprochen und von der seit dem 26. Juli nach ihm suchenden, nichts ahnenden Polizei als wohnungslos dem Obdach zugewiesen worden. Von hier war er noch vor der Aufnahme entwichen und nach dem Tiergarten gewandert, wo er in der Nacht zum 12. August von der Polizei aufgegriffen und endlich als der Vermifftete erkannt wurde. Als dann seine am 12. August benachrichtigten Angehörigen ihn abholten, bemerkten sie an ihm die erwähnten Wunden. Ueber die Entstehung dieser Wunden wurden zunächst die widersprechendsten Angaben gemacht. Das Polizeipräsidium erwiderte eifertig, bis zur Entweichung aus dem Obdach habe niemand etwas an Schulze bemerkt. Dagegen wurde den Angehörigen von einem Stadtvogelwarter gesagt, Sch. habe die Wunden schon in der Stadtvogeltei gehabt. Der Mann fügte hinzu, sie seien dort aus heller Haut entstanden, aber ein Arzt, den die Angehörigen die Wunden untersuchen ließen, bezweifelte das. In dem Ermittlungsverfahren ist dieser Arzt vernommen worden. Dagegen ist Herr Schulze selber nach seiner Wiederauffindung, weder vom Polizeipräsidium noch von der Staatsanwaltschaft ausgefragt worden. Auch die Mitgefängenen Schulzes, von denen einige mancherlei Wichtiges zur Sache mitteilen hätten, sind entweder überhaupt nicht oder doch, wie wir wissen, mindestens sämtlich verhört worden.

Ueber das Ergebnis der so geführten Untersuchung hat die Familie Schulze bisher noch keinerlei Nachricht erhalten. Die Familie hält die Sache noch keineswegs für völlig aufgeklärt. Wir auch nicht. Aber wie werden es nur wohl glauben müssen, daß eine völlige Aufklärung überhaupt nicht mehr erfolgen wird.

Spahn und Schnellbahn. Eine eigenartige Ursache von Kurzschluß ist auf der Versuchsstrecke der Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen auf der Militärbahn zwischen Mariensfeld und Jochen beobachtet worden. Wie andre Stromleitungen ist die oberirdische Stromzuführungsanlage der Versuchsstrecke durch Ableiter geschützt. Diesen Vorrichtungen ist die Siemens'sche Form von Hörnern gegeben. Zwei starke Drähte nähern sich an ihrem unteren Ende, während sie nach oben auseinandergehen und auslaufen. Eine Verbindung zwischen den beiden Polen und ein unbedingtester Kurzschluß ist nun dadurch herbeigeführt worden, daß sich Spahn zwischen die Hörner zu setzen versuchten. Der ungeheuren Spannung von 13 500 Volt ist der schwache Tierleib natürlich nicht gewachsen. Der Vogel fällt sofort zur Erde und blüht seine elektrotechnische Unkenntnis mit einem schnellen Tode.

Eine fünfzigjährige Lehrthätigkeit haben zwei Berliner Schulveteranen, die beide im 70. Lebensjahre stehen, mit Ablauf dieses Sommerhalbjahres vollendet: Herr Rektor August Wieland von der 31. Anaben-Gemeinschaft, Alt-Moabit 23, und Herr Rektor Wilhelm Guttsch von der 94. Mädchen-Gemeinschaft, Straußbergstr. 8. Beide haben ihre Ausbildung auf dem Lehrerseminar zu Köpenick erhalten, von dem sie zu gleicher Zeit, im Herbst 1853, entlassen wurden. Beide haben auch den größten

Teil ihrer Lehrthätigkeit dem Schulwesen Berlins gewidmet. Rektor ist Herr Guttsch seit 1876, Herr Wieland seit 1880. Die Lehrerkollegen der 31. und der 94. Gemeindefschule haben zu Ehren der Jubilare bereits schlichte Feierlichkeiten veranstaltet, an denen auch die Vorgesetzte, vertreten durch die zuständigen Schulleitenden, teilgenommen hat. Herr Guttsch und Herr Wieland haben vorläufig noch nicht die Absicht, sich zur Ruhe zu setzen.

Der Berliner Magistrat wird, wie schon kurz mitgeteilt ist, jetzt zur Befestigung der stiegenden Klassen usw. mit einem Kostenaufwande von 200 000 M. einen Versuch mit transportablen Häusern, sogenannten Schul-Pavillons machen. Es sollen an-berzählich acht dieser Pavillons in der Nähe des Friedrichshains aufgestellt werden. Jeder Pavillon enthält zwei Klassen und einen Nebenraum und kostet rund 36 000 M., wozu noch die Kosten für Klotzflächen, Umwehrung usw. kommen. Vorab sollen rund 850 Kinder die Pavillons benutzen. Besser wäre es auf jeden Fall, wenn die Stadt zeitig für ordentliche Schulräume sorgte.

Au der Hobelmaschine verunglückte gestern der 28 Jahre alte Werkmeister Wilhelm Hoffmann aus der Pappel-Allee Nr. 21 in einer Tischlerei in der Griebenowstr. 2. Er verlor zwei Finger der linken Hand und erhielt auf der Rettungswache in der Kastanien-Allee die erste Hilfe.

Eine geriebene Taschendiebin, die schon vor Jahren einmal hier ihr Unwesen trieb, wurde gestern von der Kriminalpolizei wieder festgenommen. „Wohnen Sie nicht in Lübben?“ fragte eine Stadtbefragende eine Landfrau, die sie in der Brunnenstraße langsam hinführen gehen sah. Die Angeredete verneinte zwar die Frage, aber ein Gespräch kam auch so in Gang. Etwas anders hatte die Fragestellerin nicht gewollt. Sie begleitete die Landfrau ein Stück Weges, that so, als ob sie sie doch schon irgendwo einmal kennen gelernt haben müßte, und stahl ihr mitten im Gespräch das Portemonnaie aus der Tasche. Das sah aber ein Kriminalbeamter, dem das Verhalten der Dame etwas verdächtig vorgekommen war, und nahm sie fest. Auf der Reibterwache wies sich die Erkappte als eine Frau Wenrich aus dem Osten der Stadt aus, bei der Kriminalpolizei aber erkannte man in ihr eine alte Taschendiebin wieder. Frau Wenrich, geb. Hohmann, hieß früher Krügerin und nach ihrer ersten Scheidung und Wiederverheiratung Jahn. Sie hat bereits schwere Zuchthausstrafen erlitten.

Ein erschütterndes Trauerspiel. In der Kopenstr. 31 wohnte im dritten Stock das Arbeiter-Godmiznische Ehepaar. Die Leute waren erst seit einem Jahre verheiratet und noch kinderlos. Sie galten im ganzen Hause als ruhig und ordentlich und lebten glücklich miteinander, bis der Mann einen Freund, einen Arbeitsgenossen aus der Fabrik, öfter mit nach Hause brachte oder zu Besuch empfing. Auch dieser Freund ist ein ordentlicher, anständiger Mensch. Aber die junge Frau — sie zählte erst 24 Jahre — konnte ihn nicht leiden. Was sie gegen ihn hatte, war ihr selbst wohl nicht klar, wenigstens konnte sie es nicht sagen. Aber sie mochte ihn nun einmal nicht und ihr Mann wollte ohne Grund nicht von ihm lassen, um dem Freunde nicht Unrecht zu thun. Vorgefieri am Abend führte dieser Jovist zur Katastrophe. Der Freund wollte um 7 Uhr wieder zum Besuch kommen, aber Frau Godmizn, die öffnete, warf ihm die Thür vor der Nase wieder zu. Als ihr Mann ihr darüber Vorwürfe machte, meinte sie: „Dann kann ich ja meiner Wege gehen“, verließ die Wohnung und kam nicht wieder. Vergeblich suchte ihr Mann sie im ganzen Stadtviertel, bis er nach vielen Stunden die Hoffnung, sie zu finden, aufgab und nach Hause ging. Als er gestern morgen um 8 Uhr Kopfen hörte, an die Thüre eilte und öffnete, fand seine Frau mit einer Tasse in der Hand vor ihm, trant blutähnlich den Inhalt aus und fiel tot vor seinen Füßen nieder. Sie hatte eine Aderkälzung bis auf einen kleinen Rest ausgetrunken. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Kurz vor seiner Hochzeit hat ein sonst von ähnlichem Malheur noch nicht betroffener Kassendote einen einlassierten Betrag von 511 M. auf dem mit dem Zweibrück zurückgelegten kurzen Wege von der Luisenstädtischen Genossenschaftshaus, Ecke der Köpnick- und Neue Jakobstraße, bis zum Kaufhaus Neu-Cölln in der Wallstraße verloren. Da er für den Verlust erlagfähig ist, befindet er sich in einer sehr üblen Lage und ist ihm wohl zu gönnen, daß ein ehrlücher Finder ihn aus seiner Not befreit.

Die Ermittlungen in der Grabow'schen Mordsache wurden auch gestern den ganzen Tag über fortgesetzt, ohne daß jedoch wesentliche Momente zur Klärung der ganzen Angelegenheit herbeigeführt werden konnten. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I hat angeordnet, daß der des Mordes an seiner Frau verdächtige Schlächter Theodor Grabow'ski vorläufig in Polizeigewahrsam am Alexanderplatz behalten werde. Von dort aus wurde er heute morgen noch einmal in die Wohnung, Müllerstr. 6, geführt. Dort wurden von der polizeilichen Kommission, die mit den Vorermittlungen betraut ist, alle Räume einer eingehenden Durchsuchung unterzogen. Es handelt sich namentlich darum, festzustellen, ob von dem Gelde, das die Frau Grabow'ski zweifellos unmittelbar vor ihrer Ermordung besessen hatte, noch etwas vorhanden war. Die eingehende Untersuchung ergab ein negatives Resultat. Grabow'ski beteuerte fortgesetzt seine Unschuld.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Restaurateurmarken sind Montag-abend in der Stallgierstraße gefunden worden. Der Verlierer kann sie bei Liebe, Wienerstr. 27, Hof, abholen.

Feuerbericht. Gestern früh um 8 Uhr kam in der Hensburgerstraße 9 Feuer aus. Dort brannten Papier, Lumpen, Kleider u. a. Gleichzeitig erfolgte ein Alarm nach der Gleditschstr. 12 in Schöneberg, wo in einer Wohnung Feuer ausgekommen war. Da die Ortfeuerwehr schon zur Stelle war, konnte die Berliner Wehr bald wieder abrücken. Es brannten dort Möbel u. a. Wegen der Gefahr einer Gaseplosion erfolgte ein Alarm nach der Barutherstr. 17. Im Keller hatte sich aus einer undichten Leitung Gas angeammelt. Die Feuerwehr beseitigte die Gefahr. Gleichzeitig mußte in der Möckernstraße 104 ein Zimmerbrand gelöscht werden. Der 16. Völkch wurde gestern nach der Ecke der Reinickendorfer- und Crezierstraße gerufen, wo zur Zeit auf dem Dache des Lange-Säuerlichen Stiftungshauses Klempnerarbeiten ausgeführt wurden. Ein Klempner war auf dem Dache unwohl geworden und drohte, da er nicht angeleitet war, abzustürzen. Es gelang, den Mann in Sicherheit zu bringen. In der Kobalitzstraße 15 brannten in einer Wohnung Fußboden und Wollen, in der Einienstraße 21 Fenster u. a. in der Steinmetzstr. 6 Schornstein u. a. Aus Anlaß von Ausströmen großer Mengen Dampf wurde die Feuerwehr nach der Straße Unter den Linden 11 und Mühlentstraße 107/108 gerufen. Ferner hatte die Feuerwehr in der Mühlentstraße 104, am Kottbuser Ufer, Ecke der Grünauerstraße, und an andern Orten zu thun.

Ihr Herbstfest feierten am Sonnabend die Genossen des sechsten Kreises (Schönhäuser Vorstadt). Männlein wie Weiblein waren dem Aufse des Komitees in so reicher Zahl gefolgt, daß die weiten Festräume der Brauerei Königstadt fast nicht ausreichten für alle Erscheinungen. Abwehrend von den bisher arrangierten Festen war diesmal ein volkstümlicher Ausnahmestück geplant und der Verlauf des Festes bewies, daß hiermit ein voller Erfolg erzielt wurde. Nach einem einleitenden Vortrage des Genossen Dr. Alberty folgten Gegenwörter des Herrn Kammermusiker Hermann Gerlach, Gesänge des Herrn K. A. Harzen-Müller und des Fr. Margarete Wahmann vom Schiller-Theater, Agitationen der Herren Paul Schwaiger vom Deutschen Theater und Dr. Alberty. Alle Mitwirkenden boten ihr Bestes, um den Abend zu einem genussreichen zu gestalten. Wir können den Genossen nur empfehlen, auf dem einmal beschrittenen Wege fortzufahren, damit die reichen Schätze unserer Kunst den Arbeitern für Stunden der Sorgen des Lebens vergehen machen.

Theater. Die Erstaufführung des Schauspiel „Die Stützen der Gesellschaft“ von Henri L'Ami im Schiller-Theater (N. Friedrich-Wilhelm-Straße) findet nächsten Sonnabend, den 3. Oktober, statt. — In Octave Mirbeau's Komödie „Geschäft ist Geschäft“, welche in der Uebersetzung von Mag-

Schönau im Deutschen Theater am Freitag, den 2. Oktober, zur ersten Aufführung gelangt, sind die Hauptrollen folgendermaßen besetzt: Sidore Lechah: Albert Pafermann; Fran Lechah: Luise v. Pölnitz; Hermine, Xavier, ihre Kinder: Irene Treisch, Hans Godek; Lucien Harroul: Kurt Stieler; Jim: Bruno Jiener; Krug: Karl Reinhard; Marquis von Porcellet: Oskar Sauer; Vicomte de la Fontenelle: Karl Forest.

Die fünfte städtische Fortbildungsschule für Männer und Jünglinge, Hagelsbergstr. 34, war im verfloffenen Sommerhalbjahr von 820 Teilnehmern besucht. Die Anstalt ist die einzige im Südwesten unserer Stadt, die Beamten, Kaufleuten und Gewerbetreibenden Auszubildung in allen Fächern des praktischen Lebens gewährt. Unentgeltlicher Unterricht ist in: Deutsch, Rechnen, Buchführung, Schönschreiben, Algebra, Geometrie, Chemie, Physik, Trigonometrie, Freihand-, Ornament- und Zirkelzeichnen. Für Modellieren ist halbjährlich nur ein Schulgeld von 1 M., für Maschinenschreiben und Stenographie 2 M., für Fachzeichnen, Englisch und Französisch 4 M. zu zahlen. — Anmeldungen werden täglich von 7^{1/2}—9^{1/4} abends bei dem Leiter der Anstalt, Rektor Verndt, entgegengenommen.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg und das biologische Klärverfahren.

Mit einer für die westlichen Vorortgemeinden überaus wichtigen Angelegenheit beschäftigten sich die Charlottenburger Stadtvorordneten in einer außerordentlichen Sitzung am Montag. Zur Beratung stand die Magistratsvorlage betreffend die Verlängerung des Abfanggrabens im Süden des Riefesfeldes von dem Endpunkt des alten Grabens an dem Gatow-Seeburger Wege bis zur Kreuzung mit der Potsdamer Chaussee. Die Charlottenburger Riefesfelder sind seit lange ein Schmerzenskind. Während bei den Berliner Riefesfeldern auf ein Hektar 35 Kubikmeter Abwässer pro Tag entfallen, haben die Charlottenburger pro Tag und Hektar 154 Kubikmeter zu bewältigen. Charlottenburg nimmt außer seinen eignen Abwässern auch die von Schöneberg und Wilmersdorf auf. Schöneberg hofft, 1905 seine eignen Riefesfelder in Betrieb nehmen zu können, und Wilmersdorf hat die Erlaubnis erhalten, seine Abwässer, die mittels des biologischen Verfahrens geklärt werden sollen, oberhalb Charlottenburgs in den Landwehr-Kanal zu leiten. Nun ist aber das biologische Verfahren noch nicht so weit vorgeritten, daß die Abwässer bakterienfrei gemacht werden können. Man befürchtet in Charlottenburg, daß wenn die versuchten Abwässer oberhalb Charlottenburgs in einen die Stadt durchziehenden Wasserlauf geleitet werden, eine große Gefahr für die Gesundheit der Einwohner entsteht. Dies wurde nicht nur von allen Rednern betont, sondern auch von den Mitgliedern des Magistrats zugegeben. Stadtbaurat Predtischneider teilte u. a. mit, daß der Magistrat gegen das Wilmersdorfer Projekt Einspruch erhoben und auf den letzten Bestfall und auf das Verschleppen anstehender Krankheiten durch die an Wasserläufen befindlichen Ratten hingewiesen habe. Aber trotzdem habe die Landespolizeibehörde bis auf Widerruf die Genehmigung zu der Anlage erteilt, allerdings mit dem Vorbehalt, daß die Resultate der Probe-Kläranlage befriedigend seien. Oberbürgermeister Schusterhans wies gleichfalls auf die Gefahren hin, die mit der Einleitung der Abwässer von Wilmersdorf in den Landwehrkanal verbunden sind. Diese Gefahren beständen nicht nur für Charlottenburg, sondern auch für die Schiffer, die den Landwehrkanal befahren und Krankheiten ins Land verschleppen können. Die Typhusbacillen hielten sich z. B. etwa neun Tage im Wasser lebendfähig. Würde Wilmersdorf einen großen Kanal bis unterhalb Spandau oder Potsdams bauen, so daß die Abwässer nicht durch Charlottenburg geleitet würden, so würde das vielleicht eine Million Mark kosten, aber die Kostenfrage dürfe hier nicht den Ausschlag geben. Jedenfalls müsse man verlangen, daß die auf dem Wege des biologischen Verfahrens geklärten Abwässer durch ein besonderes Verfahren noch bakterienfrei gemacht würden. Die Versammlung nahm schließlich einen von allen Fraktionen unterstützten Antrag an, der den Magistrat ersucht, mit allen Mitteln der Einführung der Wilmersdorfer Abwässer in den Landwehrkanal in der Nähe des Gartenufers zu begegnen, auch wenn das biologische Klärverfahren sich bewähren sollte, zumal eine andre Einführung unterhalb Charlottenburgs oder in den Teltow-Kanal ermöglicht werden kann. Die Beschlüßfassung über die Magistratsvorlage wurde ausgesetzt, bis die Vorlage betreffend die Erweiterung der Riefesfelder erledigt ist. Mit dieser Vorlage wird sich die Versammlung am Mittwoch befassen.

So sehr es Pflicht der Charlottenburger Gemeindevertretung ist, Leben und Gesundheit der Einwohnerschaft zu schützen, so scheint es doch, daß man sich von dem biologischen Klärverfahren eine zu bedenklige Vorstellung macht. Dies Verfahren, das in einer Reihe englischer Städte seit einigen Jahren mit Erfolg eingeführt ist, hat den großen Vorteil, daß es die Riefesfelder überflüssig macht. Die Abwässer werden durch die Einwirkung von Mikroben sowie durch Coaksfilter gereinigt. Die Gemeinde Wilmersdorf hat auf der Charlottenburger Pumpstation in der Nähe des Bahnhofes Westend jene Versuchsanstalt eingerichtet, welche die Abwässer von etwa 700 Personen annimmt. Obgleich der Klärapparat erst wenige Wochen funktioniert und seine volle Wirksamkeit noch nicht einfallen kann, ist das filtrierte Wasser bereits jetzt von solcher Beschaffenheit, daß Fische darin zu leben vermögen, und man erwartet, daß die Resultate sich noch bedeutend verbessern werden. Mitglieder des Reichs-Gesundheitsamtes, welche die Versuchsanstalt mangelhaft kontrollieren, fällen über das Verfahren bis jetzt ein günstiges Urteil. Ob es gelingen wird, das Wasser völlig bakterienfrei zu machen, wissen wir nicht, doch ist diese wünschenswerte Qualität ja auch nicht dem gewöhnlichen Fließwasser eigen. Es verbleibt sich ja ferner, daß in der sehr wichtigen Sache die Gemeinde Wilmersdorf nicht allein zu entscheiden hat, wie denn überhaupt von den Versuchen bis zur endgültigen Durchführung des neuen Klärsystems noch ein weiter Weg ist und es auch noch durchaus nicht feststeht, daß die gereinigten Abwässer später dem Landwehrkanal zugeführt werden. Auf alle Fälle verdient das biologische Verfahren, welches eine völlige Umwälzung auf dem Gebiete des Kanalisationswesens herbeizuführen verspricht, die eingehende Beachtung wissenschaftlicher Autoritäten.

Schöneberg. Die Stadtvorordneten-Versammlung hatte sich in ihrer Sitzung am Montag wieder einmal mit einer Nachbesprechung zu den Vertretungskosten für den Direktor der Hohenzollernschule, Herrn Partels, zu befassen. Es sind wiederum hierüber 2000 M. erforderlich. Wohl über übel müßte die Position betitelt werden, da die bei der Regierung nachgesuchte Pensionierung nicht vor dem 1. April 1904 erfolgen kann. — Ueber die Nachbesprechung von 11 000 M. zum Bau-Etat, dessen Bestand von 18 000 M. nicht ausreicht, kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung in deren Verlauf sowohl vom Stadt-, Lokalen als von unsrer Seite die Ablehnung der Vorlage empfohlen wurde. Daß hier nicht alles in Ordnung sei, wurde selbst von den die Forderung verteidigenden Stadträten zugegeben; die Angelegenheit wurde einem besonderen Ausschusse überwiesen. Die Bewilligung von 2000 M. für die im Juli in verschiedenen Provinzen durch das Hochwasser Geschädigten wurde einstimmig angenommen.

Steglitz. Von Herrn Fr. Weinhausen in Steglitz erhalten wir zu dem Bericht vom Sonntag folgende Richtigstellung: Herr Dr. Vöttger ist seiner Zeit gegen den Willen des Vereins Steglitzer Wohnungsmieter vom Steglitzer Haus- und Grundbesitzer-Verein zum Gemeindevertreter gewählt worden, hat infolge der Wahl sein früheres Vorstandsamt im Mieterverein niedergelegt und bei späterer Gelegenheit ebenso wie der Mieterverein durch öffentliche Erklärungen festgestellt, daß er nicht als Vertreter des Mietervereins im Gemeindeparlament sitze. Herr Fischer ist so wenig Vertreter des Mietervereins, daß er nicht nur vor Jahren sein Vorstandsamt aufgegeben, sondern sich auch vor ca. zehn Monaten aus der Mitgliederliste des Mietervereins hat streichen lassen —

welche Thatfachen seiner Zeit ebenfalls durch Versammlungen und Lokalzeitungen allgemein bekannt gegeben worden sind. Jenen großen Unrichtigkeiten gegenüber ist Thatfache, daß in der von ihnen berichteten Angelegenheit die beiden einzigen Vertreter des stetigen Mietervereins im Gemeindeparlament, die Herren Weinhausen und Wohlfahrt, gemeinsam für sofortige Inkraftsetzung der verschärften Umfassungsteuer-Ordnung gestimmt haben.

Friedrichsfelde. Zu den Zwecken der freiwilligen Feuerwehrrüstung es schlecht, wenn diese mit Gemeindegeldern unterstützte Körperschaft bei Veranstaltungen hurtopatriotischer Vereine sich als Staffage gebrauchen läßt. Es ist vorgekommen, daß bei derartigen Festlichkeiten die Feuerwehr den Fadelzug stellte. Vielleicht kommt dieser Vorgang in der Gemeindevertretung einmal zur Sprache. — Die Dienststunden auf dem hiesigen Amts- und Gemeindebureau dauern vom 1. Oktober ab täglich von 8 bis 12 Uhr, das Ständesamt wie die Gemeindefeldsche ist sowie bisher von 9 bis 1 Uhr geöffnet. — Eigentümlich ist, daß bei dem Neubau des Bahnhofes Friedrichsfelde-Df Sonntag für Sonntag gearbeitet wird. Trotzdem wird der Bahnhof zum 1. Oktober nicht fertig; es bleibt ein Rätsel, wie die Station an diesem Tage schon in Betrieb genommen werden soll.

Zug-Entgleisung. Ueber ein Eisenbahn-Unglück auf der Strecke Berlin—Strausberg waren gestern beunruhigende Gerüchte verbreitet. Wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, hat nur eine Entgleisung stattgefunden. Als der um 5 Uhr 18 Min. nachmittags in Strausberg fällige Vorortzug sich etwa 300 Meter hinter der Station Walsdorf befand, sprangen die beiden letzten Wagen aus dem Geleise. Der Zug wurde sofort durch Abgabe des Rostsignals zum Stehen gebracht, bevor größerer Materialschaden eintrat; Personen wurden nicht verletzt. Für den Vorort- und Fernverkehr wurde durch den Unfall eine etwa dreiwertelstündige Verkehrsstörung herbeigeführt.

Versammlungen.

Den Bericht vom Parteitag

Nach der sozialdemokratische Wahlverein in Charlottenburg am 28. September entgegen. Der Delegierte, Hoffmann-Roivaves referierte. Redner, der ein Bild von den hauptsächlichsten Verhandlungen des Parteitages gab, richtete auf dem Boden der gefassten Beschlüsse. Aus seinen, neben dem Bericht hergehenden kritischen Betrachtungen ist hervorzuheben: Braun habe bei der Erörterung der Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern die bis dahin sachliche Debatte auf das persönliche Gebiet hinübergespielt, habe mit einem Schläge die ganze Debatte verschoben, indem er, der Angeklagte, zum Angriff gegen Wehring übergegangen sei. Das sei sehr zu rügen. — Was die von Bernhard vorgebrachte Karte Wehrings an Harden aus dem Jahre 1892 angehe, so sei der Parteitag durch sie geradezu strapaziert worden. Man habe nicht erwartet, daß zu dieser Zeit noch so etwas vorgekommen sein könnte. — Den Ausführungen Wehrings über die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern könne er sich wohl in der Hauptsache, aber nicht in allem anschließen. Es gehe entschieden zu weit, von „Marodeuren“, von „hergelaufenen Akademikern“ usw. zu reden. Er müsse auch jene Mitarbeit an bürgerlichen Blättern rügen, er rechne aber den Leuten einen großen Teil Unkenntnis zugute. Er meine, sie würden sich immer mehr in die Volksseele hineinfinden und könnten dann ganz gute Parteigenossen werden. Daß man Leuten wie Göhre gleich die Ehre abspreche, könne er nicht für richtig halten. (Sehr richtig!) Aber erklärlich finde er es bei Wehring, bei dem Manne, der mehr als ein Menschenalter in der Partei gekämpft, viel geopfert und viel gelitten habe. Wehring habe wohl über den Strang gehauen, aber im Feuer der Begeisterung für eine große Sache. Deshalb müsse man ihm verzeihen, wenn er zu weit ging. (Wiesaches Bravo und Sehr richtig!) — Redner ist der Meinung, daß es trotz aller Ablehnungen doch einen Revisionismus in der Partei gebe. Es sei doch z. B. schon weit genug gekommen, wenn ein Mitglied der Fraktion die Frage der Vertagung des Budgets stellen könne. Und Genosse Kolb habe deutlich gesagt: „Was uns scheidet, ist, daß wir die Evolution und ihre die Revolution wollen.“ Vieles andre komme dazu. Im Hintergrunde stehe der Millerandismus, der Wunsch der Teilnahme an der Regierung, der sozialistische Minister. Das wäre der unheilvollste Abweg. Es sei darum gut, daß hiergegen kräftig Stellung genommen worden sei. — Zum Fall Wehring sei seine persönliche Ueberzeugung, daß es für unsere Partei besser wäre, man besetze Wehring nicht wieder in die von ihm verlassenen Stellen zurück. Genossenschaftlich, es habe manches auf dem Parteitag unterblieben, manches in anderer Form geschehen können; er sei aber dennoch von Nutzen gewesen, habe wertvolle Klärung geschaffen. Nach kurzer Zeit würden die vorhandenen persönlichen Verhältnissen zurücktreten hinter der Arbeit im Dienste unserer großen Sache. (Beifall.)

Vor dem Eintritt in die Diskussion über den Bericht erledigte die Versammlung den Fall Dr. V. Vorchardt. Der Vorsitzende Kurt Vaake nahm dazu das Wort. Er verwies auf die bekannte Erklärung Vorchardts an den Parteitag, daß er sich den Erklärungen Bernhards, Göhres, Heines bezüglich der Mitarbeit an der „Zukunft“ nicht anschließen. Die Erklärung Vorchardts habe den Eindruck gemacht, als wolle er sich Beschlüssen des Parteitages nicht fügen. Das wäre eine Handlung, die mit der Zugehörigkeit zur Partei nicht vereinbar wäre, denn wir seien eine demokratische Partei. Zum Glück sei man in der Lage, die Sache in befriedigender Weise gleich zu erledigen. Der Vorstand, der sich damit befaßt, habe einstimmig beschlossen, vorzuschlagen, die Angelegenheit durch folgende neue Erklärung Dr. Vorchardts für erledigt zu erklären:

Charlottenburg, 28. September 1903.

Ich erkläre, daß ich den Beschlüssen des Parteitages betreffend die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern, wie Parteitagbeschlüsse überhaupt, für mich als Parteigenossen für bindend erachte, wenn ich auch diesen Beschlüssen nach Form und Inhalt nach wie vor für verfehlt und ungewinnlich halte.

Dr. V. Vorchardt.

Der Antrag des Vorstandes wurde nach kurzer Debatte angenommen.

Die Diskussion über den Parteitag eröffnete Dr. Alberti. Er ist in wesentlichen Punkten mit dem Referenten nicht einverstanden. Aufschärfte verurteilte er den Ton, der auf dem Parteitag herrschte. Zu „Zukunft“-Debatte bemerkte er unter anderem: Durch die heftigen Angriffe gegen Harden habe man diesem gleichsam die Ehre abgesprochen. Was habe man ihm denn an Ehrenwürdiges vorwerfen können? Nichts. Oder sei es ehrenrührig, daß er in seinem Blatte alle Parteien habe zu Worte kommen lassen? Harden habe nun ja in der „Zukunft“ auch seinen Standpunkt gegen die Sozialdemokratie zum Ausdruck gebracht. Redner verzeihe es sehr wohl, daß man sich auf den Standpunkt stellen könne, Parteigenossen sollten nicht an der „Zukunft“ mitarbeiten. In solcher Mitarbeit aber etwas Ehrenrühriges zu finden und auszusprechen, die betreffenden Genossen seien moralisch gesunken, das entspringe einem Standpunkt von außerordentlich großer Engherzigkeit, und in dieser Beziehung müsse er Wehring diesen Vorwurf machen. Redner übt dann Kritik an der Resolution des Parteivorstandes, die seiner Meinung nach einen Schlag ins Wasser bedeute. Auch mit den Ausführungen gegen die Akademiker, die auf dem Parteitag gemacht wurden, ist Redner sehr unzufrieden. Wehring habe dabei mitgewirkt, das Minimum von Achtung vor geistiger Arbeit in Arbeiterkreisen noch zu verringern. Der große Feldzug gegen die Revisionisten sei ausgelaufen wie das Hornberger Schießen. Und um dies Resultat zu erreichen, habe man in nicht scharf genug zu mißbilligender Weise die Partei in eine unerhörte Erregung hineingebracht, die Gegensätze auf die Spitze getrieben, beide Richtungen, soweit von Richtungen die Rede sein könne, gegen einander gehetzt. Stadtsagen sei die Heise fort. Daß Wehring nach dem großen Wahlsiege von unsrer Partei gesprochen habe als von einer solchen, in der jahrelang Komödie gespielt worden sei, wäre noch undiplomatischer gewesen, als das öffentliche Aufrollen der Vizepräsidentenfrage durch Bernstein. Wehring's Hauptschuld sei, daß

Fragen taktischer Natur, die das Erfurter Programm nicht betrafen, mit dem Nimbus von Haupt- und Staatsaktionen umgeben worden seien, der ihnen nicht zutram. Der Besiegte des Parteitages sei Franz Wehring. Wenn man auch im allgemeinen Wehring's Urteil über Wehring folgen könne, über die Postkarte über Schoenland komme man nicht hinweg. Nach dem unerquicklichen Parteitags könne man aufatmen, daß man sich nun wieder praktischer Arbeit im Dienste der Partei zuwenden könne. (Redner wurde oft durch Zwischenrufe unterbrochen.)

Conrad Schmidt stellte zunächst fest, daß Heinrich Braun zur Zeit der Einführung Wehring's zwar dessen altes Buch über die Sozialdemokratie kannte, nicht aber die noch schlimmeren Artikel der „Gartenlaube“, die erst in der Zeit des Sozialistengesetzes erschienen. Wehring habe den gegen ihn geführten Schlag selbst provoziert. — Die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern jetzt mit solchem Aplomb in die Öffentlichkeit zu werfen, habe kein Grund vorgelegen. Es werde niemand behaupten wollen, daß jetzt etwa mehr Genossen an solchen Blättern mitgearbeitet hätten als früher. Nun speziell die „Zukunft“. Sie sei einmal, bald nach der Gründung, das Organ der Wismarckfronde gewesen, habe aber längst jede politische Bedeutung verloren. Seitdem lese man Hardens Artikel nur, weil er das Talent habe, nach rechts und nach links alle möglichen Vötheiten zu fegen, in einer speziell ihm eignen Weise. Man lese sie wie eine feuilletonistische Klauderei. Genossenschaftlich habe Wehring, aber nicht nur gegen unsre Partei. Er erinnere daran, daß Harden auch wegen Majestätsbeleidigung bestraft sei, die Royalisten hätten noch mehr Grund, ihm böse zu sein. Er halte Harden für einen geistreichen Schriftsteller, aber für einen Schriftsteller ohne politische Principien. Etwas anders seien die Artikel der Mitarbeiter. Man könne sagen, daß die „Zukunft“ die interessanteste bürgerliche Wochenschrift gewesen ist und noch sei, die wir haben. Es seien die aller verschiedensten Richtungen und nicht zuletzt die freirechtlichen zum Worte gekommen: in Kulturfragen, in religiösen Fragen usw. Das sei ausfolgebend, wenn man sich ein Urteil bilden wolle. Wer aufgefordert sei zur Mitarbeit, der werde sich weniger Hardens Artikel ansehen haben, als die seiner Mitarbeiter. Und er, Redner, müsse für seine Person sagen, er hätte für sich nicht das geringste davor gehabt, genau so wie andre es thaten, für das Blatt zu schreiben. Bei den paar Artikeln, die einzelne Genossen für die „Zukunft“, verteilt über Jahre, geschrieben, klinge der Bornwurf, es sei um Geld zu machen geübt, geradezu lächerlich. Ständlos sei es, die Genossen, die mitgearbeitet hätten, als „moralisch gesunken“ zu bezeichnen. Ein solcher Angriff müßte die tiefste Erbitterung bei den Betroffenen hervorrufen. Wenn man bedenke, daß die Kontrollkommission mit Stimmengleichheit des Dr. Verhofs's Ausschluß abgelehnt habe, obwohl er die „Zukunft“ verantwortlich zeichnete, als Artikel gegen die Sozialdemokratie (z. B. einer gegen Wehring) darinsanden, dann trete erst die ganze Frivolität des Wehring's Vorwurfs gegen die auf dem Parteitag angeklagten Genossen hervor. — Die Debatte über die taktischen Fragen sei ein Dreschen leeren Strohs gewesen. Was unsre Taktik an sich angehe, sei die Partei so einzig gewesen wie je. Und das könne gegenüber der heutigen politischen Situation gar nicht anders sein, bei den Angriffen gegen uns, bei der beispiellosen Schwäche des Liberalismus usw. Ein wirklicher Streit habe nicht vorgelegen, er sei an den Ehren herbeigezogen worden. Genossenschaftlich, die Frage des Revisionismus habe eine gewisse Bedeutung. Die sogenannten Revisionisten, sagen wir Bernstein, haben sich mit Vorstellungen beschäftigt, wie sich die Gesellschaft weiterhin zum Sozialismus entwickeln möge. Man habe die überlieferte grobhartige Marx'sche Darstellung und Voraussetzungen, und nun seien Leute gekommen und hätten gesagt: „Die Sache hat sich anders entwickelt, als wie Marx es vorausgesagt hat.“ Da sei die landwirtschaftliche Frage, die Verelendungstheorie u. a. Das sei das Gebiet, wo es einen Revisionismus gebe. Da machten sich verschiedene Leute Gedanken, die mit den überlieferten Parteivorstellungen nicht zusammenfielen. Und die wollte man treffen, statt sich über die angeschnittenen Fragen in Diskussionen einzulassen. Man habe sie treffen wollen als politische Opportunisten. Bernstein habe in ungefährender Weise die Vizepräsidentenfrage aufgerollt, und das habe man benutzt, den Schein eines Zwischenfalls, der gar nicht bestände, herbeizuführen. Und der Erfolg? Der des Hornberger Schießens. Die sogenannten Revisionisten, die im großen und ganzen mit den Aufgaben der Partei übereinstimmen, hätten mit gutem Gewissen die Resolution mit annehmen können. Denn wer sei so verdrückt, daß er behaupten wolle, der Klassenkampf sei nicht entscheidend! Oder wer so verdrückt, daß er behaupten wolle, man solle nicht mit aller Kraft der heutigen Gesellschaft, den Herrschenden entgegenreten.

Dr. V. Vorchardt hat von der Litteratendebatte einen deprimierenden Eindruck gehabt. Er betont, daß es Wehring gewesen, der zwei Jahre nach dem Fall Verhofs die Sache aufgegriffen und sie vor das Schiedsgericht gebracht habe. Es sei bewiesen, daß die Litteratendebatte thatsächlich ein Fall Wehring war, das Vergehen gegen ihn nicht ausbleiben konnte. Eigentümlich und bezeichnend sei, daß zur selben Zeit, als Bernhards Artikel erschien, die „Leipziger Volkszeitung“ an Kaffale rühmte, was Bernhardt in seinem Artikel allgemein ausgeführt habe. Redner geht unter anderem auf seine eigene Sache ein. Er sei der Meinung, daß der Beschluß betreffend die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern die Partei bloßstelle, sie minderwertig mache und es starken Individualitäten erschwere, ihr anzugehören. Er habe eine Zeitlang geglaubt, die durch den Beschluß ausgeprobenene Bindung würde ihm unerträglich sein. Nach Ermägung aller Umstände habe er aber eingesehen, daß er für seine Person nicht solche Bedeutung habe, daß er auf die Zugehörigkeit zur Partei verzichten müßte. So habe er sich entschlossen, sich zu fügen. Sein Urteil über den Beschluß bleibe aber daselbe. Redner geht dann weiter auf die Frage des Revisionismus ein, um aus einanderzusehen, daß mancher, den man einen Revisionisten nenne, in vielen Fragen revolutionärer sei, als der, der sonst den Revolutionär spiele.

Gerke: Wohlstand sei der Beschluß betreffend der bürgerlichen Blätter nur, soweit er jene Mitarbeiter bloßstelle, soweit er notwendig gewesen, ihrem Anstandesgefühl nachzuhelfen. Redner wundert sich über die Verteidigung Hardens durch Alberti und Schmidt. Er habe das Gefühl, daß man Wehring nur als Sturmbock brauchte. Zur Herausgabe des Nachlasses von Marx und Engels hätte man allerdings einen andern als Wehring nehmen sollen, wenn er sich auch wieder als Genosse bewährt habe. In der Hauptsache stellt sich Redner auf den Standpunkt des Referenten Hoffmann. Auch er ist wie dieser der Meinung, daß revisionistische Bestrebungen mit dem Ziel des Anschlusses an das Bürgertum verbunden seien, und tritt lebhaft für Wehring ein, dem er auch in der Auffassung beitrifft. Ferner wandte er sich dagegen, daß alle Augenblicke neue Projekte in der Partei aufstauden. Eine Kampfpartei werde dadurch geschädigt. Die Partei müsse bei ihrer bewährten Taktik bleiben.

Um 12 Uhr wurde die Debatte vertagt bis zur nächsten Versammlung. Zur Generalversammlung des Central-Wahlvereins delegierte man Vaake, Liedtke und Müller.

Die Möbelpolierer hielten am 28. September eine öffentliche Versammlung ab, um gegen Betriebe, wo schlechter Lohn und Arbeitsbedingungen herrschen, Stellung zu nehmen. Nach einem Referat Webers wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammelten verpflichten sich, mit aller Kraft die der Organisation noch fernstehenden Möbelpolierer und Möbelpoliererinnen zu organisieren und überall da, wo schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben herrschen, dagegen Stellung zu nehmen.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Berlin. Mittwoch, den 30. September, abends 9 Uhr: Sitzung in den Arminkallen, Kommandantenstr. 20. Gäste sind willkommen.

Vermischtes.

Die fromme Oberin. Aus Dresden wird berichtet: Unter Hinterlassung bedeutender Schulden ist die Oberin Elise Weinholt aus dem Luisenheim, Semperstr. 11, verschwunden. Sie begab sich, den

„Leipziger Neuesten Nachrichten“ zufolge, am Donnerstagabend 8 Uhr in ihrer Oberinentracht auf den Bahnhof, wo sie sich angeblich umkleidete und seitdem verschwunden ist. Das Luisenheim ist eine 1894 gegründete Anstalt, welcher die Weinholt als Oberin vorstand, und deren Verwaltung sie führte. Eine Reihe von Geschäftsleuten und Lieferanten beklagt in die Laufende gehende Verluste. Die Weinholt hat angeblich auch Kauttionen der Angestellten bis zu 200 M. mitgenommen. Ueber den Aufenthalt der Flüchtigen ist man vollständig im Dunkeln.

Feuersbrunst in Falkenstein i. Vogtl. Wie der „Vogtländische Anzeiger“ meldet, wütete seit Dienstag früh in Falkenstein Großfeuer im Stadtteil Oberer Anger. Bis Nachmittag waren zehn Häuser niedergebrannt, eine Anzahl weiterer Gebäude stehen in Flammen. Der Schaden ist sehr groß.

Flüchtiger Bankier. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Lemberg gemeldet wird, ist der Chef des Stanislawer Bankhauses Ephraim Kamer nach Unterschlagung von 250 000 Kronen Depotgeldern, die er an der Börse und im Aktienpiel verloren hat, seit acht Tagen verschwunden. Kamer soll nach Amerika geflüchtet sein.

Der Grubenbrand in Oberschlesien. Die „Schles. Zig.“ meldet aus Katowice: Die Abbauungsarbeiten im Reicunischacht der Laurahütte sind nunmehr gestoppt. Weitere Gefahr erscheint ausgeschlossen. Vier Tote sind dem Unfall zum Opfer gefallen.

Eine Luftschiff-Ausstellung wird gegenwärtig von der Anstalt für Luftschiffahrt in London abgehalten; sie ist auch aus dem Ausland besichtigt worden. Die deutsche Regierung hat einen Modellballon, Flugdrachen und eine Zusammenstellung von Gerätschaften für Luftschiffahrt gesandt.

Pest und Cholera in China. Dem Bureau Neuter wird aus Tientsin unter dem 27. September telegraphiert, daß in Peitang in den letzten 2 Monaten 2000 Todesfälle an Pest und Cholera vorkamen. Augenblicklich beläuft sich die Sterblichkeit auf täglich 15 Fälle. Peitang ist ein kleiner, aber überfüllter Ort von etwa 15 000 Einwohnern, zumeist Kulis und Militärs von den in der Nähe gelegenen Peitangforts, die belamlich während der chinesischen Wirren gestört wurden, weil sie nur etwa 10 Kilometer von dem Landungsplatz Taku entfernt liegen. Bis jetzt ist die Cholera und auch die Pest auf Peitang beschränkt geblieben, sollten sie sich aber auf Taku ausbreiten, so würde nicht nur Tientsin, sondern ganz Nord-China in erste Gefahr geraten. Der Taoist von Tientsin und die fremden Generale haben sanitäre Kommissionen eingesetzt, um eine Verbreitung der Krankheiten zu verhindern. Die Kommissionen dürften leider dem chinesischen Schmutz gegenüber, der für die Epidemien der beste Nährboden ist, nicht allzuviel ausrichten.

Marktpreise von Berlin am 28. September 1903

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Qualität	Preis	Ware	Qualität	Preis
Weizen	gut D.-Gr.	15,70	Kartoffeln	neue D.-Gr.	7,00
	mittel	15,20	Rindfleisch	Keule 1 kg	1,80
	gering	15,54	do. Bauch		1,70
Roggen	gut	12,85	Schweinefleisch		1,80
	mittel	12,81	Rohfleisch		1,80
	gering	12,77	Sammelfleisch		1,80
Gerste	gut	14,50	Butter		2,00
	mittel	13,40	Eier	60 Stück	4,50
	gering	12,90	Käse	1 kg	2,20
Hefe	gut	16,00	Kale		2,50
	mittel	14,80	Jander		3,00
	gering	13,70	Dedde		2,20
Richtstroh		4,32	Barche		1,80
Heu		6,60	Schleie		3,20
Erbsen		40,00	Wleie		1,40
Speisebohnen		50,00	Äpfel	per Schock	18,00
Linien		60,00			2,00

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. geöffnet: 7 Uhr.

W. A. Das Eigentumsrecht Ihrer Frau eingekerkert, haben Sie kein Recht. — **S. W. 82.** Sind Sie im Zweifel, wer Erbe geworden ist, so zahlen Sie die Miete nur an einen Bevollmächtigten der Erben oder — das dürfte in Ihrem Fall das ratsamste sein — hinterlegen die Miete. — **S. W.** Ein Darlehn verläßt in 30 Jahren. Von jeder Abzahlung ab läßt eine neue Zins. — **S. A. 100.** Das Gesetz enthält keinerlei Vorschriften darüber, wie lange Schlafburgen sich in der Schlafwohnung aufhalten dürfen. Ist keine Vereinbarung hierüber getroffen, so steht dem sogenannten Schlafburgen das Recht des Aufstehens in dem Schlafraum zu jeder Zeit zu. Treffen Sie also mit Ihren Pflegerinnen eine besondere Vereinbarung. — **000.** 1. Ja. 2. 200 Markten müssen vor der Ehe geleistet sein. — **Ungeheuer.** Beschwerde ist an die vorgelegte Behörde zu richten. Welches diese ist, ist ohne Mitteilung, auf welche Gemeinde sich der Vorfall bezieht, nicht anzugeben. Eine bestimmte Frist ist für solche Beschwerde nicht vorgeschrieben. In Preußen kostet der Fiskus nicht für ungerichtliche Verhandlungen. Der Beamte kostet nur dann, wenn ihm mindestens grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen wird. — **M. A. Rein.** — **S. W. 24.** Ohne Einhalt in den Vertrag lassen sich Fragen über Rechte oder Pflichten, die aus dem Verträge folgen, nicht beantworten. — **M. A. 17, 18.** Sind Sie für volljährig erklärt, aber noch nicht 21 Jahre alt, so bedürfen Sie, da Sie Elternlos sind, keiner anderen Einwilligung zur Beschließung als der Ihrer Mutter. Ihr Vormund ist mit der Rechtskraft Ihrer Volljährigkeitserklärung außer Funktion getreten. Der Stabsbeamte oder der Bureauchef ist erst alt. Tragen Sie dem Stabsbeamten p e r s ö n l i c h Ihren Anspruch auf Ansehen vor. Behaltet er bei seinem oder seines Schreibers Artum, so beschweren Sie sich über ihn mit dem Antrage, ihn anzuklagen, das Ansehen vorzunehmen, beim Gericht. — **Wohlfahrt.** **S. W. 2.** Die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften haben Sie Seite 4 Num. 2 des dem „Arbeiterrecht“ beigefügten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Verkaufsstellen aus. — **M. W. 79.** 1. Jeder Vertrag, gleichviel, ob er schriftlich, gerichtlich oder notariell geschlossen ist, ist unglücklich und kann den Vertragsschließenden Bestrafung einbringen, wenn der Vertrag in der Absicht geschlossen ist, vorhandenen Gläubigern die Befriedigung zu vereiteln. Unerheblich ist, ob die Forderung bereits ausgestellt war. 2. Wollen Sie einwillig ohne die in 1 erwähnte Absicht Eigentum auf Ihre Frau übertragen, so empfiehlt sich notarieller oder gerichtlicher Vertragsabschluss. — **C. W., Gartenplan.** Der Steuerbeamte ist im Recht. Wegen der auch von anderen Seiten mit Recht beklagten Art verpächter Verrechnung können Sie sich beim Magistrat beschweren; rechtlich sind Sie zur Zahlung verpflichtet. — **C. S. 2.** Mit Ihrem Anspruch auf Schadensersatz für Vorenthaltung des Bodens würden Sie nur dann durchdringen, wenn Sie beweisen, daß Sie die Einräumung des Bodens einwillig und berechtigt gefordert haben. — **W. S. 33.** Wird zu wenig Pension oder Unfallrente einem früheren Beamten gezahlt, so begiebt er sich durch Annahme der Pension usw. keineswegs seines Rechts, das zu wenig Gezahlte nachträglich zu verlangen. Wie groß die Pension war, im Einzelfalle ist, läßt sich mit Bestimmtheit nur nach mündlicher Rücksprache und auf Grund des Bescheides sagen. — **W. S.** Die Frau ist berechtigt, die unpfändbaren Gegenstände mitzunehmen. Von den von Ihnen angeführten Gegenständen ist allenfalls ein Tisch pfändbar. Will der Wirt das Recht der Frau nicht anerkennen, so sollte die Frau klugheit beim Amtsgericht Klage anstellen und eine einstweilige Verfügung erwirken.

Witterungsübericht vom 29. September 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hoh mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (Celsius)	Stationen	Barometer (hoh mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (Celsius)
Smirnowe	763	SW	2	12	Daparanda	764	SW	1	10
Hamburg	763	SW	1	14	Berlin	760	SW	1	14
Berlin	763	SW	2	11	Cott	749	SW	1	14
Frankfurt	764	SW	2	12	Übersee	—	—	—	—
München	760	SW	2	11	Paris	760	SW	2	16
Wien	766	SW	1	11					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 30. September 1903. Hiemlich warm bei schwachen südwestlichen Winden, mit anfänglich zunehmender, später wieder abnehmender Bewölkung, keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Auf Grund des § 9 . . .

Eine Zeit der Erinnerungen ist es, in der wir leben. Wir begehen die 25jährige Wiederkehr der Tage, an denen Beratung und Erlaß des Sozialistengesetzes den deutschen Namen mit Schmach bedeckte.

Die Gewalt steht es, in ihrer Art mit ihren Opfern zu spielen; es liegt in ihrem Wesen, daß sie der ihrer Willkür überantworteten Menschen zeigt, wie so gar kein Verstand dazu gehört, sich ihnen gegenüber brutal geltend zu machen.

Einige Beispiele mögen zeigen, was damals in polizeilichen Versammlungsauflosungen geleistet wurde. Eine Stellmacher-Versammlung, die am 24. Juli 1886 in der Linienstraße 19 tagte, verfiel der Auflösung, als bei Besprechung einer Vergütungspartei ein Redner sagte, man möge die Festlichkeit nicht auf einen Wochentag anschieben, da nur diejenigen, die mit einem goldenen Äpfel geboren würden . . .

Zu jenen Jahren, am 18. Februar, verfiel eine Frauenversammlung bei Gratweil der Auflösung, nachdem Reichstags-Abgeordneter Frohme gesagt hatte, es sei heutzutage bei den gebildeten Massen Götz, die Worte unserer großen Dichter in Prachtstücken im Vorderschrank aufzustellen, aber eine Raubanwendung würde aus dem Inhalte nicht gezogen.

Puttkamer war inzwischen befeitigt worden und seinem Nachfolger, dem Minister Herrfurth, mochte allmählich die Erkenntnis aufblühen, daß die Blamage, die die Polizei sich durch die unmotivierten Versammlungsauflosungen zuzugeworfen, vor der Öffentlichkeit nicht mehr gut zu verheimlichen sei.

Das war aber leichter gesagt als getan. Trotz des Erlasses war in der folgenden Zeit nichts von einer andern Praxis zu merken und der Skandal dauerte ungeschwächt fort. Am 11. November 1888 wurde eine Versammlung aufgelöst, als ein Redner gesagt hatte: Landräte und Hofprediger gehören nicht zu den Nützlichen; einer andern wurde durch die Polizei ein gewaltsames Ende bereitet, als das Wort gefallen war, daß in Sachsen dank der gesetzlichen Schereisen in gewerkschaftlicher Hinsicht eine Zentralisation nicht zu erwarten sei.

Sammlungen aufgelöst worden waren, weil ein Redner gesagt hatte, ein Staat solle durch den Willen der Volksmehrheit regiert werden, eine andre wegen der Prophezeiung, daß die Sozialdemokratie die Väter des Sozialistengesetzes überdauern werde, wieder eine auf die Worte hin, daß die Arbeiter ausreifen sollten, was die Regierung sich durch den Epigonal Wohlgeruch eingebrockt habe.

Was war der Zweck dieser Willkürmaßnahmen? Daß der Minister Herrfurth nicht sehr von ihnen erbaud war, mag man gelten lassen, wohl aber steht fest, daß Viktor-Ruttkamer kein Wort des Tadels fanden, sondern im Gegenteil die schlimmsten Polizeithaten glorifizierten. Es wäre eine Verleumdung der damaligen Berliner Polizeipräsidenten, der Rabat und Richterhofen, wollte man annehmen, daß Versammlungsauflosungen der erwähnten Art rein aus Dummheit von ihnen anbefohlen worden seien.

Der Genfer Generalstreik im Handgewerbe

ist nun nach zweimonatlichem harten Kampfe für die Arbeiter siegreich verlaufen. Wesentlich dazu beigetragen hat wohl das namhafte Eintreten der Sozialisten und ihrer Presse. Ueber diesen Streik brachte die hiesige „Volks-Zeitung“ vor einiger Zeit einen Artikel „von einem schweizerischen Parlamentarier“, der die Genfer Sozialisten der Bekämpfung dieses Streiks beschuldigte.

Die geistige Führung der Ausständigen übernahm der Tessiner Typograph Vertoni. Vertoni ist kein orthodoxer Sozialdemokrat, sondern er huldigt überwiegend Gewerkschaftsideen unter Aufrechterhaltung des Parlamentarismus. Er gilt deshalb als Anarchist. Vertoni ist persönlich ein edler Mensch, opferwillig und ein tapferer Kämpfer.

Es folgen einige ganz richtige Erörterungen über die Zulässigkeit der Ausweisungen. Dann aber heißt es: „Auf Grund der geschichtlichen Vorgänge hat nun der Streik seine Lebensfähigkeit verloren. Die ausländischen Führer der Bewegung wurden auf dem Schutze heimbefördert, und da die Heimatsbehörden der Ausgewiesenen die Staatsverträge nicht ins Mittel rufen, werden dem Ausstand auf ansehnliche Weise die geistigen Kräfte abgeschlagen und die Lebenslichter ausgelöscht.“

Es verdient noch nachgetragen zu werden, daß die Polizei versuchte die kleinen Geschäftsinhaber u. a. einzuschüchtern, damit diese keine Materialien für die Kommunisten abgaben. Natürlich vergeblich. Die Verpöndung der meist unverheirateten Streikenden ging bis zum letzten Augenblick ohne Schwierigkeiten vor sich. Ueberhaupt war das Leben am betreffenden Plage (Plain-Palais) äußerst interessant und lebhaft.

Während dieser Zeit stand an der Spitze der Streikenden Bertacchini nicht aber Vertoni. Letzterer hat wohl ein paar Ansprüche gehalten, daß er der geistige Leiter des Streiks gewesen, läßt sich durch nichts begründen.

Die Verleumdung unseres Genossen Karl Moor-Bern ist übrigens ganz offensichtlich, denn Vertoni konnte gar nicht der Polizei denunziert werden, er ist seit dem großen Genfer Generalstreik im verflochtenen Jahre allgemein bekannt als Anarchist. Damals wurde er zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt und erst vor kurzem ist seine Vergnabigung erfolgt.

Daß der Genfer Korrespondent des „Griffonianer“, Genosse Hof, einen wesentlichen Einfluß in Genf besitzt, kann schwerlich behauptet werden. Er ist in der That etwas „revisionistisch“, um das vielbeliebte Wort zu gebrauchen, und strauchelt leicht einmal über die Prinzipien.

Daß der Genfer Staatsrat auch ohne Moor und Hof zu den größten Schandthaten fähig ist, hat er verschiedentlich bewiesen und es verdient ganz besonders erwähnt zu werden, daß selbst die ausländischen Konsulate es nicht vermochten, ungerechtfertigte Ausweisungen zu verhindern.

Als Vertacchini verhaftet wurde und man ihn wegen „Aufreizung“ auswies, nahm das Organ der Genfer Sozialdemokraten auf das entschiedenste Stellung dagegen. Desgleichen bei der Massen-Ausweisung, wo es hieß: „Wir für unsere Teil, Repräsentanten der Arbeiterklasse, protestieren gegen die Verhaftungen unserer streikenden Kameraden, gegen die Ausweisung von Arbeitenden, behandelt als Arbeitshüter (chair à labour), wir protestieren gegen die unvernünftigen (sauvages) Repressalien, nicht nur als einer Ungerechtigkeit, sondern auch in der Erwägung, daß alle Arbeiter das Recht haben, die Arbeit zu verlassen, wenn sie es für nötig halten, und sie wieder aufnehmen, wenn sie es in ihrem Interesse für nützlich finden.“

Ein wahrer Spottregen in Poesie und Prosa stürzte auf das Haupt des verantwortlichen Staatsrats Odier nieder. Es verdient auch festgesetzt zu werden, daß die sozialdemokratische Partei in Genf in einer Resolution nach dem großen Generalstreik aller Gewerbe es abgelehnt hat, in Zukunft für die Handlungen des Ministers Thibaud verantwortlich gemacht zu werden, zumal Thibaud als Sozialist eigentlich kaum gelten kann.

Nach der Ausweisung Vertacchini stand der Schweizer Bischof, ein Maurer, an der Spitze, schmiert von der Fédération ouvrière (Gewerkschaftsartell) und deren Leiter Hugler, einem sehr thätigen Mitglied der sozialistischen Partei.

Der Staatsrat verbot eine geplante Versammlung im Bâtiment electoral, desgleichen einen geplanten Umzug der Streikenden. Es ist noch immer das gleiche Bild wie früher, nur mit dem Unterschied, daß die Arbeiter etwas zäher in ihrem Kampfe geworden sind, und dadurch zum wenigsten einen Teil ihrer Forderungen durchsetzen konnten.

Ein ganz erheblichen Anteil am eudlichen Siege haben die Sozialdemokraten; das wird für die Folge noch stärker zum Ausdruck kommen, denn jetzt gilt es den Kampf gegen das „Anti-Streikgesetz“, wie es die Arbeiter nennen. Seit einigen Jahren müht man sich dagegen und die Sozialdemokraten Chataigne und Schärer haben eine völlige Umgestaltung desselben ausgearbeitet und eingereicht.

In einem Resümee über den Streik sagt der „Peuple“: „Die sozialistische Partei in ihrer immensen Mehrheit brachte den Streikenden durchaus volle Sympathie entgegen. Es lag nur an den Gewerkschaften, daß diese Sympathie noch stärker zum Ausdruck gekommen wäre. Sobald die Arbeiter kämpfen gegen die Unternehmer-Ausbeutung, wird der Platz der Sozialisten immer auf Seiten der Arbeiter sein, in welcher sozialen Situation sie sonst auch stehen mögen.“

Die Drucksprache des „Schweizer Parlamentarier“ über den Ausgang des Streiks aber haben sich glücklicherweise als unzutreffend erwiesen.

Eingegangene Druckschriften.

Im Verlage von J. G. D. Diez Nachf. in Stuttgart sind soeben folgende drei Bändchen der Internationalen Bibliothek erschienen: Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit. Eine abermalige Kritik der reinen und praktischen Vernunft von Josef Diezgen. Das Buch enthält außerdem eine Biographie des Verfassers von Eugen Diezgen, sowie eine Einleitung über die Stellung und Bedeutung von J. Diezgens philosophischen Arbeiten von Anton Pannemel-Lehden. Preis broschiert 1,50 M., gebunden 2.— M. Josef Diezgen's kleinere philosophische Schriften. Eine Auswahl. Preis broschiert 2.— M., gebunden 2,50 M. Das Acquisit der Philosophie und Briefe über Logik. Zweite Auflage. Preis broschiert 1,50 M., gebunden 2.— M. Der Herausgeber heft mit diesen drei Bändchen den Sinn für philosophische Studien zu fördern. Ermutigt in seinem Vorhaben wurde er dadurch, daß die wenn auch kleine erste Auflage vom „Acquisit der Philosophie“ in wenigen Jahren vergriffen worden ist. Der Arbeiter-Kalender für das Jahr 1904 ist im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung, Ignaz Brand, Wien VI, Gumpendorferstraße 18, haben erschienen. Der Kalender ist 72 Heller und ist durch die Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand, Wien VI, Gumpendorferstraße 18, zu beziehen. Wiederungsverhalten hohen Habitus. Protokoll des zweiten ordentlichen Verbandstages des Verbandes der Tapezierer und verw. Berufsgenossen Deutschlands. Abgehalten in Magdeburg 1903. Preis 10 Pf. Verlag von G. Becker in Hamburg.

Doppelte Anzahl Sparmarken

verabfolgen wir

Mittwoch, den 30. September, Donnerstag, den 1. Oktober,
Freitag, den 2. Oktober

auf sämtliche Einkäufe als besondere Vergünstigung zum Quartals-Wechsel. — Wir geben sonst beim Einkauf von 1,00 Mark 4 Sparmarken,

an diesen 3 Tagen jedoch 8 Sparmarken.

Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N., Chaussee-Strasse 65-66.

2776L

Schon 7. October Ziehung.

IX. Schneidemühler Pferde-Lotterie.

à Loos 1 M.
11 Loose 10 M.
Porto u. Liste 20 Pf.
auch geg. Briefmarke.

Hauptgewinn:
10,000 M.

1 eleg. 4spännige Equipage
ausserdem 3 komplett bespannte Equipagen, 44 Pferde,
sowie 2400 Massiv silberne Theelöffel.

2434 Gewinne, Gesamtwerth 52.000 Mark.
Loose à 1 M., 11 für 10 M. versendet auf Wunsch auch unter Nachnahme
Berlin W.,
Carl Heintze, Unter den Linden 3

gegründet 1872.

Ehrenpreis: Goldene Medaille Berlin 1903.



Trinkt Bilz-Bilz-Brause.

Bestes alkoholfreies Erfrischungsgetränk.

General-Vertrieb: Überall zu haben!

Otto Starick, NO., Landsberger Allee 7.
Tel. VII. 1666.

Haben Sie schon gegessen?

Kaisers Fetthering. **Fetthering.**
Jeder bestelle sofort (schaffrei geg. Nachn.)
1/2 Pfd ca. 150 wirtl. M. Fettheringe, weisse, hart 9 M., 1/2 Pfd 5 1/2, 1
1/2 Pfd bis 400 größte M. bester Gekochter, sehr zu empfehlen, 10 M.
1/2 Pfd 5 1/2, 1/2 Pfd extra ausser. größte M. Mk. Fettheringe, das beste,
was gebohrt wird, 12 M., 1/2 Pfd 6 M., 1/2 Pfd Spezialität Kaisers Haushal-
teringe, Fett, Milch und Kogel, beliebteste Marke, echte Dauerware M
a 12 M., 1/2 Pfd 7 M., 1/2 Pfd bis 60 wirtl. Fettheringe 2 1/2, 1/2 Kaisers
Haushalt 3 M., bis 100 neue Fettheringe 3 M., 60-80 Bismarck-
heringe 3 M., bis 80 ff. Delfterheringe 3 M., 1/2 Pfd bis 100
2713*

Großfischerei Export Otto Kaiser, Swinemünde Nr. 12.
Ein Versuch wird jedem von der Güte meiner Ware überzeugen.

Möbel

einzel, wie ganze Wohnungs-Einrichtungen schon von 200 Mark an,
gebrauchte (spottbillig), kaufen Sie
am vortheilhaftesten gegen Kasse wie
auf Teilzahlung bei der gutrenom-
mierten Firma (30212*)

Berliner Möbel-Halle „Norden“
Häckerstraße 120, am Gartenplatz.

Erstes Specialgeschäft für Stoffreste

Berthold Schreiber, Berlin NO., Neue Königstr. 35,
empfiehlt Herrenstoffe und Damenmäntelstoffe
als: Eskimo, Capesstoffe, Futterstoffe etc.
in grösster Auswahl zu billigsten Preisen.

Freibank für den Gemeindebezirk Berlin.

Die bisher Wielestr. 49 befindliche Freibank-
Verkaufsstelle wird mit dem 1. Oktober nach
Waldenserstr. 27 verlegt.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 187*

Hochbornsche Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Rohstoffen herrührend, 20-38, Herrenhosen 8-11 Mark, Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe. 2094*

Herrenanzüge und Paletots, extra gute und gute Maßarbeit, Modellsachen sehr preiswert. Julius Lindemann, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. 18548*

(51) Hortstraße, Sattelanzüge, Gehrodanzüge, Frackanzüge, Paletots, Winteranzüge, billige Bezugsquelle, Zahlenauszeichnung, Goldsteins Frackverleihe, Ulladen. 18888*

Achtung! Handwerker, Arbeiter empfehle noch zu alten billigen Preisen trotz enormer Koststeigerung meine Kammergarn-Meyster, plattiert Kammergarn a 3,25 und 3,50, reinwollener Kammergarn a 4,50 und 5,00, doppeltstarke reinwollene Kammergarn 5,80 bis 6,30. Theodor Friede, 1. Geschäft Dranienstraße 174, 2. Geschäft Dranienstraße 198. 18522*

Krawattenstoffe, große Auswahl, Ballnertheaterstraße 30. 1467b*

Welche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen einem billig Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Parminstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet.*

Steppdecken, spottbillig, Fabrik Weinstraße 20. 198*

Wetten, prachtvolle, 10,00 Langestraße 53, IV. 21166

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Baum, Gadelcher Markt 4, Bahnhof Börje. 93/2*

Teppiche, Vorleger, Diwandecken, spottbillig Leibhaus, Reanderstraße 6.

Gardinen, Stores, Portieren, spottbillig Leibhaus, Reanderstraße 6.

Steppdecken, Tischdecken, Wäsche, spottbillig Leibhaus, Reanderstraße 6.

Wetten, Wäsche, spottbillig Leibhaus, Reanderstraße 6.

Regulatoren, Nennentourneuren, Uhrketten, spottbillig Leibhaus, Reanderstraße 6.

Möbelfabrik Dranienstraße 173, am Dranienplatz, liefert gedruckte Einrichtungen von 285,00, 428,00, elegant 650,00-5000,00. Englisches Schlafzimmer 290,00, Tischensofa 65,00, Kleiderschrank, Bettsofa 45,00, gefüllte Büffel 125,00, Mischelbettstelle mit Matratze 45,00, Schreib- tisch 32,00, Spiegel 15,00, Spiegel- spind 25,00, Tischgarnituren, allen Farben, 100,00, Küchenschrank. Auch Teilzahlung. 18369*

Teppiche mit Farbenfeinern Fabrik- niedriger Große Frankfurterstraße 9, parterre. 187*

Drehbank billig zu verkaufen Weidenweg 64, Tischlerei. 1755

Nähmaschine, fast neu, gutnähend, 15,00, umständlicher Rührerberger- straße 11, Hofe. 21396

Grüntram-Gehalt (gut gehend), Todesfall wegen sofort billig ver- käuflich, Kordens, Schlemmerstraße 19.

Kanarienvogel 4,00, zum Aus- suchen, Reanderstraße 7. 28/6

Gänse, frisch geschlachtet, verkaufe feht nicht mehr Central-Viehhof, son- dern gegenüber Eidenersstraße 14, Laden, Haltestelle der Straßenbahn 66. Einzelerwerb von Rumpfen, Gänse- fleisch, Lebern - Beisiedern. Paul Hoff. 28/2*

Wäschgarntur, Säulenpind, Berlin und Trumeau verkauft um- ständlicher Schmah, Bergstraße 2.

Vorlosgeschäft, Rolle, Gemüse altershaber verkauflich Beberstraße 15.

Möbelfabrik verkauft zu wirklich billigen Preisen vollständige Einrich- tungen, sowie einzelne Möbel. Für sabellose reelle Ausführung übernehme Garantie. Gütige Maßbaum Spinden 55.-, Kuchelbetten, vorzüglicher Federboden 40.-, Büffets, hochlege- ante englische Schlafzimmer, Garni- turen, Schreibtische 55.-, Trumeau, geschliffen, mit Stufe 35.-, Perleide farbige Küchenschrank, Tischgarnitur, Parianenstraße 7a.

Verschiedenes.

Unfallfassen, Rechtsbureau Puhger, Steglitzerstraße fünfundsiebzig. 17368*

Patentanwalt Dammann, Rort- platz 57. 1844b*

Rechtsbureau Ebertstraße 22.*

Rechtsbureau! (Alexanderplatz) Kurzeckstraße achtzehn. Gerichtshof! Eingabengeld, Raterteilung.*

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grünweg vierundneunzig. Gerichtshof! Eingabengeld, Raterteilung, Langjährige Erfolge! 12105b*

Rechtsbureau! Grozshelstand, Ebelagelassen, Straßfaden, Alimten- lachen, Eingabengeld, Raterteilung, Rat. Drunnenstraße vierzig. 2108b*

Kunstpfenceri von Frau Kolosta, Steinmetzstraße 48, Duergebäude hoch- parterre.

Nähmaschinenreparaturen werden schnell und billig unter Garantie in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. E. Bellmann, Gollnowstraße 28, nahe der Landsbergerstraße. 17218*

Fahrradgesch., auch defekt, Kahl- lah, Schindlerstraße 163a. 93/19*

Goldfaden, Druckgold, Silber, Glatin, Rahngewichte, feinst Schneide- r, Brunnenstraße 137, Eingang Bernauer- straße, Goldschmelze. 2060b*

Rumpfen sowie sämtliche Schneider- abfälle, Kauf Föhling, Adalbert- straße 78. 172*

Freundliche Schlafstelle Weber- straße 89, Koch. 2113b

Freundliche Schlafstelle, 7 Part., Mariannenstraße 36, vorn I, Pfeffer- torn. 2116b

Freundliche Schlafstelle ist logisch zu vermieten Dranienstraße 196, rechter Seitenflügel II. 2131b

Schlafstelle, separat, Herrn, 6 Part., Labmann, Plan-Wer 20, zweiter Hof, 2 Treppen. 1111

Schlafstelle vermietet, Hölzer, Brandenburgerstraße 12, IV. 1759

Schlafstelle für Herrn, 1. Oktober vermietbar Raunynstraße 36 II, Parföwial. 28/3

Wohnplatz, Schlafstelle, Herrn, allein Dranienstraße 65, rechter Seiten- flügel III links. 21185

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Tüchtiger Verkäufer und Metall- vergolder für Goldleisten nach München gesucht. Offerten besördert die Ex- pedition dieses Blattes unter B. 8.*

Pflanzarbeiten. Für das Labora- torium einer der größten Fabriken pharmaceutischer Präparate wird ein durchaus tüchtiger Arbeiter gesucht, welcher mit der Fabrication, Prä- gieren und Verarbeiten von Pflanz- werten vertraut ist. Nur solche Bewerber können berücksichtigt werden, welche nachweislich obigen Anforderungen entsprechen. Gehl. Offerten re. unter S. 7 an Exped. d. Bl. 18655

Rahmenmacher, tüchtigen, still und sauber, verlangt Kunsthandlung Kommandantenstraße 20. 2125b

Anschlagger verlangt Alt-Stralau Nr. 49. 1839

Wärmortheiler verlangt 85, Grieb, Frankfurterstraße 125. 1755

Federfabrik Schlegel, Wagn- hieser gesucht Schöndorfer Allee 71a.

Normalehrliche verlangt Ehen- gänger! Altien - Gesellschaft Adler- straße 129. 21215b*

Tüchtige Wärmortheiler verlangt Griebstraße 38, Friedrichsberg. 1123

Jugendliche Arbeiterinnen für leichte Beschäftigung sucht Margan- fabriek, Neue Jakobstraße 6. 29/5*

Vader und Belegerin verlangt Rosenow u. Co., Schmidtstraße 6.

John Schürzen - Arbeiterinnen im Hause verlangt Lens, Giehmstraße 64.

Konowes. Eine Verkäuferin oder Lehrmädchen wird gesucht. Konow- verein Konowes-Neuendorf. 18008

Schirmverbinnen im Hause, die sauber und gut arbeiten, finden dauernde Beschäftigung bei Remal u. Silber, Krausenstraße 32. 2135b

Arbeiterinnen auf Damenbein- kleider verlangt Kolbergerstraße 26, vorn parterre rechts. 21375*

Achtung!

Musikinstrumenten-Arbeiter!
Die Pianofabrik von Nieber & Co., Alexanderstr. 22 und Wallner, Theaterstr. 26/27, ist wegen Differenzen für sämtliche Branchen gesperrt. 142/2*

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Achtung! Holzarbeiter!

Im Sauggeschäft
A. Sonnenburg, Gostelner Ufer 2.
haben sämtliche Bauführer wegen Lohnminderungen die Arbeit nieder- gelegt; beschließen die Kollegen der Bauführerei von
Moll, Köpferstr. 2 und 7.
Zusug fernhalten. 87/16*

Achtung!

Militärmützenmacher!
Folgende Firmen haben ultern neuen Lohnsatz bewilligt:
Scherr, Landstr. 33. Kalkowsky, Tischlerstr. 30. B. Hoffmann, Anhalt- straße 14. Büme Nagel, Trebbiner- straße 13. Büffel, Gr. Wärfelstraße, Steglitzerstr. 25. Kleber, Schöneberg, Dohrenfriedbergstr. 2
Folgende Firmen haben bis jetzt nicht bewilligt und sind bis auf weiteres gesperrt:
Häcker, Prinz Louis, Ferdinand- straße 2. G. Wäding, Kruppstr. 7. E. Wäding, Brandenburgerstr. 107. Sprengert, Wärfelstr. 37. Grotz, Köpferstr. 9. Kroschke, Alexanderstr. 55. Freier, Heiners- dorfstr. 6. Wädelmann, Karstr. 26. Bartlewsky, Karstr. 19. Schüller, Neue Wilhelmstr. 8. Franke, Schöne- berg, Siegfriedstraße 1a. Wauer, Rathenowerstr. 51. Hänel, Belle- Allianzstr. 86. Müller, Wärfelstr. 68. Wädel, Artilleriestraße.
Die arbeitshungrigen Kollegen werden ersucht, sich nur an den Arbeits- nachweis, Landwehrstr. 11, zu wenden.
Die Ortsverwaltung
d. Deutscher Rührer-Verbandes
(Sitzstelle Berlin).